



Hochschule Mittweida (FH)
University of Applied Sciences

Fakultät Wirtschaftswissenschaften

Bachelorarbeit

Herbstgutachten, eine strategische Herausforderung für
Banken.

Eingereicht von:	Stefan Strubelt Tharandter Str. 11a 01737 Kleinopitz geboren am 03.01.1986 in Dresden
Studiengang:	Betriebswirtschaftslehre
Seminargruppe:	BW07w-4b
Matrikel-Nummer:	20406
Erstprüfer:	Prof. Dr. rer. pol. René-Claude Urbatsch
Zweitprüfer:	Prof. Dr. rer. oec. Johannes N. Stelling

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	I
Tabellenverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis.....	III
1 Einleitung.....	1
1.1 Problemstellung.....	1
1.2 Zielsetzung.....	2
1.3 Methodisches Vorgehen.....	3
2 Herbstgutachten, eine strategische Herausforderung für Banken.....	4
2.1 Grundlagen.....	4
2.1.1 Herbstgutachten.....	4
2.1.2 Strategische Herausforderungen.....	6
2.1.3 Banken.....	8
2.2 Herbstgutachten.....	24
2.2.1 Teilnehmer.....	24
2.2.2 Analyse der Bewahrheitung der Herbstprognosen.....	28
2.2.3 Das Herbstgutachten 2010.....	40
2.3 Strategische Herausforderungen für Banken.....	57
2.3.1 Aktivisches Bankgeschäft.....	57
2.3.2 Passivisches Bankgeschäft.....	59
2.3.3 Dienstleistungen.....	61
3 Zusammenfassung.....	63
3.1 Ergebnisse.....	63
3.2 Maßnahmen.....	64
3.3 Konsequenzen.....	65
Literaturverzeichnis.....	67
Quellenverzeichnis.....	74
Anhang.....	77
Selbstständigkeitserklärung.....	91

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Prozess der Strategiedefinition.....	7
Abb. 2	Anzahl der Kreditinstitute in Deutschland.....	9
Abb. 3	Bankengruppen.....	10
Abb. 4	Übersicht über die Funktionen von Kreditinstituten.....	11
Abb. 5	Losgrößentransformation.....	13
Abb. 6	Landesbanken in Deutschland 2010.....	15
Abb. 7	Geldpolitische Instrumente des Eurosystems.....	20
Abb. 8	Wechselkurs Euro / US Dollar.....	42
Abb. 9	Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum.....	46
Abb.10	Erwerbstätige Deutschland.....	49

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Geschäftsfelder der Kreditinstitute.....	14
Tab. 2	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern.....	30
Tab. 3	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa.....	31
Tab. 4	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt.....	32
Tab. 5	Abweichungsanalyse Jahr 2002.....	34
Tab. 6	Abweichungsanalyse Jahr 2003.....	34
Tab. 7	Abweichungsanalyse Jahr 2004.....	35
Tab. 8	Abweichungsanalyse Jahr 2008.....	36
Tab. 9	Abweichungsanalyse Jahr 2009.....	36
Tab. 10	Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten.....	38
Tab. 11	Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2010.....	39
Tab. 12	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt.....	40
Tab. 13	Wirtschaftsentwicklung im Euroraum.....	44
Tab. 14	Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in den Ländern des Euroraumes.....	45
Tab. 15	Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponen- ten des realen Bruttoinlandsproduktes.....	47
Tab. 16	Eckdaten der Prognose für Deutschland.....	50
Tab. 17	Deutsche Exporte nach Regionen.....	52

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CEO	Chief Executive Officer
CRM	Customer-Relationship-Management
DAX	Deutscher Aktienindex
EG	Europäische Gemeinschaft
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
EZB	Europäische Zentral Bank
GD	Gemeinschaftsdiagnose
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
G7	Gruppe der Sieben, führenden Industrieländer
IAS	Internationale Accounting Standards
ifo	Institut für Wirtschaftsforschung
IFRS	International Financial Reporting Standards
IfW	Institut für Weltwirtschaft
IHS	Institut für höhere Studien Wien
IT	Informationstechnik
IWF	Internationaler Währungsfond
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
KG	Kommanditgesellschaft
KOF	Konjunkturforschungsstelle
KWG	Kreditwesengesetz
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

RWI	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung
US	United Staates
USA	United Staates of Amerika
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
VWL	Volkswirtschaftslehre
ZBW	Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Informationen stellen in allen Bereichen der Wirtschaft eine wichtige Funktion dar. Genauso wie bei allen anderen Wirtschaftsteilnehmern, werden auch bei Banken Informationen als eine wichtige betriebswirtschaftliche Ressource angesehen. Für Banken sind Informationen hinsichtlich ihrer zukünftigen, strategischen Ausrichtung ein wichtiges wirtschaftliches Gut. Das frühe Verfügen über Informationen, im Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und der Besitz zuverlässiger Marktprognosen können ein Wettbewerbsvorteil sein.

Es stellt sich somit häufig die Frage, woher können zuverlässige Informationen bezogen und wie können diese Informationen für den Bankbetrieb aufbereitet und verwertet werden. Die Auswertung der Daten des Herbstgutachtens als Wirtschaftsdiagnose und Wirtschaftsprognose stellt für Banken eine Herausforderung dar. Anhand von Wirtschaftsprognosen sollen zukünftige Zustände abgebildet werden. Jedoch ist die Verlässlichkeit dieser Informationen nicht immer sicher. Das Problem liegt in der Prognosefähigkeit der Institute die sich an den Gemeinschaftsdiagnosen beteiligen.

Aus der Vorhersage zukünftiger Zustände versuchen Banken ihre strategische Ausrichtung anzupassen. Es wird versucht, zukünftig aufkommenden Problemen oder geänderten Umständen mit maßgeschneiderten Lösungen zu begegnen. Die Ein-

schätzung des Konsumentenverhaltens im Hinblick auf die zukünftige Sparneigung und die Finanzierungsbedürftigkeit der Bankkunden stehen dabei im Mittelpunkt.

1.2 Zielsetzung

Das Herbstgutachten ist eine Gemeinschaftsdiagnose, welche jedes Jahr im Herbst von den führenden Wirtschaftsinstituten Deutschlands und mit zahlreichen internationalen Kooperationspartnern der Institute angefertigt wird. Diese Gutachten beinhalten eine Analyse der wirtschaftlichen Situation für den nationalen so wie den internationalen Bereich und geben Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung ab. In meiner Arbeit will ich untersuchen, in wie weit die Prognosen der Herbstgutachten der vergangenen Jahre mit den tatsächlichen Werten übereinstimmen. Dazu werden eigens entwickelte Abweichungsanalysen erstellt. Die Prognosen werden so auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Es soll dann deutlich gemacht werden, ob und wie die Informationen des Herbstgutachtens für Banken nutzbar sind. Die strategische Ausrichtung von Banken zur Gewinnung potenzieller Kunden wird aufbauend auf dem Herbstgutachten 2010 untersucht. Dazu werden die Verhaltensweisen im Aktiv-, sowie Passivgeschäft und im Dienstleistungsbereich für die Zukunft aufgezeigt, um sich aus dem prognostiziertem Wachstum, Marktanteile zu sichern. Der Dienstleistungsbereich wird überdacht und es werden Lösungen für zukünftige Bankgeschäfte aufgezeigt. Die Gestaltung von Finanzdienstleistungen und die Ausrichtung der Vertriebssysteme werden bearbeitet, so können Strategien und Lösungen für die zukünftige Handlungsweise von Kreditinstituten offen gelegt werden. Die Empfehlungen sind sowohl für das Privatkundengeschäft, wie auch für Geschäftskunden anwendbar. Eine Einschätzung des Konsumentenverhaltens in der Zukunft, basierend auf den Prognosen des Herbstgutachtens 2010 erfolgt, und soll die vorgeschlagenen Handlungsweisen unterstreichen.

1.3 Methodisches Vorgehen

Im ersten Abschnitt werden die einzelnen Begriffe und Grundlagen erläutert. Es wird darauf eingegangen, was ein Herbstgutachten konkret ist, wem es nützt, und wer es anfertigt. Im weiteren Verlauf wird erläutert was Banken sind, was ihre Funktionen und Aufgaben sind, und wie die deutsche Bankenlandschaft aufgebaut ist. Eine genaue Erläuterung hinsichtlich strategischer Ziele von Banken erfolgt ebenfalls.

Im zweiten Abschnitt werden die Teilnehmer des Herbstgutachtens 2010 vorgestellt. In Folge wird eine eigens entwickelte Abweichungsanalyse erstellt. Es werden prognostizierte Werte diverser älterer Herbstgutachten, mit den im Nachgang vom statistischen Bundesamt ermittelten Werten verglichen und ausgewertet. Auf Grundlage dieser Zahlen und der Abweichungen kann eine Aussage getroffen werden, ob und in wie weit sich die Herbstgutachten in ihren Prognosen bewahrheiten und eine strategische Herausforderung für Banken darstellen. Im Anschluss wird losgelöst von den Ergebnissen der Abweichungsanalysen das Herbstgutachten 2010 analysiert und es wird erarbeitet welche strategischen Herausforderungen sich ergeben würden, wenn der Verlauf genauso eintritt. Dazu wird eine Konjunkturstandpunktanalyse vorgenommen.

Im dritten Abschnitt werden Handlungsweisen für Banken aufgezeigt, welche der zukünftig möglichen wirtschaftlichen Situation entsprechen.

Im vierten und letzten Abschnitt wird eine Zusammenfassung erarbeitet und die Kernaussagen der Arbeit werden nochmals erläutert.

2 Herbstgutachten, eine strategische Herausforderung für Banken.

2.1 Grundlagen

2.1.1 Herbstgutachten

Das Herbstgutachten ist eine Gemeinschaftsdiagnose, welche jeweils im Herbst von den führenden deutschen Wirtschaftsinstituten in Kooperation mit Universitäten und internationalen Kooperationspartnern erstellt wird.

Im Jahre 1950 wurde zum ersten Mal eine Gemeinschaftsdiagnose verfasst. Seither wird jeweils im Frühjahr und im Herbst eine solche Gemeinschaftsdiagnose erstellt.

Das Herbstgutachten ist eine Konjunkturanalyse und zugleich eine Konjunkturprognose, welche die wirtschaftliche Situation zum Zeitpunkt der Erstellung wieder spiegelt und die zukünftige Entwicklung prognostiziert. Es trägt den Titel: „*Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft*“. Auftraggeber ist die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft.¹

¹ Vgl. Baumann, Elke; Cassel, Susanne: Ideen für die Politik von Morgen, Wissenschaftsbasierte Gremien der Politikberatung im Vergleich, Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn (2009), S. 20

Die jeweils teilnehmenden Institute besitzen ein hohes Maß an wirtschaftswissenschaftlicher Kompetenz und Erfahrung in der Politikberatung.² Die personelle Besetzung der Institute und die fachliche Anforderung an die Mitarbeiter spiegelt sich hinsichtlich ihrer Qualifikationen und ihrer Kompetenzen wieder. Es beteiligen sich hauptsächlich promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Hochschulabsolventen mit Doktorantenstellen an der Gemeinschaftsdiagnose. Abteilungsleiter haben in der Regel eine Hochschulprofessur inne. Die Adressaten der Beratung sind politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler sowie Unternehmen, die Politik und die Öffentlichkeit.³

Die Auswahl der teilnehmenden Institute erfolgt nach der Bewerbung zur Teilhabe an der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose. Es werden sowohl Institute, die Erfahrung in der Erstellung der bisherigen Gemeinschaftsdiagnose haben, als auch neue und ausländische Institute berücksichtigt.⁴

Vom Herbst 2010 bis einschließlich Frühjahr 2013 wird die Gemeinschaftsdiagnose von folgenden Instituten erstellt:

- Ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität München mit KOF Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle in Verbindung mit Kiel Economics Research & Forecasting GmbH & Co. KG
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. mit dem Institut für Höhere Studien aus Wien⁵

Das Herbstgutachten bildet die gegenwärtige Situation der Wirtschaft ab und bietet kurz- und mittelfristige Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung.

2 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Pressemitteilung 3.7.2007 „Ausschreibungsverfahren für Gemeinschaftsdiagnose abgeschlossen“
www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=209770.html?view=renderPrint
14.03.2011

Pressemitteilung 3.6.2010 „Gemeinschaftsdiagnose 2010 - 2013: Die Teilnehmer stehen fest“
www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=345250.html 14.03.2011

3 Vgl. Baumann, Cassel, (2009), S. 20

4 Vgl. Siehe 2 Pressemitteilung 3.7.2007

5 Vgl. Siehe 2 Pressemitteilung 3.6.2010

Das derzeitige Herbstgutachten besteht aus sechs Kapiteln und dem Anhang. Im einzelnen liegen die Schwerpunkte wie folgt:

1. Lage der Weltwirtschaft
2. Die Lage in der Europäischen Union
3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland
4. Mittelfristige Projektion
5. Zur Wirtschaftspolitik
6. Die Binnennachfrage in Deutschland – Bestandsaufnahme, Ausblick und Politikoptionen⁶

2.1.2 Strategische Herausforderungen

Das Wort Strategie stammt aus dem Griechischen („Strategos“) und bezeichnet einen Führer im griechischen Heer. Ursprünglich steht das Wort Strategie so für die Heerführung.⁷ In der modernen Definition des neuen Zeitalters liegt im Strategiebegriff die Schaffung eines dauerhaften, strategisch permanenten Vorteils und Gewinns.⁸

Seit mehr als drei Jahrzehnten werden die Begriffe Strategie und strategisch in der betriebswirtschaftlichen Forschung und in der unternehmerischen Praxis verwendet. Alle Definitionen sehen Strategien im Zusammenhang mit langfristigen Zielen eines Unternehmens und setzen sie in Zusammenhang mit Handlungen, bei denen Charakteristika des Unternehmens und die Charakteristika der Unternehmensumwelt berücksichtigt werden.⁹

6 Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen, Stockdorf (2010), S. Inhaltsverzeichnis

7 Vgl. Haak, Ulrike; Haak, René: Managerwissen kompakt – Internationales Management, München (2006), S. 63-64

8 Meisel, Florian: Nischenmarketing als Strategie im Electronic Commerce, Wien (2009), S. 10

9 Vgl. Haak, Ulrike; Haak, René: Managerwissen kompakt – Internationales Management, München (2006), S. 63-64

Als Ausgangspunkt einer Strategie steht immer eine Vision. Aus dieser Vision können nun Ziele abgeleitet werden. Aus der Festlegung der resultierenden Ziele kann nun eine Strategie festgelegt werden.¹⁰



Abb. 1 Prozess der Strategiedefinition

Quelle: Amberg, Michael; Wiener, Martin: IT-Offshoring – Management internationaler IT-Outsourcing-Projekte, Nürnberg (2006), S. 91

Wir verstehen unter einer Strategie den Entwurf, die Durchführung und Bewertung eines kognitiven Gesamtkonzepts im Hinblick auf das Erreichen eines selbst gesteckten Ziels.¹¹

Eine Herausforderung ist eine zu bewerkstelligende Aufgabe. Die Bewältigung dieser, fordert einen bestimmten Aufwand.

Strategische Ziele und Herausforderungen der Banken

Die strategischen Ziele einer Bank können sehr unterschiedlich sein, wie die Banken selbst. Im folgenden Abschnitt möchte ich auf einige Aspekte der Ziele und Herausforderungen von Geschäftsbanken eingehen.

Die Stärkung der Wettbewerbsposition ist eines der strategischen Ziele von Banken. Die richtigen Produkte für die jeweiligen Kundengruppen zu erschaffen und anzubieten ist eine strategische Herausforderung. Die damit verbundene Kundenbetreuung stellt ebenfalls eine zu bewerkstelligende Aufgabe dar. Die Kundenberatung und Betreuung kann kundennäher gestaltet werden. Insbesondere vermögensstarke Kunden erwarten von ihren Fachberatern eine potentialstarke Beratung und ein Produktangebot, welches auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Für die Bank stellt die Absicherung des eigenen Kundenstammes eine immer größer werdende Herausforderung dar.

¹⁰ Vgl. Amberg, Michael; Wiener, Martin: IT-Offshoring – Management internationaler IT-Outsourcing-Projekte, Nürnberg (2006), S. 91

¹¹ Neveling, Christiane: Wörterlernen mit Wörternetzen, Berlin (2004), S. 59

Die Schaffung zusätzlicher Ertragsquellen ist ein weiteres strategisches Ziel der Banken. So soll durch die Förderung des spartenübergreifenden Leistungsabsatzes über die vorhandenen Vertriebssysteme mehr Ertrag erwirtschaftet werden. Der Vertrieb von Versicherungsprodukten ist eine solche zusätzliche Ertragsquelle. Mit dem Ausbau des Versicherungsgeschäftes und einer damit einhergehenden marktgerechten Ausrichtung des Finanzdienstleistungsangebots, sollen bestehende Kundenbeziehungen der Banken gefestigt, besser ausgeschöpft und vor dem zunehmenden Wettbewerb geschützt werden. Weitere strategische Herausforderungen kann die Realisierung von Synergieeffekten sein. Im Rahmen der Konzernstrategie lassen sich durch Konzentration des Risikomanagements sowie der Refinanzierungs- und Liquiditätspolitik Synergien realisieren.¹²

Kostensenkung ist Aufgabe eines jeden Kreditinstitutes. Die Kreditinstitute unternahmen in den letzten 20 Jahren erhebliche Anstrengungen, durch Rationalisierungsmaßnahmen und der Übertragung einfacher Tätigkeiten des Bankangestellten auf den Kunden, Kosten einzusparen.¹³

2.1.3 Banken

Der Begriff „Bank“ lässt sich je nach Sichtweise einzel- oder gesamtwirtschaftlich definieren. Dabei kann er je nach dem spezifischen Definitionszweck ökonomisch oder rechtlich anhand unterschiedlicher, für den Bankbetrieb und das Wesen der Bank, konstitutiver Merkmale beschrieben werden.¹⁴

Das Deutsche Bankensystem

Das deutsche Bankensystem setzt sich aus dem Zentralbanksystem, den Kreditinstituten und den Finanzinstituten zusammen.¹⁵ Seit Beginn der Europäischen Währungsunion ist die Europäische Zentralbank die geldpolitische Entscheidungs-

12 Vgl. Betsch, Oskar; van Hooven, Eckart; Krupp, Georg: Handbuch Privatkundengeschäft, Frankfurt am Main (1998), S. 635 – 636

13 Vgl. Spath, Dieter; Bauer, Wilhelm; Engstler, Martin: Innovation und Konzepte für die Bank der Zukunft, Wiesbaden (2008), S. 99

14 Vgl. Büschgen, Hans E.: Bankbetriebslehre, 5. Aufl., Berlin (1998), S. 11

15 Vgl. Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996), S. 34

instanz in der Zentralbankebene. Die Deutsche Bundesbank bildet auf nationaler Ebene in Verbindung mit den Hauptverwaltungen das Zentralbanksystem.¹⁶ Die Zentralbank hat eine grundsätzlich andere Funktion als die Geschäftsbanken, da sie überwiegend hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Die Geschäftsbanken sind Wirtschaftsunternehmen, welche Dienstleistungen rund ums Geld erbringen.¹⁷ Diese haben sich in den letzten 20 Jahren in Deutschland stark reduziert.

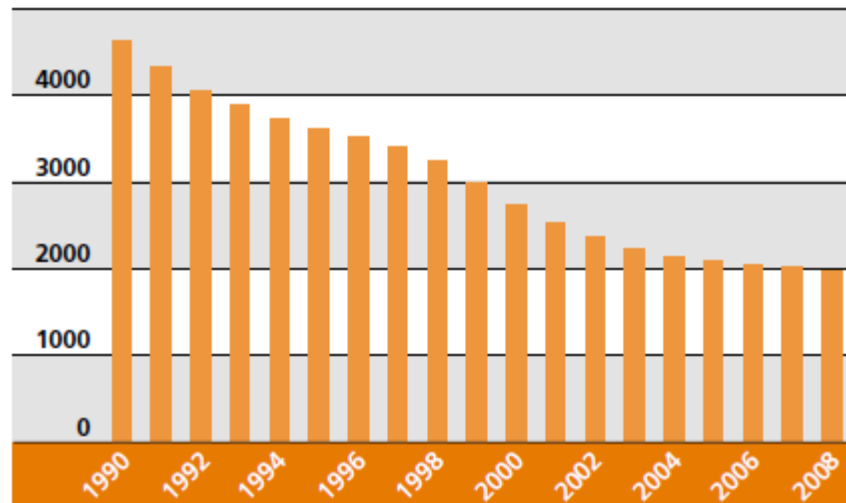


Abb. 2 Anzahl der Kreditinstitute in Deutschland
 Quelle: Deutsche Bundesbank: Die Banken als Geldproduzenten, S. 77 Stand 2009
www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_04.pdf 14.03.2011

Grundlage des Bankbetriebes in der Bundesrepublik Deutschland ist das Gesetz über das Kreditwesen. Dieses beschreibt in § 1 KWG Kreditinstitute als Unternehmen, welche Bankgeschäfte betreiben und der Umfang dieser Geschäfte einen kaufmännischen Geschäftsbetrieb erfordern.¹⁸

Man unterscheidet das Spezialbankensystem vom Universalbankensystem. Das Spezialbankensystem, auch Trennbankensystem genannt, zeichnet sich folglich durch ein, dieser Definition entsprechend praktiziertes Maß, an Arbeits- oder Aufgabenteilung aus. Die Leistungsangebote der am Markt vertretenen Spezialbanken verhalten sich im wesentlichen komplementär, indem sich die von ihnen ausgeübten Funktionen und angebotenen Leistungen ergänzen. Ein Universalbankensystem zeichnet sich durch das Fehlen von Geschäftsbeschränkungen jedweder bankspezifischen Kategorie aus.

¹⁶ Vgl. Tolkmitt, Volker: Neue Bankbetriebslehre, 2. Aufl., Wiesbaden (2007), S. 33

¹⁷ Deutsche Bundesbank: Die Banken als Geldproduzenten, (2009), S. 71
www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_04.pdf 14.03.2011

¹⁸ Vgl. Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996), S. 34

Eine Universalbank ist somit an keine quantitativen, regionalen, kundengruppenbezogenen, branchenmäßigen und qualitativ sachlichen Begrenzungen gebunden.¹⁹ Spezialbanken jedoch zeichnen sich durch ein sehr enges Sortiment ihrer Bankprodukte und Bankdienstleistungen aus. Dies ist das Ergebnis einer gesetzlichen oder traditionellen Arbeitsteilung oder Ausfluss besonderer Absatzstrategien.²⁰

Das Geschäftsbankensystem in Deutschland ist ein Universalbankensystem. Jedoch ist die deutsche Bankenlandschaft sehr vielschichtig. Es gibt Universalbanken und auch Spezialbanken.²¹



Abb. 3 Bankengruppen

Quelle: Deutsche Bundesbank: Die Banken als Geldproduzenten, S. 78 Stand 2009
www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_04.pdf 14.03.2011

Das in Deutschland vorherrschende Universalbankensystem bietet somit zahlreiche Bankdienstleistungen an. Es können Risiken in den einzelnen Geschäftsbereichen oft besser ausgeglichen werden als es bei stark spezifizierten Instituten der Fall ist. Den Großteil des Universalbankensektors bilden hier die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften.²²

Funktionen der Bank

Bei den Funktionen von Kreditinstituten wird grundlegend zwischen Elementar- und Transformationsfunktionen unterschieden.²³

¹⁹ Vgl. Büschgen, Hans E.: Bankbetriebslehre, 5. Aufl., Berlin (1998), S. 15, 30 – 31

²⁰ Vgl. Mengue, Clement: Effiziente Gestaltung bankspezifischer CRM-Prozesse, Wiesbaden (2006), S. 16

²¹ Vgl. Tolkmitt, Volker: Neue Bankbetriebslehre, 2. Aufl., Wiesbaden (2007), S. 33

²² Vgl. Deutsche Bundesbank: Die Banken als Geldproduzenten, (2009), S. 78
www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_04.pdf 14.03.2011

²³ Vgl. Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996), S. 1

In der folgenden Abbildung sind die Funktionen in einer Übersicht dargestellt:

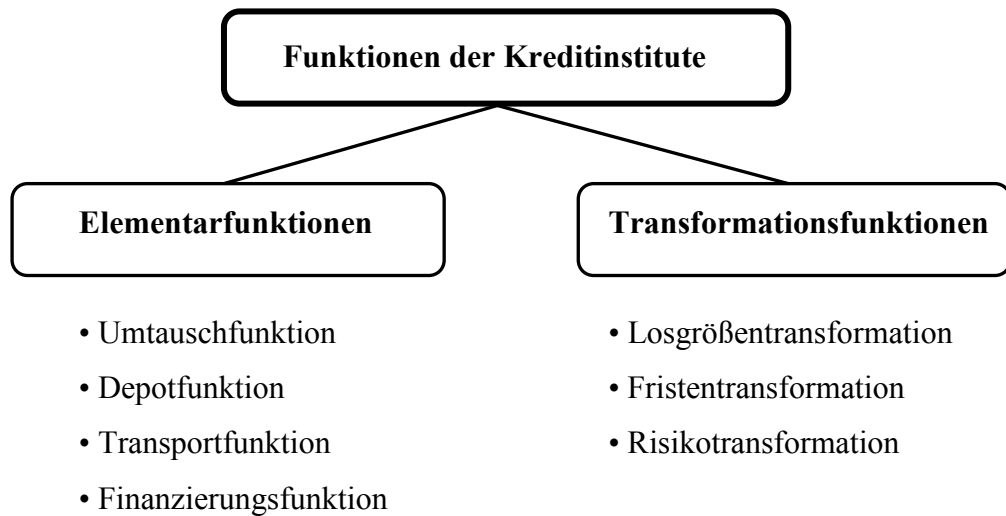


Abb. 4 Funktionen von Kreditinstituten
Eigene Nachbildung in Anlehnung an: Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin 1996, S. 1

Elementarfunktionen

Die Elementarfunktionen bilden die geschäftliche Grundlage von Kreditinstituten. Banken sind Distributionsunternehmen, die zum Zwecke des Ausgleichs von Friktionen im Geldstrom eine Vielzahl von eng miteinander verzahnten Tätigkeiten übernehmen. Die wesentlichen Elemente liegen hierbei im Umtausch, in der Deponierung, dem Transport und in der Zurverfügungstellung von liquiden Mitteln für die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer.

Bei der Umtauschfunktion werden liquide Mittel unterschiedlicher Formen und unterschiedlicher Qualität getauscht. Man unterscheidet hier unabhängig von der Qualität die Barliquidität, die Buchliquidität, die Briefliquidität und die Sachliquidität. So sind alle Handelsgeschäfte im Devisen-, Sorten-, Effekten- und Edelmetallbereich reine Umtauschoperationen.

Bei der Depotfunktion geht es darum, Wertgegenstände sicher für den Kunden aufzubewahren. Dabei geschieht dies möglichst ertragbringend. Die Depotfunktion ist eine reine Dienstleistung der Bank.

Die Transportfunktion beschreibt die Bewegung liquider Mittel im Raum. Eine Transportfunktion liegt dann vor, wenn Wertpapierstücke durch Versand in ein anderes Depot übertragen werden.

Bei der Finanzierungsfunktion werden liquide Mittel von einem Kreditinstitut zur Verfügung gestellt. In der Regel ist das Buchliquidität.²⁴

Transformationsfunktionen

Transformation bedeutet wörtlich die systematische Überführung eines Ausgangszustandes in einen zukünftigen Zustand.²⁵ So bietet der Finanzmarkt verschiedenste Produkte für die Marktteilnehmer und deren unterschiedlichen Interessen. Die Transformationsfunktion funktioniert im Sinne des Ausgleichs der unterschiedlichen Interessen. Dies ermöglicht, dass die persönlichen Interessen einzelner Investoren weder mit den individuellen Bedürfnissen der Schuldner harmonisieren, noch übereinstimmen müssen.²⁶ Als Finanzintermediär nimmt eine Bank gegen Zahlung von Zinsen das Kapital von Depositenkunden an und reicht dieses, dann ebenfalls gegen Zahlung von Zinsen, an andere Wirtschaftsteilnehmer weiter. Da sich unterschiedliche Ansichten der Marktteilnehmer über die Fristigkeit, des Volumens und der Riskantheit ergeben, übernimmt die Bank hier die Transformationsfunktion.²⁷ So erarbeitete Adolph Wagner schon vor mehr als 150 Jahren die Fristen-, Losgrößen- und Risikotransformation als die wichtigsten volkswirtschaftlichen Funktionen einer Bank.²⁸ Die Betrags- oder Losgrößentransformation stellt im Bankensektor eine Bündelungsfunktion dar.²⁹

24 Vgl. Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996), S. 1-11

25 Vgl. Alt, Rainer; Bernet, Beat; Zerndt, Thomas: Transformation von Banken, Praxis des In- und Outsourcings auf dem Weg zur Bank 2015, Deutschland, Schweiz (2009), S. 48

26 Vgl. Ritter, Mischa: Absicherung von Katastrophen-Risiko über Kapitalmärkte, Eine kritische Bestandsaufnahme, Oestrich-Winkel (2006), S. 113

27 Vgl. Stiele, Mike: Wettbewerb im Bankensektor – Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Wettbewerbsverhaltens der Sparkassen, Magdeburg (2008), S. 5

28 Vgl. Ursprung: Adolph Wagner 1857 Quelle: Stiele, Mike: Wettbewerb im Bankensektor – Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Wettbewerbsverhaltens der Sparkassen, Wiesbaden (2008) S. 5

29 Vgl. Adrian, Reinhold; Heidorn, Thomas; Hagenmüller, Karl Friedrich; Diepen, Gerhard: Der Bankbetrieb – Das praxisorientierte Lehrbuch für Schule, Studium und Beruf, 15. Aufl., Frankfurt (2000), S. 6

Dabei kann es zwei Möglichkeiten des Ausgleichs der Diskrepanzen geben. Zum einen können eine Vielzahl kleiner Anlageleistungen großen Kreditpositionen gegenüberstehen oder viele kleine Kreditbeträge durch eine große Anlage gedeckt sein.³⁰

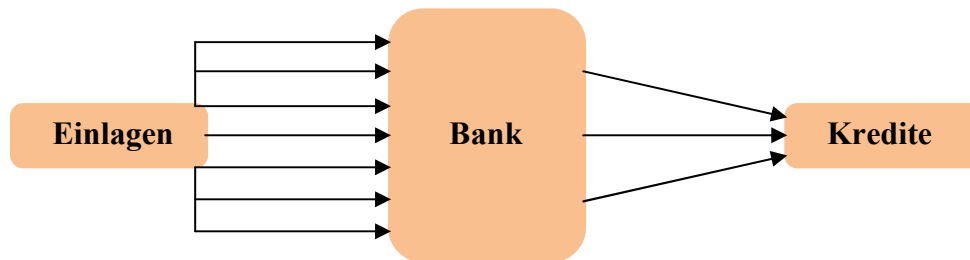


Abb. 5 Losgrößentransformation

Eigene Nachbildung in Anlehnung an: Adrian, Reinhold; Heidorn, Thomas; Hagenmüller, Karl Friedrich; Diepen, Gerhard: Der Bankbetrieb, 15. Aufl., Frankfurt (2000), S. 6

Fristentransformation bedeutet, dass kurzfristige Einlagen in langfristige Kredite transformiert werden.³¹ Die Transparenz und das Transaktionskostenniveau auf den Finanzmärkten kann durch die Fristentransformation innerhalb eines Finanzintermediärs in erheblichem Umfang gesenkt werden. So befähigt dies Kreditnehmer, durch die Aufnahme eines langfristigen Kredites, die Kosten für mehrfache Kreditprolongation beziehungsweise für zahlreiche aufeinander folgende, kurzfristige Kreditverträge zu vermeiden.³² Die Fristigkeiten sind auf der Aktivseite einer Bankbilanz meist länger als auf der Passivseite. Dies ist mit der Liquiditätspräferenz der Anleger begründet.³³

Banken betreiben das Kreditgeschäft in eigenem Namen und auf eigenes Risiko. Demnach sind einzelne Passivgelder nicht direkt den einzelnen Aktivgeldern zugeordnet. Folglich gehen Kreditverluste zulasten der Bank.³⁴ Von Risikotransformation im Finanzwesen spricht man, wenn die Risikograde der Aktiv- und Passivseite einer Bankbilanz auseinanderklaffen.³⁵

30 Vgl. Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996), S. 13

31 Vgl. Priewasser, Erich: Bankbetriebslehre, 5. Aufl., München, Wien (1996), S. 13

32 Vgl. Nikolov, Svetlozar: Die Rolle der Banken im Finanzsystem – Eine comparative Analyse der Bankensysteme in Deutschland und den USA, Marburg (2000), S. 40

33 Vgl. Thießen, Friedrich: Opportunismus und Finanzmärkte, 1. Aufl. Wiesbaden (2010), S. 204

34 Vgl. Lüscher-Marty, Max: Theorie und Praxis des Bankkredits, 2. Aufl. Zürich (2009), S. 1.09

35 Vgl. Thießen, Friedrich: Opportunismus und Finanzmärkte, 1. Aufl. Wiesbaden (2010), S. 194

Das Konstrukt der Risikotransformation bezieht sich also auf die Gefahr, dass Vermögenswerte untergehen können.³⁶

Die Geschäftsbanken

Kreditinstitute sind Unternehmen, die Bankgeschäfte gewerbsmäßig oder in einem Umfang betreiben, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.³⁷ Die Geschäftsbankebene setzt sich aus den genossenschaftlichen Banken wie Volks- und Raiffeisenbanken, den Sparkassen und den großen privaten Banken zusammen.³⁸ Geschäftsbanken produzieren für die Nichtbanken Buch- oder Giralgeld und übernehmen die Aufgabe, den täglichen Geldverkehr der Nichtbanken abzuwickeln.³⁹ In der folgenden Tabelle sind die Hauptgeschäftsfelder der Kreditinstitute aufgelistet.

Einlagengeschäft	Annahme fremder Gelder als Einlagen
Pfandbriefgeschäft	Ausgabe von Schuldverschreibungen
Kreditgeschäft	Gewährung von Darlehen
Diskontgeschäft	Ankauf von Wechseln und Schecks
Finanzkommissionsgeschäft	Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung
Depotgeschäft	Verwahrung und die Verwaltung von Wertpapieren für andere
Garantiegeschäft	Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen für andere
Girogeschäft	Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und Abrechnungsverkehrs

Tab. 1 Geschäftsfelder der Kreditinstitute

Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an: Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996), S. 2 und dem § 1 Abs. 1 Kreditwesengesetz Stand 14.03.2011

³⁶ Vgl. Börner, Christoph; Büschgen, Hans E.: Bankbetriebslehre, 4. Aufl. Stuttgart (2003), S. 23

³⁷ Quelle: Bundesministerium der Justiz: § 1 Abs. 1 Kreditwesengesetz, Stand 14.03.2011
www.gesetze-im-internet.de/kredwg/BJNR008810961.html 14.03.2011

³⁸ Vgl. Wildmann, Lothar: Makroökonomie, Geld und Währung, 1. Aufl. München (2007), S. 131

³⁹ Vgl. Rittenbruch, Klaus: Makroökonomie, 11. Aufl. München, Wien (2000), S. 209

Des Weiteren übernehmen Geschäftsbanken die Durchführung des bargeldlosen Scheckeinzugs sowie das Wechseleinzugsgeschäft, das Reisescheckgeschäft und die Eingehung der Verpflichtung, zuvor veräußerte Darlehensforderungen vor Fälligkeit zurückzuerwerben.⁴⁰

Die Landesbanken

Landesbanken entstanden nach 1908 und gingen aus den Giroverbänden hervor. Primär dienten sie zunächst der Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Ihr Geschäftsfeld erweiterte sich nach dem ersten Weltkrieg im Zuge ihrer Entwicklung zu Sparkassenzentralbanken. Im Jahre 1931 erhielten sie ihre rechtliche Selbstständigkeit.⁴¹



Abb. 6 Landesbanken in Deutschland 2010,
Quelle: Lencer http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Landesbanken_Deutschland.png 14.03.2011

40 Vgl. Grill, Hannelore: Bankrecht für Auszubildende, 28. Aufl. Regensburg (2002), S. 10

41 Vgl. Mugler, Andreas: Neue Wege für das deutsche Bankensystem, Norderstedt (2008), S. 34

Bis auf die HSH Nordbank AG, die WestLB AG und die LBB sind Landesbanken Anstalten des öffentlichen Rechts. Da sie von der Europäischen Kommission als wettbewerbsverzerrend gerügt wurden, stellte sich ein Prozess der Neustrukturierung ein.⁴² So besiegelte die EU-Wettbewerbskommission am 17. Juli 2001, gemeinsam mit den Vertretern der deutschen Bundesländer und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Abschaffung der Staatsgarantien für Sparkassen und Landesbanken. Den Kreditinstituten blieb eine Frist bis zum 18. Juli 2005, um sich auf die neuen Rahmenbedingungen vorzubereiten.⁴³

Entscheidend ist, dass sich die Landesbanken zusammenschließen. Am Ende des Prozesses sollte die Zahl der Landesbanken auf zwei reduziert worden sein. Diese sollten dann auch für private Aktionäre zugänglich sein. Diese Neuordnung ist unverzichtbar.⁴⁴

Die Sparkassen

Noch vor der industriellen Revolution, im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, begann die Geschichte des deutschen Sparkassenwesens. Die 1778 gegründete „Ersparungskasse“ der Allgemeinen Versorgungsanstalt der Hamburger Patriotischen Gesellschaft, zur Beförderung der Künste und des Unterrichts in Hamburg, war die erste deutsche Sparkasse. Zumeist waren die entstandenen Sparkassen als private Vereins- und Stiftungssparkassen oder als Waisen-, Leih- und Ersparniskassen gegründet worden. Die erste kommunale Sparkasse wurde in Göttingen im Jahr 1801 gegründet. Nach 1840 entstanden die ersten Kreissparkassen, um in erster Linie die landwirtschaftlichen Arbeiterspar- und Kreditmöglichkeiten zu schaffen. In den Jahren zwischen 1840 bis 1860 wurden in Folge mehr als 800 Sparkassen neu gegründet.⁴⁵

Insgesamt gab es im Jahr 2006 genau 457 Sparkassen. Davon sind 450 staatliche Einrichtungen. Die organisatorische Stellung der Sparkassen steht in einem ver-

42 Vgl. Merk, Gerhard: Begriffserläuterungen aus der Finanzwelt, Siegen (2010), S. 779

43 Vgl. Greipl, Erich; Müller, Stefan: Zukunft der Innenstadt, Herausforderungen für ein erfolgreiches Stadtmarketing, Dresden (2007), S. 184

44 Quelle: Zeitung: Die Zeit vom 10.06.2010 S.26 Zitat: Helmut Schmidt, von 1974 bis 1982 der fünfte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.
www.zeit.de/2010/24/Landesbanken?page=all 19.03.2011

45 Vgl. Wandel, Eckhard: Banken und Versicherungen im 19. und 20. Jahrhundert, München (1998), S. 3

fassungsrechtlich geprägtem Zusammenhang zu den Merkmalen der Gemeinwohl-
bildung und der regionalen Bindung.⁴⁶ Sparkassen des öffentlichen Rechts sind dem
öffentlichen Interesse verpflichtete Kreditinstitute.⁴⁷

Am 19.07.2005 verloren nun auch die Sparkassen die Anstaltslast und die Gewähr-
trägerhaftung. Dies sollte die Sparkassen wettbewerbstauglicher machen.⁴⁸ Die
Anstaltslast wurde 1968 von der Bundesregierung definiert. Sie definierte diese als
kommunale-, landes- oder bundesrechtliche Verpflichtung der Errichtungs-
körperschaft der Sparkasse, „die Anstalt für die gesamte Dauer ihres Bestehens
funktionsfähig zu erhalten und etwaige finanzielle Lücken durch Zuschüsse oder auf
andere geeignete Weise auszugleichen.“⁴⁹ Die Gewährträgerhaftung ist die
unbegrenzte Ausfallgarantie des Anstaltsträgers wenn eine Insolvenz drohte. Damit
haftete der Träger auch im Außenverhältnis für alle Verbindlichkeiten der Anstalt.⁵⁰
Die EU-Kommission stufte die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast als eine
staatliche Beihilfe ein, die nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar war.⁵¹

Die Genossenschaftsbanken

In Frankreich, England und der Schweiz entwickelte sich zu Beginn des 19. Jahr-
hunderts der Genossenschaftsgedanke. Die Urheber Friedrich Wilhelm Raiffeisen
und Hermann Schulze-Delitzsch prägten den genossenschaftlichen Gedanken.
Friedrich Wilhelm Raiffeisen initiierte im Jahr 1847 in Weyerbusch einen
Hilfsverein zur Unterstützung der ländlichen Bevölkerung. Unabhängig davon
gründete Hermann Schulze-Delitzsch im Jahr 1850 den ersten Vorschussverein.
Dieser basierte auf dem Grundgedanken der Selbsthilfe und Selbstverantwortung und
gilt als Vorläufer der heutigen Volksbanken. Kurz darauf verzeichnete das
Kreditgewerbe ein rasches Wachstum. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken
verfügten 1958 über 3,5 Millionen Mitglieder. Im Jahr 1972 schloss sich die
Raiffeisen und die Schulze-Delitzsch-Organisation zu einer Genossenschafts-

46 Vgl. Thiemann, Christian: Rechtsprobleme der Marke Sparkasse, Münster (2008), S. 8

47 Vgl. Lütke-Uhlenbruck, Christian: Bewertung öffentlich-rechtlicher Sparkassen, Wiesbaden
(2007), S. 12

48 Vgl. Ipsen, Jörg: Zukunft der Sparkassen – Sparkasse der Zukunft, Göttingen (2004), S. 36 ff

49 Vgl. Lütke-Uhlenbruck, Christian: Bewertung öffentlich-rechtlicher Sparkassen, Wiesbaden
(2007), S. 10

50 Vgl. Frenz, Walter: Handbuch Europarecht – Beihilfe und Vergaberecht, Aachen (2007), S. 80

51 Vgl. Koppmann, Tobias: Schriften zum Europäischen und Internationalen Privat-, Bank- und
Wirtschaftsrecht – Gedeckte Schuldverschreibungen in Deutschland und Großbritannien,
Band 31 Berlin (2009), S. 113

organisation zusammen.⁵² Ähnlich wie bei den Sparkassen, welche eine gemeinsame Identität pflegen, verbindet die Volks- und Raiffeisenbanken der Genossenschaftsgedanke. Die Genossenschaftsbanken gehören dem Genossenschafts- und Raiffeisenverband an. Laut der Satzung sind Genossenschaften zur wirtschaftlichen Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet. Hier steht der genossenschaftliche Förderzweck im Vordergrund und nicht die Gewinnmaximierung. Jedoch streben auch diese Banken ein marktkonformes, betriebswirtschaftliches und effizientes Wirtschaften an, um im Konkurrenzkampf bestehen zu können.⁵³

In keinem anderen Bereich der deutschen Kreditwirtschaft wurden die Kreditinstitute von einer so ausgeprägten Welle der Fusionen erfasst, wie im genossenschaftlichen Sektor. Seitens des Genossenschaftsverbandes wird ein enormer Fusionsdruck auf die Genossenschaftsbanken ausgeübt. Die Verschmelzungen werden von den Aufsichtsräten und Vorständen als verantwortungsbewusste, nachhaltige Sicherungen der satzungsgemäßen Ziele verstanden.⁵⁴

Im Jahr 1990 verzeichnete der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken noch ganze 3343 Primärbanken mit über 18764 Bankstellen. Im Jahr 2002 gab es hingegen nur noch 1480 Primärbanken und 16000 Bankstellen. Im Jahr 2009 waren es nur noch 1156 Primärbanken und 13571 Bankstellen.⁵⁵

Die Europäische Zentralbank

Das Europäische System der Zentralbanken besteht aus der Europäischen Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main und den nationalen Zentralbanken. Urheber des Europäischen System der Zentralbanken war der Maastrichter Vertrag vom 7. Februar 1992 in der die Schaffung einer Europäischen Währungsunion als integraler Bestandteil aufgenommen wurde. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro zunächst nur als Buchgeld und als Recheneinheit eingeführt. Am 1. Januar erfuhr der Euro seine Wirksamkeit auch als offizielles Zahlungsmittel in 14 Mitgliedstaaten. Das Euro-

52 Vgl. Schax, Elke: Strategieorientierte Personalentwicklung in Genossenschaftsbanken, Wiesbaden (2007), S. 13

53 Vgl. Michael, Carsten; Abraham, Norbert: Berufs- und Karriereplaner Banken, Wiesbaden (2009), S. 47

54 Vgl. Kürble, Gunter: Fusionen von Banken und Versicherungen, Karlsruhe (2004), S. 150

55 Vgl. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken: Jahresabschluss Finanzverbund 2009 Frankfurt, 7. Juli 2010 www.bvr.de

währungsgebiet ist der zweitgrößte Wirtschaftsraum der Welt.⁵⁶

Durch den Vertrag von Maastricht wird der Europäischen Zentralbank als oberstes Ziel die Preisstabilität vorgegeben. Nur wenn das Hauptziel nicht beeinträchtigt wird, kann die EZB nebenan noch andere, allgemeine Ziele der Wirtschaftspolitik verfolgen. Somit sind die Beschäftigungsförderung und die Finanzstabilität nur Nebenziele.⁵⁷

Die EZB ist bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Pflichten von Weisungen der Organe oder Einrichtungen der Gemeinschaft, der Regierung der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen unabhängig. Die Deutsche Bundesbank stellte das Vorbild für die Unabhängigkeitsgarantie der Europäischen Zentralbank dar.⁵⁸

Die EZB wird von verschiedenen Organen geleitet. Im Vordergrund stehen hier der EZB-Rat und das Direktorium.⁵⁹ Die Konditionen und Parameter für die eingesetzten geldpolitischen Instrumente sowie der allgemeine geldpolitische Kurs werden im zentralen Entscheidungsgremium, dem EZB-Rat festgelegt.⁶⁰ Damit ist der EZB-Rat das wichtigste Organ. Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und bis zu weiteren vier Mitgliedern. Es ist das ausführende Organ der EZB und führt die laufenden Geschäfte durch. Darunter fällt auch die Verwaltung der Organisation der Europäischen Zentralbank.

In der formalen und rechtlichen Konstruktion entspricht die EZB in vielen Bereichen der vorangegangenen Deutschen Bundesbank.⁶¹ So ist die EZB alleinig zur Ausgabe von Banknoten berechtigt und hat das Banknotenmonopol. Des Weiteren berät sie die EG-Organe und die EG-Staaten bei der Beaufsichtigung der Kreditinstitute und der Finanzsysteme. Sie führt Devisengeschäfte durch und verwaltet die offiziellen

56 Vgl. Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 107

57 Vgl. Altmann, Jörn: Wirtschaftspolitik, 8. Aufl. Stuttgart (2007), S. 363 – 365

58 Vgl. Simmert, Diethard B.; Welteke, Ernst: Die Europäische Zentralbank – Europäische Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik, Stuttgart (1999), S. 56 – 59

59 Vgl. Pilz, Frank; Ortwein, Heike: Das Politische System Deutschlands, 3. Aufl. München (2000), S. 143

60 Vgl. Duwendag; Ketterer; Kösters; Pohl; Simmert: Geldtheorie und Geldpolitik in Europa, 5. Aufl. Heidelberg (1999), S. 337

61 Vgl. Fischbach, Rainer: Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl. München (2002), S. 145 – 146

Währungsreserven der Mitgliedstaaten.⁶²

Die Europäische Zentralbank wendet bei der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben geldpolitische Instrumente an.⁶³ Die Instrumente der EZB sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

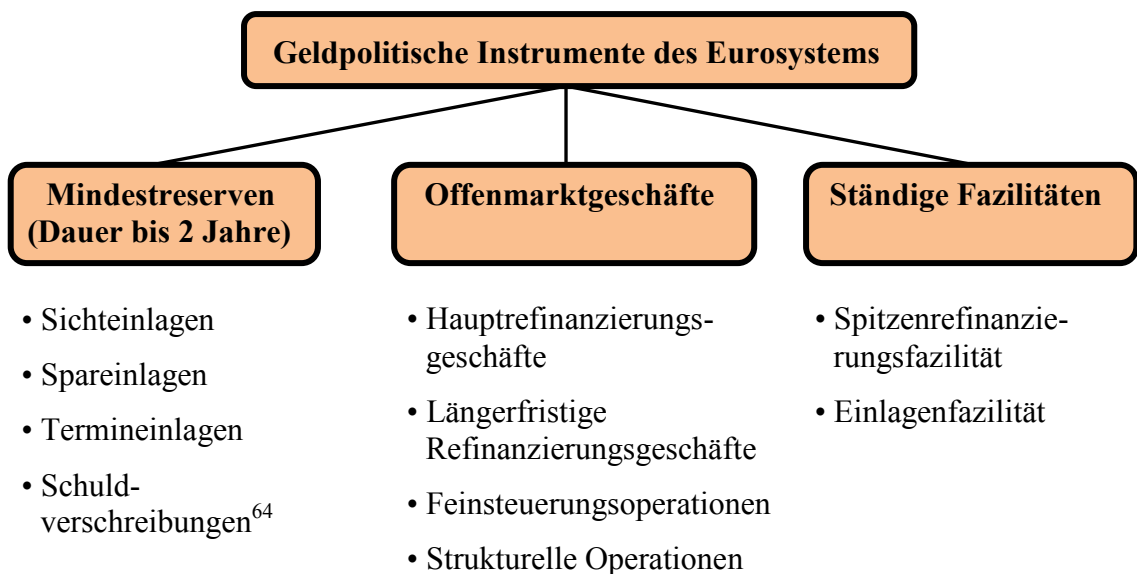


Abb. 7 Geldpolitischen Instrumente des Eurosystems

Eigene Nachbildung in Anlehnung an: Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 119

Das Instrument der Mindestreserve findet seinen Ursprung am Anfang der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts.⁶⁵ Auf der zweiten Sitzung des EZB-Rates im Juli 1998 wurde die Einführung eines Mindestreservesystems im Euro-Währungsraum beschlossen.⁶⁶ Die Kreditinstitute sind demnach verpflichtet, für bestimmte Verbindlichkeiten in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank zu halten.⁶⁷ Im Jahr 2010 entsprach der Mindestreservesatz 1,00 Prozent.⁶⁸

62 Vgl. Leipold, Peter: Fünf Jahre gemeinsame europäische Geld- und Währungspolitik, Hamburg (2008), S. 13 ff auch: Dumser, Klaus; Ban, Blazenska: Steuerberaterprüfung Schwerpunkt „Recht“, 1. Aufl. Wiesbaden (2010), S. 258 – 259

63 Vgl. Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 119

64 Die Spalte der Mindestreserven wurde mit Tolkmitt, Volker: Neue Bankbetriebslehre, 2. Aufl. Wiesbaden (2007), S. 41 ergänzt.

65 Vgl. Siebert, Horst: Außenwirtschaft, Stuttgart (2008), S. 211

66 Vgl. Vgl. Duwendag; Ketterer; Kösters; Pohl; Simmert: Geldtheorie und Geldpolitik in Europa, 5. Aufl. Heidelberg (1999) S. 352

67 Vgl. Siebert, Horst: Außenwirtschaft, Stuttgart (2008), S. 211

68 Vgl. Deutsche Bundesbank, www.bundesbank.de/gm/gm_mindestreserven.php 15.03.2011

Im Zentrum des geldpolitischen Instrumentariums der EZB steht die Offenmarktpolitik. Bei den Offenmarktgeschäften erfolgt der Kauf und Verkauf von Wertpapieren durch die Zentralbank auf eigene Rechnung. Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, die langfristigen Refinanzierungsgeschäfte, die Feinsteuerungsoptionen und die strukturellen Optionen bilden die vier Kategorien der Offenmarktgeschäfte der EZB.⁶⁹

Hauptrefinanzierungsgeschäfte sind befristete Transaktionen. Die EZB bietet den Geschäftsbanken an, gegen den Ankauf von Wertpapieren, Zentralbankgeld für eine Laufzeit von einer Woche zuzuführen. Der Zinssatz für diese Hauptrefinanzierungsgeschäfte ist der so genannte Leitzins. Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sind liquiditätszuführende, befristete Transaktionen, welche in monatlichem Abstand mit einer Laufzeit von 3 Monaten funktionieren.⁷⁰ Feinsteuerungsoptionen können befristete oder definitive Transaktionen in Form von Devisenswapgeschäften, Käufen und Verkäufen oder der Hereinnahme von Terminanlagen sein.⁷¹ Sie werden genutzt, um die Auswirkungen unerwarteter Liquiditätsschwankungen auszugleichen.⁷²

Das letzte Instrument sind die ständigen Fazilitäten. Sie dienen dazu, Übernachtsliquidität auf Initiative der monetären Finanzinstitute bereitzustellen. Die Spitzenrefinanzierungsfazilität stellt Liquidität über Nacht zu einem bestimmten Zinssatz bereit. Damit soll das Ausbrechen des Tagesgeldsatzes nach oben begrenzt werden. Die Banken können darauf zugreifen, müssen den Kredit allerdings am folgenden Tag wieder zurückzahlen. Die Einlagenfazilität ermöglicht es den Banken, überschüssiges Zentralbankguthaben bis zum nächsten Geschäftstag zu einem festen Zinssatz anzulegen. Hierdurch soll ein starkes Abfallen des Tagesgeldzinssatzes vermieden werden. In der Regel bildet dieser Zinssatz die Untergrenze des Tagesgeldsatzes.⁷³

69 Vgl. Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 121

70 Vgl. Cezanne, Wolfgang: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl. München (2005), S. 420

71 Vgl. Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 122

72 Vgl. Dorn, Dietmar; Fischbach, Rainer; Letzner, Volker: Volkswirtschaftslehre 2 – Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik, 13. Aufl. München (2007), S. 145

73 Vgl. May, Hermann: Handbuch zur ökonomischen Bildung, 9. Aufl. München (2008), S. 390

Die Deutsche Bundesbank

1957 wurde die Deutsche Bundesbank als Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland gegründet.⁷⁴ Bevor die Europäische Zentralbank ihre Aufgaben als Zentralbank der Europäischen Union aufnahm, stand die Deutsche Bundesbank an der Spitze des Bankensystems der Bundesrepublik Deutschland. Sie versorgte die Wirtschaft mit den gesetzlichen Zahlungsmitteln und hatte somit das Banknotenmonopol.⁷⁵

Seit 1999 ist sie Teil des Eurosystems. Sie ist neben der Europäischen Zentralbank, mit den anderen Nationalen Zentralbanken, für die Stabilität der gemeinsamen Währung verantwortlich. Sie ist ebenfalls politisch unabhängig und nicht weisungsgebunden. Sie beschäftigt insgesamt rund 10.000 Mitarbeiter in ihrem Hauptsitz in Frankfurt am Main, den neun Hauptverwaltungen und ihren 47 Filialen. Tätigkeiten der deutschen Bundesbank sind die Refinanzierung, die Bargeldversorgung, der unbare Zahlungsverkehr und die Bankenaufsicht.⁷⁶

Bankenregulierung

Der Begriff Bankenregulierung lässt sich in alle Maßnahmen subsumieren, welche durch eine Beeinflussung des Verhaltens der Banken die Funktionsfähigkeit des Banksektors fördern. Es gibt zwei Säulen der Bankregulierung. Die staatliche Bankregulierung und die Bankregulierung, welche von der Marktmacht ausgeht. Die staatliche Bankregulierung setzt ihre Maßstäbe durch den Erlass von Restriktionen, Informationspflichten und Eingriffsbefugnissen. Damit soll gewährleistet werden, dass Banken keine geschäftsgefährdenden Risiken bei der Erbringung von Transformationsleistungen eingehen. Des Weiteren dient dies der Schadensvermeidung, indem die Eintrittswahrscheinlichkeit von Bankinsolvenzen verringert wird.

Es bedarf jedoch nicht immer ausschließlich der Rechtszwänge, um Banken in ihrem Verhalten zu disziplinieren. Es verfügen auch Fremdkapitalgeber und weitere nichtstaatliche Unternehmensinteressenten über direkte und indirekte Sanktionsmechanismen für Banken. Anlageentscheidungen von Fremdkapitalgebern können

74 Vgl. Deutsche Bundesbank, www.bundesbank.de/aufgaben/aufgaben_organisation.php 15.03.2011

75 Vgl. Stobbe, Alfred: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 8. Aufl. Berlin; Heidelberg; New York (1994), S. 224

76 Vgl. Deutsche Bundesbank, www.bundesbank.de/aufgaben/aufgaben_aufgaben.php 15.03.2011

somit unmittelbar vom Risikoprofil der Banken abhängig gemacht werden.⁷⁷

Die Hauptziele der Bankenaufsicht sind unter Paragraph § 6 im Kreditwesengesetz zusammengefasst. So bildet auch hier das KWG die Grundlage. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Deutsche Bundesbank teilen sich die Aufgabe über die Bankenaufsicht.⁷⁸

77 Vgl. Thiry, Daniel: Eine empirische Analyse der Marktdisziplinierung deutscher Sparkassen, Wiesbaden (2009), S. 18 – 23

78 Vgl. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, www.bafin.de/clin_116/nn_722834/DE/BaFin/Aufgaben/Bankenaufsicht/bankenaufsicht__node.tml?__nnn=true 15.03.2011

2.2 Herbstgutachten

2.2.1 Teilnehmer

ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung ist eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands und wurde 1949 gegründet. Hierbei steht „ifo“ für Information und Forschung. Es entstand aus dem Zusammenschluss des süddeutschen Institut für Wirtschaftsforschung und der Informations- und Forschungsstelle beim Bayrischen Statistischen Landesamt. Es besteht eine Außenstelle des ifo Instituts in Dresden.

Das ifo Institut ist unabhängig und stellt seine Leistungen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen ohne Rücksicht auf deren politische Ausrichtung zur Verfügung. Zu den Aufgaben des Institutes gehört die angewandte Wirtschaftsforschung, die Beratung von Politik und Öffentlichkeit und Dienstleistungen für Forscher, Wirtschaft, Staat und die Öffentlichkeit.⁷⁹

Bei der Erarbeitung des Herbstgutachtens 2010 kooperiert das ifo Institut für Wirtschaftsforschung mit der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich.

KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich

Die KOF Konjunkturforschungsstelle ist ein Schweizer Wirtschafts- und Konjunkturforschungsinstitut. Seit 1955 betreibt die KOF Konjunkturmfragen bei Industrieunternehmen und Handelsunternehmen.

Die KOF liefert Informationen und Prognosen wie sich die schweizer Wirtschaft in den nächsten zwei Jahren entwickelt oder welche Konsequenzen die Geld- und Fiskalpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung haben. Des Weiteren befasst sich das Institut mit der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbranchen und prognostiziert die Tendenzen im Außenhandel, beim privaten Konsum, bei den

⁷⁹ Vgl. ifo Institut für Wirtschaftsforschung, www.ifo.de 15.03.2011

Investitionen, auf dem Arbeitsmarkt und der Preisentwicklung. Die Konjunkturforschungsstelle steht in Kooperation mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule.⁸⁰

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Das Institut für Weltwirtschaft wurde im Jahr 1914 als „Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ gegründet und später in „Institut für Weltwirtschaft“ umbenannt. Seit dem Jahr 2007 ist das Institut eine unabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Das IfW ist eines der großen Zentren weltwirtschaftlicher Forschung, wirtschaftspolitischer Beratung, ökonomischer Ausbildung und wirtschaftswissenschaftlicher Dokumentation. Das Ziel des Instituts ist die Erforschung innovativer Lösungsansätze für drängende weltwirtschaftliche Probleme. Auf der Basis seiner Forschungsarbeiten berät es die Entscheidungsträger der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Einen besonderen Schwerpunkt legt das Institut für Weltwirtschaft auf die ökonomische Aus- und Fortbildung. Es kooperiert eng mit der weltgrößten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliothek (ZBW).⁸¹

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ist ein gemeinnütziges, wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut und wurde 1990 auf Initiative der baden-württembergischen Landesregierung, der Wirtschaft des Landes und der Universität Mannheim gegründet. Das ZEW ist eines der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mit hoher europäischer Reputation.

Die Ziele der Arbeit des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sind exzellente Forschungsleistungen, anspruchsvolle wirtschaftspolitische Beratung, die Qualifizierung wissenschaftlichen Nachwuchses und der Wissenstransfer an die fachliche und allgemeine Öffentlichkeit.

⁸⁰ Vgl. KOF Konjunkturforschungsstelle Zürich, www.kof.ethz.ch 15.03.2011

⁸¹ Vgl. Institut für Weltwirtschaft in Kiel, www.ifw-kiel.de 15.03.2011

Das ZEW führt regelmäßige Befragungen zur Lage an den Finanzmärkten und jährliche Studien zur technologischen Leistungsfähigkeit und zur Innovationsfähigkeit der Wirtschaft durch.⁸²

Es kooperierte mit dem Institut für Weltwirtschaft bei der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010.

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle wurde im Jahre 1992 gegründet. Das Institut verfolgt unmittelbar gemeinnützige, insbesondere wissenschaftliche Zwecke. Das Institut ist in seinem Forschungsprofil auf zwei Bereiche konzentriert. Der erste Programmbereich befasst sich mit Wachstum und der wirtschaftlichen Integration. Makroökonomische Prognosen, Politikanalysen und die Analyse der Finanzmärkte und deren Interdependenz mit der realwirtschaftlichen Entwicklung bilden neben der Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung aus regionaler und sektoraler Sicht das Kerngebiet. Besonderes Interesse gilt dabei der fiskalischen und finanzwirtschaftlichen Stabilität in Europa.

Die Analyse von Transformationsprozessen bildet den zweiten Bereich. In diesem werden der institutionelle Umbau und die wirtschaftlichen Anpassungsprozesse der ehemaligen Transformationsländer analysiert.⁸³

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle arbeitete in Kooperation mit dem Institut Kiel Economics am Herbstgutachten 2010.

Kiel Economics

Kiel Economics ist im Jahr 2009 als Ausgründung aus dem Institut für Weltwirtschaft entstanden. Das Institut ist in erster Linie Ansprechpartner für öffentliche und private Auftraggeber. Erarbeitet werden dabei Informationen und Werkzeuge zur Analyse und Prognose des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Kiel Economics bietet seine Produkte von Kiel aus in ganz Europa an und besitzt eine hohe Sach- und Methodenkenntnis sowie die langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet.

⁸² Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, www.zew.de 15.03.2011

⁸³ Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, www.iwh-halle.de 15.03.2011

Die Kernkompetenzen liegen in der volkswirtschaftlichen Forschung. Dabei werden makroökonomische Analysen und Prognosen modelliert. Weitere Forschungsgebiete des Kiel Economics sind die Organisationswissenschaften, die Psychologie und die Betriebswirtschaftslehre.

Das Institut pflegt die Kooperationsmöglichkeiten zur Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und zum Institut für Weltwirtschaft sowie der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften.⁸⁴

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung versteht sich als modernes Zentrum für wissenschaftliche Forschung und evidenzbasierte Politikberatung und wurde 1926 in Nordrhein-Westfalen gegründet. Seit 1943 arbeitet es in rechtlicher Selbstständigkeit als eingetragener Verein und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Es ist wie alle bisher genannten, am Herbstgutachten teilnehmenden Institute, ein Mitglied der Leibnitz-Gemeinschaft.

Mit seinen Arbeiten will das RWI über wirtschaftliche Entwicklungen und deren Bestimmungsgründe informieren. So wählte es für sich ein Leitmotiv und dieses lautet: "individuelle Prosperität und wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten im demographischen und gesellschaftlichen Wandel".

Die Hauptaufgabe des RWI besteht darin, der Wirtschaftspolitik sachgerechte Entscheidungen zu erleichtern und in der Öffentlichkeit das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu fördern. Die Studien werden kritisch von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet und in der Regel veröffentlicht. Es erfolgt eine regelmäßige Evaluierung des Instituts.⁸⁵

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung kooperierte mit dem Institut für Höhere Studien aus Wien gemeinsam am Herbstgutachten 2010.

84 Vgl. Kiel Economics, www.kieleconomics.de 15.03.2011

85 Vgl. Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, www.rwi-essen.de 15.03.2011

Institut für Höhere Studien Wien

Das Institut für Höhere Studien aus Wien wurde im Jahr 1963 gegründet und wird ebenfalls als Verein geführt.

Es befasst sich mit Studien über die theoretische und empirische Wirtschaftswissenschaft. Der Verein forscht auf den Fachgebieten der Soziologie, der Sozialpsychologie, der Politikwissenschaften, der Ökonomie und der Statistik. Des Weiteren versteht man es als Aufgabe wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden.⁸⁶

2.2.2 Analyse der Bewahrheitung der Herbstprognosen

Das Herbstgutachten ist eine Analyse der Märkte zu einem Zeitpunkt. Es stellt damit den momentanen Stand der Wirtschaft dar und ist zugleich eine Wirtschaftsprognose. An diesem Punkt ist eine Untersuchung angebracht, ob die Herbstgutachten der vergangenen Jahre eine zuverlässige Prognose darstellten. Dieser Prüfung obliegt sogleich die Schwäche, dass die beteiligten Institute nach einer gewissen Zeit ausschieden und neue Wirtschaftsforschungsinstitute hinzukamen. So sind nicht seit Anbeginn der Erstellung dieser Gemeinschaftsdiagnose die selben Wirtschaftsinstitute am Herbstgutachten beteiligt.⁸⁷

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die kompetente Prognosefähigkeit unter Einwirkung unvorhergesehener, schwerer Ereignisse. Dies macht sich speziell im Herbstgutachten 2001 bemerkbar. In der Gemeinschaftsdiagnose wurden Werte, aufgrund des vorangegangenen Terroranschlags auf das World Trade Center am 11. September 2001 nach unten korrigiert. In Folge des Anschlags sind viele Märkte zusammengebrochen. So lag der Prognose im Frühjahr noch ein Welthandelsvolumen von 7,5 % zugrunde, im Herbst jedoch wurde der Zuwachs gerade mal auf noch 1 % geschätzt.⁸⁸ Schwere Ereignisse dieser Art sind nicht vorherzusehen und können auch nicht periodisch mit einkalkuliert werden.

⁸⁶ Vgl. Institut für Höhere Studien Wien, www.ihs.ac.at 15.03.2011

⁸⁷ Siehe auch 2.1.1 Herbstgutachten

⁸⁸ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001, 25. Oktober Berlin (2001), S. 682

Dies verdeutlicht das Ausmaß der Einwirkungen unvorhergesehener Ereignisse wie Terroranschläge, Krisen und Kriege. Es können noch weitere Faktoren eine Rolle bei der Vergleichbarkeit der Prognose- und Istwerte spielen. Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes hängen davon ab, ob in einem Jahr genauso viele Arbeitstage wie dem Vorjahr zur Verfügung standen.⁸⁹ Meine Untersuchung bezieht sich jedoch nur auf die Prognosen der Institute und lässt dies außer Acht.

Um die Prognosefähigkeit der Gemeinschaftsdiagnosen einzuordnen werden die prognostizierten Werte für die nächsten Jahre, mit den tatsächlich eingetretenen Werten verglichen und es wird eine Abweichung berechnet. Herangezogen werden dazu das Bruttoinlandsprodukt, die Arbeitslosenzahlen und Verbraucherpreise. Es wird auf internationaler, kontinentaler und nationaler Ebene geprüft, um eine korrekte Einschätzung geben zu können.

Die Prognoseüberprüfung erfolgt mithilfe einer Abweichungsanalyse. Dazu werden Prognosewerte aus den vergangenen Jahren mit den jeweilig wirklich eingetroffenen Werten verglichen. Die Abweichung wird in Prozenten dargestellt. Dies soll verdeutlichen ob die Herbstgutachten geeignet sind, um die zukünftigen Geschäftsaktivitäten von Banken auf Grundlage der Prognosewerte zu gestalten. Dabei werden Abweichungen bis 7,5 % toleriert und grün dargestellt. Alles was im Bereich größer als 7,5 % ist, egal ob im positiven oder negativen Bereich, wird als fehlerhafte Prognose angesehen und rot markiert.

Lautet die Prognose für das Bruttoinlandsprodukt +1% und im Nachgang wird festgestellt, dass das Bruttoinlandsprodukt um 2% gewachsen ist, dann ist die Abweichung 100%.

⁸⁹ Vgl. Hartmann, Norbert: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Bruttoinlandsprodukt Wiesbaden (2002), S. 21

Prognose für 2002

Um die Prognosefähigkeit der Gemeinschaftsdiagnose und der beteiligten Institute zu untersuchen, bediene ich mich der Tabellen der jeweiligen Gemeinschaftsdiagnosen. Die folgende Tabelle weißt alle nötigen Informationen aus.

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾ in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Deutschland	7,9	3,0	0,7	1,3	2,1	2,5	1,5	7,9	7,8	7,8
Frankreich	5,5	3,4	1,8	1,9	1,8	1,8	1,3	9,5	8,6	8,5
Italien	4,6	2,9	1,7	1,6	2,6	2,6	1,7	10,5	9,6	9,6
Spanien	2,4	4,1	2,5	2,2	3,5	3,7	2,5	14,1	13,1	12,7
Niederlande	1,5	3,9	1,3	2,0	2,3	5,2	3,0	3,0	2,5	2,8
Belgien	1,0	4,0	1,4	2,0	2,7	2,4	1,6	7,0	6,8	6,8
Österreich	0,8	3,4	1,4	2,0	2,0	2,4	1,6	3,7	3,8	3,9
Finnland	0,5	5,7	-0,5	1,5	3,0	2,5	1,6	9,8	9,2	9,4
Griechenland	0,5	4,0	2,4	2,7	2,9	3,5	3,0	11,1	10,8	10,5
Portugal	0,4	3,3	1,5	2,0	2,8	4,3	3,0	4,1	4,3	4,5
Irland	0,4	11,0	8,0	4,5	5,3	4,0	3,2	4,2	3,9	4,0
Luxemburg	0,1	8,5	4,5	4,5	3,8	2,7	1,9	2,4	2,4	2,4
Euroraum ¹⁾	25,6	3,4	1,5	1,8	2,3	2,7	1,8	8,9	8,4	8,4
Großbritannien	0,0	3,0	2,0	2,2	0,0	1,3	1,0	5,5	5,2	5,1
Schweden	1,0	3,6	1,9	2,2	1,3	2,5	1,7	5,9	5,2	5,2
Dänemark	0,7	3,2	1,4	1,0	2,7	2,7	1,9	4,7	4,0	4,0
Europäische Union ¹⁾	33,2	3,4	1,6	1,9	2,1	2,5	1,7	8,2	7,7	7,7
Schweiz	1,0	3,4	1,7	1,6	1,6	1,3	1,1	2,5	2,5	2,6
Norwegen	0,7	2,2	1,5	2,0	3,1	3,3	2,1	3,4	3,4	3,4
Westeuropa ¹⁾	34,9	3,4	1,6	1,9	2,1	2,4	1,7	8,0	7,6	7,5
USA	42,0	4,1	0,9	1,7	3,4	3,0	2,4	4,0	4,7	5,3
Japan	20,2	1,5	-0,6	-0,3	-0,7	-0,7	-0,4	4,7	5,0	5,5
Kanada	2,9	4,4	1,6	2,1	2,6	2,8	2,3	6,8	7,1	7,2
Insgesamt	100,0	3,4	0,9	1,4	2,1	2,0	1,6	6,0	6,1	6,4
Nachrichtlich: Exportgewichtet ²⁾	.	3,6	1,6	1,9

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2000. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder, gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2000. ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. ⁴⁾ Standardisiert.
 Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Tab. 2 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2001, S. 667

Diese Tabelle wurde dem Herbstgutachten 2001 entnommen. Sie enthält die Kennzahlen des Bruttoinlandsproduktes, der Verbraucherpreise und der Arbeitslosenquote. Die Werte für das Jahr 2000 sind auf Ist-Basis dokumentiert, da diese feststehen und der Vergangenheit angehören. Die Werte für das Jahr 2001 sind auf den Ist-Werten des laufenden Jahres, so wie den Prognosewerten für das letzte Quartal aufgebaut, da das Herbstgutachten jedes Jahr im Oktober erstellt wird. Die Werte für 2002 sind reine Prognosewerte. Um einen Prognosewert mit dem Ist-Wert zu vergleichen, stelle ich dem Herbstgutachten (x)⁹⁰ immer das Herbstgutachten (x + 2) gegenüber.

90 x = Jahreszahl

Da im Herbstgutachten 2001 die Werte für 2002 reine Prognosewerte sind, jedoch im darauf folgenden Jahr die Werte für das Jahr 2002 sowohl Ist-Werte der Monate Januar bis September als auch Prognosewerte für das letzte Jahresquartal sind, kann die Abgleichung für das Jahr 2001 nur mit den tatsächlichen Werten des Herbstgutachtens 2003 erfolgen, da hier die Werte für das Jahr 2002 als Ist-Werte zur Verfügung stehen. Die Institute bedienen sich der Ist-Werte, die vom Statistischen Bundesamt ermittelt wurden.

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Deutschland	22,0	0,2	0,0	1,7	1,3	1,0	1,3	8,6	9,3	9,5
Frankreich	15,9	1,2	0,3	1,6	1,9	2,0	1,6	8,8	9,4	9,5
Italien	13,1	0,4	0,2	1,4	2,6	2,7	2,2	9,0	8,7	8,4
Spanien	7,2	2,0	2,1	2,6	3,6	3,1	2,5	11,3	11,4	11,3
Niederlande	4,6	0,2	-0,6	0,9	3,9	2,2	1,7	2,8	4,1	5,0
Belgien	2,7	0,7	0,9	1,6	1,6	1,5	1,5	7,3	8,0	8,1
Österreich	2,3	1,1	0,8	1,6	1,7	1,2	1,2	4,3	4,5	4,5
Finnland	1,5	2,2	1,1	2,5	2,0	1,3	1,5	9,1	9,2	8,9
Griechenland	1,5	4,0	4,4	4,0	3,9	3,5	4,0	10,0	9,4	9,0
Portugal	1,3	0,4	-0,8	1,2	3,7	3,2	2,3	5,0	6,8	7,5
Irland	1,3	6,9	1,9	3,5	4,7	4,1	3,2	4,4	4,7	4,8
Luxemburg	0,2	1,1	1,0	2,3	2,1	2,4	2,1	2,8	3,7	3,9
Euroraum ³	73,6	0,9	0,4	1,7	2,3	2,0	1,7	8,4	8,8	8,9
Großbritannien	17,3	1,7	2,0	3,0	1,3	1,4	1,5	5,1	5,1	5,0
Schweden	2,7	1,9	1,5	2,4	2,0	2,1	1,8	4,9	5,4	5,4
Dänemark	1,9	2,1	0,6	1,5	2,4	2,1	2,0	4,5	5,2	5,2
EU 15 ³	95,5	1,0	0,8	2,0	2,1	1,9	1,7	7,7	8,1	8,1
Polen	2,0	1,4	3,2	3,8	1,9	0,8	2,0	19,9	20,0	19,0
Tschechien	0,8	2,0	2,5	3,3	1,8	0,0	2,0	7,3	7,0	6,8
Ungarn	0,7	3,3	2,5	3,0	5,3	4,5	5,5	5,6	5,8	5,6
Slowakei	0,3	4,4	3,8	4,3	3,3	8,3	6,0	18,6	16,5	15,5
Slowenien	0,2	3,2	2,4	3,0	7,5	6,1	5,5	6,0	5,8	5,6
Litauen	0,1	6,7	6,8	6,0	0,3	-1,0	1,0	13,1	11,3	10,5
Zypern	0,1	2,0	2,5	3,5	2,8	4,0	2,5	3,9	4,2	4,0
Lettland	0,1	6,1	6,0	5,5	1,9	2,8	3,0	12,8	12,0	11,5
Estland	0,1	6,0	4,2	4,5	3,6	1,5	2,0	9,1	8,5	8,2
Malta	0,0	1,2	1,0	2,0	2,2	1,0	2,5	7,4	7,8	7,6
EU-Beitrittsländer	4,5	2,4	3,1	3,7	2,8	2,1	3,0	14,8	14,6	13,8
EU 25 ³	100,0	1,2	0,9	2,1	2,1	1,9	1,8	8,9	9,1	9,0
Nachrichtlich: Exportgewichtet ⁴	-	1,4	1,1	2,1	2,4	2,1	2,0	-	-	-

1 EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

2 Standardisiert.

3 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002

in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der zivilen Erwerbspersonen von 2001.

4 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2002.

Quellen: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Herbst 2003

Tab. 3 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2003, S. 645

Das Herbstgutachten 2003 gliederte seine Schwerpunkte jedoch neu, sodass eine weitere Tabelle aus der Gemeinschaftsdiagnose zum Abgleich der Werte herangezogen werden muss.

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Industrieländer										
EU 25	31,0	1,2	0,9	2,1	2,1	1,9	1,8	8,9	9,1	9,0
Schweiz	0,9	0,2	-0,2	1,2	0,6	0,5	0,8	2,8	3,7	3,9
Norwegen	0,7	0,9	0,5	1,6	0,8	2,2	1,6	3,9	4,5	4,5
West- und Mitteleuropa	32,6	1,1	0,8	2,0	2,0	1,9	1,7	8,8	9,0	9,0
USA	35,9	2,4	2,7	3,6	1,6	2,3	2,3	5,8	6,0	5,7
Japan	13,7	0,1	2,7	2,0	-0,9	-0,3	-0,3	5,4	5,3	5,3
Kanada	2,5	3,3	2,3	3,3	2,2	2,7	2,0	7,6	7,7	7,5
Industrieländer insg.	84,6	1,6	2,0	2,7	1,4	1,7	1,7	7,2	7,4	7,3
Schwellenländer										
Russland	1,2	4,3	6,0	5,5	15,8	14,0	12,0	8,0	7,5	7,5
Ostasien ¹	4,5	4,8	3,0	5,0
China	4,8	8,0	8,0	8,0
Lateinamerika ²	4,9	-0,2	0,7	3,0
Schwellenländer insg.	15,4	4,2	4,1	5,3
Insgesamt ³	100,0	2,0	2,3	3,1
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet		1,6	1,5	2,6
Welthandel, real		3,2	3,5	7,5

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

Quellen: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Herbst 2003

Tab. 4 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2003, S. 646

Deutschland

Im Herbstgutachten 2001 prognostizierten die teilhabenden Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 1,3 % zum Vorjahr. Die Verbraucherpreise sollten um 1,5 % steigen und die Arbeitslosenquote bei 7,8 % konstant bleiben. In der Tabelle vom Herbstgutachten 2003 kann jetzt abgelesen werden, dass sich das Bruttoinlandsprodukt jedoch nur um 0,2 % zum Vorjahr veränderte. Die Abweichung ist also mit 1,1 Prozentpunkten nicht gering. Auch im Bezug auf die Gesamtsituation der Märkte ist es ein merklicher Unterschied, ob eine Volkswirtschaft um 0,2 % oder 1,3% wächst. Die Verbraucherpreise steigen folglich

auch nicht in dem Maße an wie 2001 prognostiziert. Die Vorhersage einer Steigerung von 1,5 % fiel real geringer mit nur 1,3 % aus. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte vom prognostizierten Wert im Jahr 2001 von 7,8 % auf tatsächliche 8,6 %.

Europäische Union

Das Bruttoinlandsprodukt für die Europäische Union war für 2002 mit einem Anstieg von 1,9 % vorausgesagt worden. Der tatsächliche Anstieg betrug jedoch nur 1,2 %. Die Verbraucherpreise sollten sich um 1,7 % erhöhen, taten dies aber um 2,1%. Auch die geschätzte Entwicklung der Arbeitslosenquote ist von den prognostizierten 7,7 % auf 8,9 % angewachsen.

USA

Auch bei den Prognosen bezüglich der USA sind Abweichungen zu erkennen. Die prognostizierte Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes von 1,7 % fiel deutlich höher aus mit 2,4 %. Die Verbraucherpreise jedoch gingen von 2,4 % auf 1,6 % zurück. Die vorhergesagte Arbeitslosenquote stieg von 5,3 % auf 5,8 % an.

Diese Entwicklung hätte sich so gut wie nicht prognostizieren lassen. Denn wenn das Volkseinkommen steigt, müssten sich nach Lehrbuchverständnis die Verbraucherpreise erhöhen und die Arbeitslosigkeit absinken. Jedoch war genau das Gegenteil der Fall.⁹¹

91 Vgl. Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 65
Abbildung B.6: Die Phillips-Kurve als „Menükarte“ der Konjunkturpolitik

Abweichungen Jahr 2002⁹²

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%
BRD	1,3	0,2	-84,6	1,5	1,3	-13,3	7,8	8,6	+10,3
EU	1,9	1,2	-36,8	1,7	2,1	+25,5	7,7	8,9	+15,6
USA	1,7	2,4	+41,2	2,4	1,6	-33,3	5,3	5,8	+9,4

Tab. 5 Abweichungsanalyse Jahr 2002
Eigene Zusammenstellung: Prognosen Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2001, Ist-Werte 2003

In der Tabelle 5 kann gut betrachtet werden, dass die Prognosen für das Jahr starke bis mittlere Abweichungen zu den tatsächlichen Werten enthielten. Eine Fehleinschätzung mit einer Abweichung von 84,6 % im nationalen Bereich ist kaum vertretbar. Auch weisen die ermittelten Daten im Europäischen Bereich und für den Haushalt der USA starke Abweichungen auf. Es werden nun noch für die Jahre 2003 und 2004 und für die Jahre 2008 und 2009 jeweils eine Abweichungsanalyse bereitgestellt, um eine verbindliche Aussage hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Prognosen abgeben zu können.

Abweichung Jahr 2003

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%
BRD	1,4	-0,1	-107,14	1,5	1,0	-33,33	8,2	9,6	+17,07
EU	2,0	1,0	-50,0	1,7	2,0	+17,65	7,6	9,1	+19,74
USA	2,7	3,0	+11,11	2,1	2,3	+9,52	5,9	6,0	+1,69

Tab. 6 Abweichungsanalyse Jahr 2003
Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an die Prognosen der Gemeinschaftsdiagnosen Herbst 2002, und Ist-Werte 2004, Anhang: A.1, A.2, A.3

⁹² Abw. stellt die prozentuale Abweichung der Ist-Werte der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2003 zu den prognostizierten Werten der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2001 für das Jahr 2002 dar.

Im Jahr 2003 sind sehr hohe Abweichungen zwischen den Prognosewerten und den tatsächlichen Werten zu verzeichnen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Einschätzung der Entwicklung des nationalen Bruttoinlandsproduktes. Die Abweichung beträgt –107,14 %. Auch die Einschätzung des Wachstums der Europäischen Union ist mit einer Abweichung von –50 % als Fehleinschätzung zu werten. Der einzige Wert mit einem verbindlichem Charakter ist die Arbeitslosenquote der USA welche eine Abweichung von nur 1,69 % hat. Dieser Wert wurde grün gekennzeichnet, da er als moderat angesehen wird. Das Jahr 2003 war von einer Rezession betroffen. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes war stark gedämpft und die Arbeitslosigkeit mit 9,6 % sehr hoch. Jedoch war dieses Jahr nicht von außergewöhnlichen Ereignissen wie Terroranschlägen, Kriegen oder anderen äußeren Einflüssen betroffen, so hätten die Prognosen verlässlicher sein müssen.⁹³

Abweichung Jahr 2004

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%
BRD	1,7	1,6	-5,88	1,3	1,8	+38,46	9,5	9,5	0
EU	2,1	2,4	+14,29	1,8	2,0	+11,11	9,0	9,2	+2,22
USA	3,6	4,2	+16,66	2,3	2,7	+17,39	5,7	5,5	-3,51

Tab. 7 Abweichungsanalyse Jahr 2004
Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an die Prognosen der Gemeinschaftsdiagnosen Herbst 2003, und Ist-Werte 2005, Anhang: A.4, A.5, A.6, A.7

Im Jahr 2004 sind die Abweichungen in einigen Bereichen nicht mehr so exorbitant. So wurde der Veränderung des Bruttoinlandsproduktes der Bundesrepublik Deutschland ein grüner Wert zugeordnet. Die Werte der Arbeitslosenquote waren alle verlässlich. Nur die Veränderung der Verbraucherpreise mit einer Abweichung von 38,46 % ist nicht zuverlässig prognostiziert worden.

⁹³ siehe dazu auch: Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl. München (2008), S. 54 Abbildung B.2: Beschäftigung im Konjunkturverlauf in Deutschland

Abweichung Jahr 2008

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%
BRD	2,2	1,3	-40,91	2,1	2,8	+33,33	6,0	7,2	+20,00
EU	2,4	0,9	-62,50	2,1	3,6	+71,42	6,6	6,9	+4,55
USA	2,1	0,4	-80,95	2,3	3,9	+77,27	5,0	5,8	+16,00

Tab. 8 Abweichungsanalyse Jahr 2008
Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an die Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007, und Ist-Werte 2009, Anhang: A.8, A.9, A.10, A.11

Die Abweichungen im Jahr 2008 sind auch hier zu hoch. Das starke Wachstumsdefizit der USA wurde nur ungenügend prognostiziert. Der einzige verlässliche Wert ist die Prognose der Arbeitslosenquote für die Europäische Union.

Abweichung Jahr 2009

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%	Prog.	Ist-Wert	Abw.%
BRD	0,2	-4,9	-2550	2,3	0,2	-91,30	7,6	7,4	-2,63
EU	0,5	-4,2	-940	2,7	0,8	-70,37	7,4	8,9	+20,27
USA	1,0	-2,6	-360	2,9	-0,4	-113,80	6,6	9,3	+40,91

Tab. 9 Abweichungsanalyse Jahr 2009
Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an die Prognosen der Gemeinschaftsdiagnosen Herbst 2008, und Ist-Werte 2010, Anhang: A.12, A.13, A.14, A.15

Das Jahr 2009 war von den Auswirkungen der Finanzkrise gezeichnet. Diese Verwerfungen im Finanzsystem sind durch einen Rückgang der Vermögenspreise und der Zahlungsfähigkeit zahlreicher Unternehmen der Finanzwirtschaft und anderer Branchen gekennzeichnet. Finanzkrisen beeinträchtigen die ökonomische Aktivität

in einem oder mehreren Ländern.⁹⁴ Durch die immer weiter zunehmende Globalisierung ist man dann auch länderübergreifend von solchen Krisen betroffen.

Im Jahr 2009 brach die Wirtschaft in Folge der vorangegangenen Finanzkrise ein. Die Prognosen waren mit einem Wachstum von 0,2 % für das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands und 0,5 % für die Europäische Union recht niedrig. Anhand der Ist-Werte lässt sich dann das Ausmaß des Einbruchs der Märkte erkennen. Die Prognosen verfehlten teilweise mit –2550 % Abweichung für die Bundesrepublik Deutschland. Dies liegt jenseits einer jeden Toleranz. Die Einschätzung der Entwicklung der Arbeitslosenquote für Deutschland war jedoch verlässlich.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Prognosefunktion der Gemeinschaftsdiagnose Herbst im Rahmen der Vorhersage der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Verbraucherpreise und der Arbeitslosenquote hohe Abweichungen zwischen den prognostizierten Werten und den Ist-Werten vorweist. Besonders in den Jahren ohne Wirtschaftskrisen oder anderen außergewöhnlichen Umständen sollte eine gewisse Verlässlichkeit bestehen.

Grundlagen, Annahmen und Rahmenbedingungen für die Prognose

In den Gemeinschaftsdiagnosen werden nicht nur Werte für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, der Verbraucherpreise und der Arbeitslosenquote für Deutschland, den Euroraum und die USA prognostiziert. Weitere Prognosewerte sind das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes der Industrieländer und der Schwellenländer. Dies wird als Weltproduktion zusammengefasst. Des Weiteren werden Prognosen für Rezessionswahrscheinlichkeiten, den privaten Konsum, den öffentlichen Konsum, Bruttoanlageinvestitionen, Vorratsveränderungen, Importe, Exporte und Budgetsalden in den einzelnen Staaten abgegeben.

Für die jeweiligen Prognosen werden Rahmenbedingungen und Annahmen gesetzt. Folglich verändern sich die Abweichungen zwischen den prognostizierten und den Ist-Werten wenn diesen Voraussetzungen eine Änderung zu Grunde liegt. Für die Prognosen 2010/2011 im Herbstgutachten wurden somit eine Reihe von Annahmen

94 Glebe, Dirk: Die globale Finanzkrise – Alle Informationen zur Wirtschaftskrise 2007 – 2009, dazu Geschichte und umfassendes Gesamtwissen zu den bisherigen Finanzkrisen dieser Welt. Ursachen, Auswirkungen, Reaktionen. Norderstedt (2008), S. 16

gesetzt. Die Institute gehen davon aus, dass der Preis für ein Barrel Rohöl in diesem Jahr 78 US-Dollar und im nächsten Jahr 80 US-Dollar entspricht. Des Weiteren geht man davon aus, dass der Welthandel im Jahr 2010 um 12,0 % und im nächsten Jahr um 6,8 % steigt. Auch wird der Wechselkurs des Euros zum Dollar mit einer festen Größe für den Prognosezeitraum angegeben. Dieser wurde auf 1,35 US-Dollar für das Jahr 2010 fixiert. Generelle Annahmen wie das Verhalten der Europäischen Zentralbank beinhalten ebenfalls Gegebenheiten für die Prognosen. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung stellt die Grundlage für die Gemeinschaftsdiagnosen Frühjahr und Herbst dar.⁹⁵

	2009	2010	2011
Konsumausgaben	0,4	0,6	1,1
Private Haushalte ^{b)}	- 0,1	0,1	0,8
Staat	0,5	0,6	0,2
Anlageinvestitionen	- 1,9	1,0	0,6
Ausrüstungen	- 1,8	0,6	0,4
Bauten	- 0,1	0,4	0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	- 0,3	0,7	0,1
Inlandsnachfrage	- 1,8	2,3	1,8
Außenbeitrag	- 2,9	1,2	0,3
Exporte	- 6,8	6,3	3,3
Importe	3,9	- 5,0	- 3,1
Bruttoinlandsprodukt ^{c)}	- 4,7	3,5	2,0
^{a)} Zur Definition vgl. Tab. 3.1. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – ^{b)} Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ^{c)} Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.			
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2010 und 2011: Prognose der Institute. GD Herbst 2010			

Tab. 10 Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010 S. 34

Prognosekorrekturen

Die Institute nehmen auch selbstständig in ihren Herbstgutachten Prognosekorrekturen für ihre Frühjahrsgutachten vor. So haben die Institute in ihrem Frühjahrsgutachten für das Jahr 2010 einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,5 % prognostiziert. In der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010 wurde dieser Wert auf 3,5 % angehoben. Eine Anhebung der Prognose für das laufende Jahr um 2 Prozentpunkte hat es seit mehr als 20 Jahren nicht gegeben.⁹⁶

⁹⁵ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen S. 28 – 29

⁹⁶ Vgl. ebenda S. 30

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2010
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Frühjahrgutachten		Herbstgutachten		Prognosekorrektur für 2010	
	Prognosewerte für 2010		Prognosewerte für 2010		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^{a)}	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^{a)}	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inlandsnachfrage	0,6	0,5	2,4	2,3	1,8	1,8
Privater Konsum	- 0,4	- 0,2	0,1	0,1	0,5	0,3
Staatlicher Konsum	1,6	0,3	2,8	0,6	1,2	0,3
Ausrüstungen	2,2	0,1	8,9	0,6	6,7	0,5
Bauten	0,4	0,0	3,7	0,4	3,3	0,4
Sonstige Anlageinvestitionen	6,2	0,1	5,9	0,1	- 0,3	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,2	-	0,7	-	0,5
Außenbeitrag	-	0,9	-	1,2	-	0,3
Ausfuhr	7,1	2,9	15,3	6,3	8,2	3,4
Einfuhr	5,5	- 2,0	14,0	- 5,0	8,5	- 3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,5	3,5	3,5	2,0	2,0
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,8	-	2,7	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,9	-	1,6	-	-	-
Welthandel	9,0	-	12,0	-	-	-
Verbraucherpreise	0,9	-	1,1	-	-	-

^{a)} Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2010

Tab. 11 Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2010
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010 S. 30

Im Gegensatz zur Diagnose ist die Prognose eine Vorhersage des zukünftigen Ist-Zustandes. Sie gibt an, was bei fortbestehenden oder gegebenen Bedingungen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreten wird. Die Aufgabe der Prognose besteht in der Abschätzung wahrscheinlicher, nicht jedoch irgendwelcher gewünschter Ereignisverläufe.⁹⁷

Somit bleibt zusammenfassend zu sagen, dass sich die Prognosen der Herbstgutachten und der anfertigenden Institute nur ungenügend bewahrheitet haben. Vielleicht sind es Hoffnungen, welche mit persönlichen Interessen oder Gewinnerwartungen einher gehen. Als Bank einzig und allein auf diese Prognosen zu vertrauen und die Geschäftstätigkeit danach auszurichten, kann aufgrund der großen Abweichungen sehr gefährlich sein und zu starken Standpunktverwerfungen führen.

⁹⁷ Vgl. Wille, Eberhard: Planung und Information – Eine Untersuchung ihrer Wechselwirkungen unter besonderer Berücksichtigung eines mehrjährigen Plans für die öffentlichen Finanzen, Berlin (1970), S. 80

2.2.3 Das Herbstgutachten 2010

Die Lage der Weltwirtschaft⁹⁸

Das Kapitel „Die Lage der Weltwirtschaft“ bezieht sich auf die wirtschaftliche Lage der Industrieländer und der Schwellenländer. Die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer wird nicht berücksichtigt.

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Industrieländer										
EU-27	32,0	– 4,2	1,6	1,4	0,8	1,8	1,7	8,9	9,7	9,6
Schweiz	1,0	– 1,9	2,7	1,8	– 0,7	0,8	0,7	4,2	3,8	3,2
Norwegen	0,7	– 1,4	1,5	2,3	2,3	2,6	2,1	3,2	4,8	4,8
West- und Mitteleuropa	33,7	– 4,1	1,6	1,5	0,8	1,8	1,7	8,9	9,5	9,4
USA	27,4	– 2,6	2,7	1,9	– 0,4	1,7	1,3	9,3	9,8	9,5
Japan	9,8	– 5,2	3,0	1,4	– 1,4	– 0,9	– 0,4	5,1	5,1	4,9
Kanada	2,6	– 2,5	3,2	2,6	0,3	1,8	1,8	8,3	8,1	7,5
Industrieländer insgesamt	73,5	– 3,6	2,3	1,7	0,0	1,4	1,3	8,4	8,9	8,7
Schwellenländer										
Russland	2,4	– 7,9	4,5	4,5	–	–	–	–	–	–
China und Hongkong	9,9	8,6	10,0	8,5	–	–	–	–	–	–
Indien	2,4	7,7	8,3	7,5	–	–	–	–	–	–
Ostasien ohne China ^{a)}	4,9	0,4	7,2	4,5	–	–	–	–	–	–
Lateinamerika ^{b)}	6,8	– 2,0	5,2	3,4	–	–	–	–	–	–
Schwellenländer insgesamt	26,5	2,8	7,6	6,0	–	–	–	–	–	–
Insgesamt ^{c)}	100,0	– 1,9	3,7	2,8	–	–	–	–	–	–
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet ^{d)}	100,0	– 3,2	2,6	2,2	–	–	–	–	–	–
Welthandel, real	–	– 11,0	12,0	6,8	–	–	–	–	–	–

^{a)} Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{c)} Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2009.

^{a)} Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{c)} Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2009.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen der Institute; 2010 und 2011: Prognose der Institute.

GD Herbst 2010

Tab. 12 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 11

In der Tabelle 12 ist zu erkennen, dass den Industrieländern ein angemessenes Wirtschaftswachstum prognostiziert wird. Die Schwellenländer weisen teilweise Wirtschaftswachstumsraten von mehr als 6 % auf. Das Wirtschaftswachstum ist insbesondere für die weniger wohlhabenden Schichten eines Staates von Bedeutung. Da ihnen die Chance zur Verbesserung ihrer Lage gegeben wird. Ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum sollte ca. 2 % im Jahr betragen. Wächst eine Wirtschaft um 2 % im Jahr, verdoppelt sich der Wohlstand innerhalb von 35 Jahren. Durch stetiges Wachstum sollen starke Schwankungen vermieden werden. Dies ist

⁹⁸ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen: Die Lage der Weltwirtschaft, S. 9 – 18

wichtig, damit einhergehende Schwankungen der Beschäftigung vermieden werden können.⁹⁹

Der gewogene Durchschnitt aller Güterpreise ist das Preisniveau.¹⁰⁰ Bei den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind die Verbraucherpreisanstiege sehr gering. Dies geht mit der deutlichen Unterauslastung der Produktionskapazitäten einher. Das Produktionspotenzial ist in den Industriestaaten momentan höher als die Auslastung. In einer besonders schwierigen Lage befindet sich Japan. Der Staat ist von einer Deflation betroffen, die laut der Prognose noch anhalten wird. Eine Deflation ist eine anhaltende Zunahme des Geldwertes. Das Preisniveau nimmt ab.¹⁰¹ Eine Deflation ändert auch die Realwerte von Verbindlichkeiten und Forderungen. So wirkt sie zu Gunsten der Gläubiger und zu Lasten der Schuldner. Die erhöhte Kassenhaltung stellt ein weiteres Problem dar und geht zu Lasten des Konsums und der Investitionen.¹⁰² Es stellt sich eine passive Haltung der Marktteilnehmer ein, welche sie dazu veranlasst zu warten ob begehrte Güter noch günstiger werden.

Im Verlauf des Jahres 2010 hat es kräftige Bewegungen bei den Wechselkursen gegeben. Die Schulden- und Vertrauenskrise Europas schwächte im ersten Halbjahr den Außenwert des Euros. Gleichzeitig wertete der Dollar gegenüber anderen Währungen kräftig ab. Seit Anfang verlor er so 10 % seines Wertes gegenüber dem japanischen Yen. Im September begann die japanische Notenbank Dollar gegen Yen zu kaufen um der Aufwertung der heimischen Währung entgegen zu wirken und somit die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Die chinesische Zentralbank hält den Renminbi eng an den Dollar gekoppelt. Die Interventionen der internationalen Zentralbanken wirken einem Abbau der globalen Ungleichgewichte entgegen. Eine Abwertung des Dollars würde zu einer Verringerung des US-Leistungsbilanzdefizits führen.

99 Vgl. Bofinger, Peter: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl. München (2010), S. 274

100 Vgl. Rittenbruch, Klaus: Makroökonomie, 11. Aufl. München; Wien; Oldenburg (2000), S. 137

101 Vgl. Krauss, Peter J.: Financial Planning in der Praxis, Wiesbaden (2006), S. 167

102 Vgl. Puhani, Josef: Volkswirtschaftslehre – Basiswissen, 2. Aufl. München (2003), S. 95



Abb. 8 Wechselkurs Euro / US Dollar
www.onvista.de/devisen/snapshot.html 27.12.2010

Die Konjunktur in den USA entwickelt sich nur schwach. Eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt ist bisher ausgeblieben. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit ist im Jahr 2010 auf 40 % gestiegen. Als Langzeitarbeitslos gilt, wer länger als 27 Wochen arbeitslos ist. Die Zahl der nicht bedienten Hypothekenkredite befindet sich auf einem Rekordhoch von 14,5 %. Die Geldpolitik der USA ist schon seit 2 Jahren expansiv ausgerichtet um die wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren. Die Preisentwicklung war im Jahr 2009 rückläufig, normalisierte sich jedoch im Jahr 2010 wieder.

In Japan hat sich die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal 2010 deutlich abgeschwächt. Die öffentlichen Investitionen wurden gedrosselt und die Lagerinvestitionen leisteten einen negativen Wachstumsbeitrag. Japan war jedoch im Jahr 2010 sehr exportstark. Das Wachstum der Exporte hat um 25,7 % zum Vorjahr zugenommen. Die Regierung legte ein Konjunkturprogramm in Höhe von 0,2 % des Bruttoinlandsproduktes auf. Damit sollen Unternehmen durch Subventionen gefördert werden, welche umweltfreundliche Technologien produzieren und junge Menschen einstellen.

In den asiatischen Schwellenländern verlangsamte sich der Aufschwung rasch. Die wirtschaftliche Dynamik Chinas, welche im ersten Halbjahr noch einen Zuwachs von 11,1 % betrug, machte eine Abschwächung sichtbar. Die günstige Situation des Arbeitsmarktes stärkte die Binnennachfrage und förderte die Importe. Die private Bautätigkeit stieg stark an. Um den Immobilienmarkt vor einer Überhitzung zu sichern, verschärfte man die Normen der Kreditvergabe und die Einschränkungen des Wohnungskaufs zu spekulativen Zwecken. Asien wies nach der Krise den stärksten Aufschwung auf.

Lateinamerika setzte seine wirtschaftliche Erholung im ersten Halbjahr 2010 fort. Für das Jahr 2010 rechneten die Wirtschaftsinstitute mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 5,2 %.

Die russische Wirtschaft erholte sich ebenfalls. Sie profitierte von den erheblich höheren Marktpreisen für Öl und Gas. Auch machten die witterungsbedingten Anstiege, der Nachfrage nach diesen Rohstoffen einen erheblichen Teil aus. Die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich durch die Anregung der Konjunktur. Für das Jahr 2010 wird mit einem Zuwachs von 4,5 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion gerechnet.

Die Lage in der Europäischen Union¹⁰³

Momentan gehören der Europäischen Union 27 Mitgliedsstaaten an. Nach den Auswirkungen der Krise im Jahr 2009 hat die Erholung des Euroraumes im ersten Halbjahr des Jahres 2010 deutlich an Fahrt gewonnen. Die Exporte stiegen kräftig an. Die Bauinvestitionen erhielten kräftige Impulse durch Konjunkturprogramme und sinkende Hypothekenzinsen sowie durch das Nachholen witterungsbedingt ausgefallener Produktion. Aufgrund des Auslaufens der Abwrackprämien blieb der private Konsum gedämpft. Die Konjunktur der einzelnen Euroländer entwickelte sich sehr unterschiedlich. Exportorientierte Länder profitierten sehr stark von der Wiederbelebung des Welthandels. Am schwächsten profitierten die Länder Portugal, Spanien und Italien. In den Ländern Griechenland und Irland schrumpfte die Produktion sogar um über 1 %. Die Arbeitslosenrate im Euroraum stagnierte bei 10,1 %.

¹⁰³ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen: Die Lage in der Europäischen Union, S. 19 – 26

Am günstigsten ist die Arbeitsmarktlage in Österreich und Deutschland. Da ist die Arbeitslosenrate während der Rezession nur leicht gestiegen und hat sich inzwischen wieder verringert. In Spanien war die Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 mit 20,1 % sehr hoch. Auch in Irland, Portugal und der Slowakei wurden Arbeitslosenraten von 10 % bis 14 % festgestellt. Diese sollen sich laut der Prognosen für 2011 noch verschlechtern.

	2009	2010	2011
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	– 4,1	1,6	1,3
Privater Konsum	– 1,0	0,8	1,0
Öffentlicher Konsum	2,5	1,0	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	– 11,3	– 0,4	4,0
Vorratsveränderungen ^{b)}	– 0,8	1,0	– 0,3
Inländische Verwendung	– 3,3	1,6	1,1
Exporte ^{a)}	– 12,9	9,9	6,5
Importe ^{a)}	– 11,6	10,1	6,1
Außenbeitrag ^{b)}	– 0,7	0,0	0,2
Verbraucherpreise ^{c)}	0,3	1,4	1,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ^{d)}	– 6,2	– 6,6	– 5,2
Leistungsbilanzsaldo	– 1,3	– 0,9	– 0,6
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ^{e)}	9,5	10,1	10,1
^{a)} Einschließlich Intrahandel. – ^{b)} Wachstumsbeitrag. – ^{c)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{d)} Gesamtstaatlich. – ^{e)} Standardisiert.			

Tab. 13 Wirtschaftsentwicklung im Euroraum
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 22

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im ersten Halbjahr 2010 etwas erhöht und beschleunigte sich aufgrund höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise. Beängstigende Preisentwicklungen waren in Griechenland mit einer Inflationsrate von bis zu 5,6 % und in Irland mit – 1,2 % zu beobachten. Diese sind zwar durch fiskalische Maßnahmen stark beeinflusst, aber mit dem wirtschaftspolitischen Ziel der Preisstabilität nicht mehr vereinbar. Der Außenbeitrag der Europäischen Union verhielt sich im Jahr 2010 neutral und wird laut der Prognose für 2011 nur leicht ansteigen.

Im Jahr 2009 wurde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erheblich gestützt. Die Lage der öffentlichen Haushalte von Spanien, Portugal, Griechenland und Irland wird an den Finanzmärkten besonders kritisch gesehen. Für das Jahr 2010 und 2011 wurden weitreichende Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte

beschlossen. In Griechenland haben die Sparbemühungen zu einem deutlichen Rückgang des Haushaltsdefizits geführt. Gemäß dem Rettungsplan der Europäischen Union und in Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds, soll in Griechenland ein zusätzliches Sparpaket im Umfang von rund 4,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr und 4,1 % im kommenden Jahr umgesetzt werden. Das Defizit Griechenlands ist weiterhin beträchtlich, jedoch liegt es auf einem Niveau, welches die Erreichung des vereinbarten Defizitziels von 8,1 %, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2010, realistisch erscheinen lässt.

Ein weiterer Gesichtspunkt sind die negativen Finanzierungssalden der Länder im Euroraum. Der Finanzierungssaldo des Staates ergibt sich, wenn man die Ausgaben von den Einnahmen des Staates abzieht. Ein negativer Finanzierungssaldo ergibt sich, wenn die Ausgaben in einer Periode höher sind als die Einnahmen. Von einem Staatsüberschuss spricht man bei einem positiven Finanzierungssaldo.¹⁰⁴ Die Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte wichen stark voneinander ab. In Griechenland, Irland und Spanien waren diese zwischen – 11,2 % und – 14,3 % sehr hoch. In Deutschland, Finnland und Luxemburg mit bis zu – 3 % eher niedrig. Im gesamten Euroraum betrug der Finanzierungssaldo im Jahr 2009 – 6,2 %.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	– 3,3	– 1,6	0,3	0,1	– 3,0	– 3,8	– 2,7
Frankreich	– 2,9	– 2,3	– 2,7	– 3,3	– 7,5	– 7,8	– 6,5
Italien	– 4,3	– 3,3	– 1,5	– 2,7	– 5,3	– 5,1	– 4,5
Spanien	1,0	2,0	1,9	– 4,1	– 11,2	– 9,8	– 7,9
Niederlande	– 0,3	0,5	0,2	0,7	– 5,3	– 6,1	– 5,3
Belgien	– 2,7	0,3	– 0,2	– 1,2	– 6,0	– 4,7	– 5,1
Österreich	– 1,7	– 1,5	– 0,4	– 0,4	– 3,4	– 4,5	– 4,4
Griechenland	– 5,2	– 3,6	– 5,1	– 7,7	– 13,6	– 8,0	– 8,2
Irland	1,6	3,0	0,1	– 7,3	– 14,3	– 36,0	– 12,3
Finnland	2,7	4,0	5,2	4,2	– 2,2	– 3,3	– 2,9
Portugal	– 6,1	– 3,9	– 2,6	– 2,8	– 9,4	– 8,2	– 7,1
Slowakei	– 2,8	– 3,5	– 1,9	– 2,3	– 6,8	– 5,6	– 5,5
Luxemburg	0,0	1,4	3,6	2,9	– 0,7	– 3,5	– 4,1
Slowenien	– 1,4	– 1,3	0,0	– 1,7	– 5,5	– 6,0	– 5,1
Zypern	– 2,4	– 1,2	3,4	0,9	– 6,1	– 7,0	– 7,8
Malta	– 2,9	– 2,6	– 2,2	– 4,5	– 3,8	– 3,9	– 3,5
Euroraum ^{b)}	– 2,5	– 1,2	– 0,6	– 1,9	– 6,2	– 6,6	– 5,2
^{a)} In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. – ^{b)} Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in Euro.							

Tab. 14 Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte In den Ländern des Euroraumes
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 20

104 Vgl. Heller, Robert F.: Haushaltsgrundsätze für Bund, Länder und Gemeinden – Handbuch zum Management der öffentlichen Finanzen, 2. Aufl. Heidelberg; München; Landsberg; Frechen; Hamburg (2010), S. 121

Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins im Jahr 2010 bei 1 % belassen. Nach wie vor wurden die Offenmarktgeschäfte als Festzinstender mit unbegrenzter Zuteilung durchgeführt. Die Nachfrage nach längerfristigem Zentralbankgeld ging zurück. Auch wurden die Wertpapierkäufe der EZB, im Rahmen ihres Beitrags zur Stabilisierung der europäischen Anleihemärkte, mit der Hereinnahme von Termineinlagen kombiniert, um die durch die Wertpapierkäufe bereitgestellte Liquidität wieder abzuschöpfen.

Laut der Prognosen der Wirtschaftsinstitute dürfte die EZB den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte zunächst bei 1 % belassen, die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte aber weiter einschränken. Außerdem wird sich die konjunkturelle Lage im Laufe des Jahres 2011 leicht verbessern, worauf die EZB mit einer Erhöhung der Leitzinsen um 0,25 % gegen Ende des Jahres 2011 reagieren dürfte. Die erwartete konjunkturelle Belebung im Jahr 2011 sollte auch die Geld- und Kapitalmarktzinsen etwas steigen lassen.

Der Ausblick für das Jahr 2011 ist, auch wenn alles nur auf einen schwachen Aufschwung hindeutet, positiv. Die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen reduzieren die Nachfrage der öffentlichen Haushalte und drücken das verfügbare Einkommen. Die Expansion privater Investitionen wird von den nach wie vor niedrigen Kapazitätsauslastungen und den anhaltenden Problemen auf dem Immobilienmarkt einiger Mitgliedsländer belastet. In Deutschland werden die Investitionen von dem niedrigen Zinsniveau weiter angeregt. Im späteren Jahresverlauf profitieren die Exporte von einer Belebung des Welthandels.

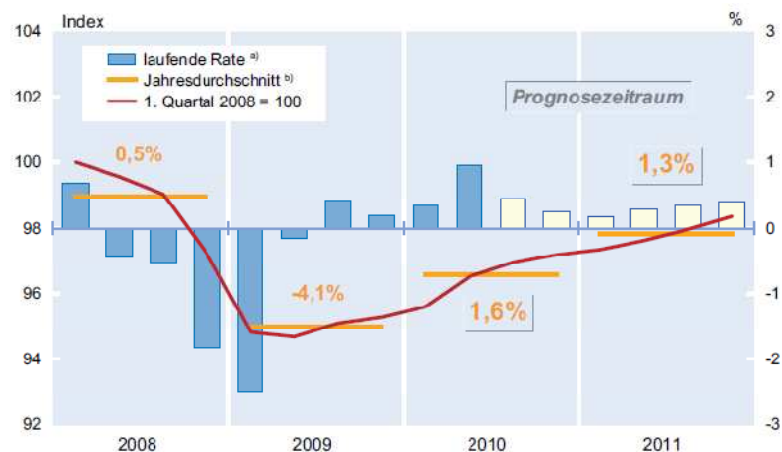


Abb. 9 Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 22

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands¹⁰⁵

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Im zweiten Quartal des Jahres 2010 nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion um 2,2 % zu. Sie war damit 4,2 % höher als im Tiefpunkt der Rezession zu Beginn des Jahres 2009. Der Aufschwung hat an Breite gewonnen. Die Expansion wird nicht mehr nur durch die Exporte und einen Umschwung der Lagerinvestitionen, sondern merklich auch von der Binnenkonjunktur vorangetrieben. Die privaten Konsumausgaben und die Unternehmensinvestitionen legten spürbar zu. Zwar liegen die Stimmungsindikatoren nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau, jedoch rechnen die Institute auf Grundlage der Frühindikatoren damit, dass sich das Tempo des konjunkturellen Aufschwungs Anfang des Jahres 2011 etwas verlangsamt. Die Auftragseingänge der Industrie sind aufwärts gerichtet. Die sich weiter bessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt ist ein Indiz dafür, dass die Unternehmen mit einer anhaltenden Expansion rechnen.

	2009				2010				2011			
	I	II	III	IV	I	II	III ^{b)}	IV ^{b)}	I ^{b)}	II ^{b)}	III ^{b)}	IV ^{b)}
Private Konsumausgaben	0,3	0,3	-1,0	-0,2	-0,1	0,6	0,4	0,4	0,2	0,3	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	1,1	0,6	0,8	-0,3	2,0	0,4	0,2	0,1	0,4	0,5	0,1	0,2
Ausrüstungen	-19,3	-2,7	0,8	-1,4	4,4	4,4	2,0	3,0	-0,8	1,3	2,0	2,3
Bauten	0,9	-0,2	0,5	-0,7	-0,7	5,2	0,7	0,6	0,1	-0,5	-0,4	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	1,4	2,5	2,0	0,2	1,7	1,3	2,0	0,6	1,0	1,5	1,7
Vorratsinvestitionen ^{c)}	0,1	-1,0	1,4	-1,3	1,0	0,1	0,0	0,1	0,1	-0,1	0,0	-0,1
Inländische Verwendung	-1,0	-0,9	1,1	-1,6	1,7	1,4	0,5	0,7	0,3	0,3	0,4	0,3
Außenbeitrag ^{c)}	-2,5	1,3	-0,4	1,9	-1,1	0,8	0,4	-0,2	0,0	0,1	0,0	0,1
Exporte	-10,2	-1,4	3,2	2,7	3,1	8,2	2,8	1,4	0,8	1,2	1,4	1,6
Importe	-5,4	-4,8	4,4	-1,8	6,7	7,0	2,3	2,0	1,0	1,2	1,5	1,6
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	0,5	0,7	0,3	0,5	2,2	0,9	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4

^{a)} Saison- und arbeitstägliche bereinigte Werte. – ^{b)} Schätzungen der Institute. – ^{c)} Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Tab. 15 Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsproduktes^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 28

Die Erholung verlief in Deutschland deutlich rascher als in den anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, somit dürfte der Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes unter den G7-Ländern, also der sieben führenden Industrienationen¹⁰⁶ am höchsten sein.

105 Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland, S. 27 – 43

106 Vgl. Neymanns, Harald: Verschlüsselung im Internet – Probleme der politischen Regulierung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (2001), S. 161

Diese Erholung ist dem rasanten Anstieg des Welthandels geschuldet. Da die deutsche Wirtschaft unter dem Rückgang des Warenaustausches in den Jahren 2008 und 2009 sehr zu leiden hatte, profitierte sie nun um so mehr von der starken Exportabhängigkeit. Durch die hohe Investitionsdynamik in den rasch expandierenden Schwellenländern profitierte Deutschland von seinem stark auf Investitionsgüter ausgerichteten Exportsortiments. Der Rückgang der Inlandsnachfrage blieb im Jahr 2009 gering und erholte sich im 2. Quartal 2010 recht schnell. Dies wurde von der soliden Verfassung des Arbeitsmarktes hierzulande gestützt. Somit machten sich die zurückliegenden Arbeitsmarktreformen positiv bemerkbar. Viele Unternehmen konnten auf Entlassungen verzichten, da Zeitkonten abgebaut wurden. Auch die Kurzarbeiterregelung hatte einen merklichen Anteil daran, die Beschäftigung zu stabilisieren. Die konjunkturelle Kurzarbeiterregelung kann den vorübergehenden unvermeidbaren Arbeitsausfall ausgleichen, sie federt den Strukturwandel ab und erweitert die zeitlichen Dispositionsspielräume für die Unternehmen und die betroffenen Arbeitnehmer.¹⁰⁷

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt nahm in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 einen positiven Lauf. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg bis zum August um 157 000. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs stieg bis Juli sogar um 306 000 an. Seit mehr als einem Jahr ist die Zahl der geringfügig beschäftigten rückläufig. Waren zunächst vorwiegend Teilzeitstellen geschaffen worden, so entstanden zuletzt wieder vermehrt Vollzeitstellen. Minijobs werden vermehrt durch Vollzeitstellen ersetzt. Der Anstieg der Kapazitätsauslastungen lies die Kurzarbeit deutlich zurückgehen. So waren es weniger als 300 000 Kurzarbeiterstellen im Juli. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag im September 2010 um 46 000 unter dem Tiefstand vor der Rezession vom Oktober 2008. Die Arbeitslosenzahlen gehen weiter zurück und sinken weit unter 3 Millionen und dies zum ersten Mal seit 1992. Die Frühindikatoren deuten auf einen fortgesetzten, wenngleich verlangsamten Beschäftigungsaufbau hin. Die Erwerbstätigkeit im Inland erhöhte sich im Jahr 2010 um 210 000 Personen. Im nächsten Jahr wird ebenfalls mit einer Erhöhung von rund 216 000 Personen gerechnet. Damit sollte Ende 2011 ein Erwerbspersonenpotenzial von rund 40,7 Millionen entstehen.

107 Vgl. Kropp, Waldemar: Systemische Personalwirtschaft, 2. Aufl. München; Wien; Oldenburg (2001), S. 180

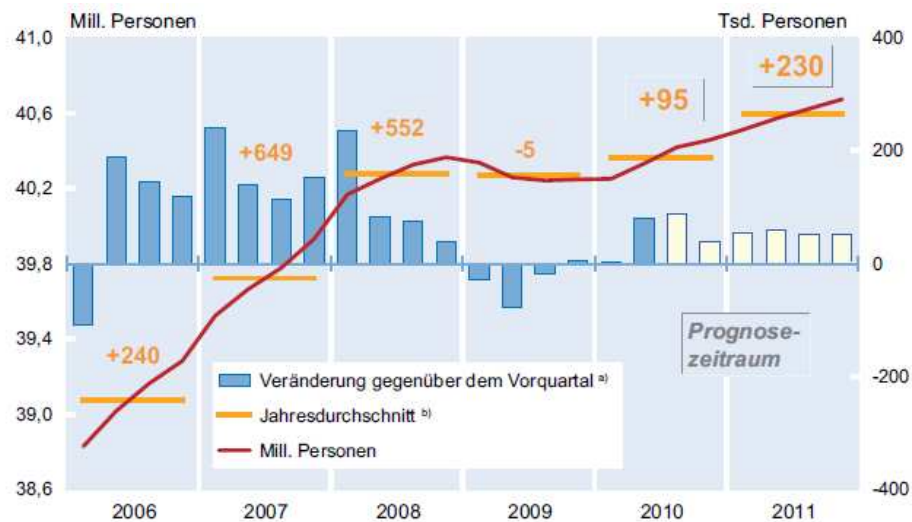


Abb. 10 Erwerbstätige Deutschland
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 40

Die Finanzkrise und die dadurch ausgelöste schwere Rezession hinterlässt jedoch auch in Deutschland ihre Spuren. Somit dürfte das Produktionspotenzial im Jahr 2010 und im Jahr 2011 niedriger sein, als vor einigen Jahren geschätzt. Das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt einer Volkswirtschaft entspricht keineswegs immer dem, was unter idealen Bedingungen möglich gewesen wäre. Konjunkturelle Schwankungen führen zu Unterauslastungen oder Überauslastungen der vorhandenen Produktionskapazitäten. Um die Lage und das langfristige Wachstum zu beurteilen, wird das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt mit einem Idealwert, dem so genannten Produktionspotential, verglichen. Damit ist das Produktionspotential das reale Bruttoinlandsprodukt, welches mit den gegebenen Produktionsfaktoren bei deren Normalauslastung produziert werden könnte. Der Sachverständigenrat legt eine Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten von $96 \frac{3}{4} \%$ zugrunde.¹⁰⁸

Das Niveau, welches vor der Krise herrschte, ist in vielen wichtigen volkswirtschaftlichen Größen noch nicht wieder erreicht. Die Auftragseingänge und die Produktion bei der Industrie lagen Mitte des Jahres 2010 erst wieder auf dem Stand wie vor 4 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt war die Produktion ungefähr normal ausgelastet. Die Konstitution der deutschen Wirtschaft ist im internationalen Vergleich als sehr robust einzuschätzen. Besonders die Wettbewerbsfähigkeit und der solide Arbeitsmarkt sind Erfolgsindikatoren. Leider wird die Erholung der deutschen Wirtschaft gebremst,

¹⁰⁸ Vgl. Rittenbruch, Klaus: Makroökonomie, 11. Aufl. München; Wien; Oldenburg (2000), S. 136

weil in vielen Handelspartnerländern der Aufschwung zögerlicher verläuft. Daher werden die Impulse der anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften aus dem Euro-raum an die deutsche Wirtschaft nur sehr mäßig sein.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,4	2,7	1,0	– 4,7	3,5	2,0
Erwerbstätige ^{a)} (1 000 Personen)	39 075	39 724	40 276	40 271	40 365	40 595
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 487	3 777	3 268	3 423	3 234	2 934
Arbeitslosenquote BA ^{b)} (in %)	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	7,0
Verbraucherpreise ^{c)} (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	2,3	2,6	0,4	1,1	1,6
Lohnstückkosten ^{d)} (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	– 1,6	– 0,1	2,4	5,2	– 1,0	0,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)} in Mrd. Euro	– 37,1	6,3	2,8	– 72,7	– 93,6	– 70,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	– 1,6	0,3	0,1	– 3,0	– 3,8	– 2,7
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	150,1	185,1	167,0	117,3	127,9	142,3

^{a)} Im Inland. – ^{b)} Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ^{c)} Verbraucherpreisindex (2005 = 100). – ^{d)} Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^{e)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Tab. 16 Eckdaten der Prognose für Deutschland
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 29

Die Prognose des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes für 2011 entspricht mit 2% dem gesamtwirtschaftlichen Ziel eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums. Zwar geht es im Vergleich zum Jahr 2010 leicht zurück, verzeichnet jedoch einen deutlichen Aufwärtstrend. Die Stabilität des Preisniveaus ist mit 1,6 % laut der Prognose gewährleistet.

Im Laufe der Krise stieg die Schuldenstandsquote spürbar. Ab dem Jahr 2011 wird die Finanzpolitik darauf ausgerichtet sein, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, da Bund und Länder den Vorgaben der Schuldenbremse entsprechen müssen. So dürfte das strukturelle Budgetdefizit im Jahr 2011 merklich zurückgeführt werden. Die Konsolidierungsmaßnahmen umfassen eine Reihe von Eingriffen in den öffentlichen Haushalt. Dazu gehören Eingriffe in die Rentenformel, die schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage, Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das Zukunftspaket und sonstige Maßnahmen. Das Einsparungspaket welches im Jahr 2010 ein Defizit von 21,6 Mrd. Euro und 0,9 % des Bruttoinlandsproduktes ausmachte, soll im Jahr 2011 auf ein Defizit von 4,5 Mrd. Euro und 0,2 % des Bruttoinlandsproduktes reduziert werden. Die Bundesregierung hat mit dem Zukunftspaket vielfältige Maßnahmen beschlossen, um das Budgetdefizit des

Staates in den kommenden Jahren schrittweise zurückzuführen und die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einzuhalten. Insgesamt umfasst dieses Paket auch zusätzliche Einnahmen in Höhe von 10,8 Mrd. Euro. Einführung einer Luftverkehrsabgabe und einer Brennelementesteuer sowie Änderungen in den Strafgesetzbüchern I + II sind nur einige der Einnahmeposten im Zukunftspaket. Das Budgetdefizit des Staates wird sich mit Hilfe der Konsolidierungsmaßnahmen und dem Auslaufen der Konjunkturprogramme, aber auch konjunkturbedingt zurückbilden. Es wird damit gerechnet, dass sich die Defizitquote im Jahr 2011 auf 2,7 % senkt und damit das Maastricht-Kriterium von 3 % unterschritten wird.

Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften hatte sich im Zuge des Konjunkturerinbruchs im Jahr 2009 stark abgeschwächt. Der niedrige Leitzins der EZB deutet auf eine expansive Geldpolitik hin. Dies wirkt stützend für den Aufschwung. Die Kreditvergabebedingungen werden weniger restriktiv sein als zuletzt, dazu trägt die Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Banken bei. Im Laufe des Jahres 2010 hat sich die Lage am deutschen Kreditmarkt kontinuierlich verbessert. Die Hypothekenzinsen fielen von 4,0 % im März auf 3,7 % im August. Jedoch legte die Neuvergabe der Kredite in diesem Zeitraum deutlich zu. Die Institute rechnen weiter damit, dass die privaten Bauinvestitionen ebenfalls langsam zunehmen. So rechnet man damit, dass Wohnungsbauten im Jahr 2010 um 4,1 % und im Jahr 2011 um 3,0 % im Vergleich zu den Vorjahren zunehmen. Für den Prognosezeitraum 2011 dürften sich die Finanzierungsbedingungen nochmals leicht verbessern. Die Verspannungen am Interbankengeldmarkt sollten sich etwas lockern und die Geldmarktzinsen bleiben historisch niedrig. Die gestiegenen Gewinne aus dem Eigenhandel und die deutliche Reduktion des Netto-Bewertungsaufwandes haben den Bankensektor entlastet und zu einem Anstieg der Eigenkapitalquoten der Banken geführt. Die Lage der Banken wird sich langsam verbessern und die Bedingungen am Kapitalmarkt werden für Unternehmen mit erstklassischer Bonität günstig bleiben.

Die Expansion des Außenhandels hat sich im zweiten Quartal 2010 nochmals beschleunigt. Die Exporte legten um 8,2 % zu. Besonders hoch waren die Exporte in den asiatischen Raum. Dies zog die kräftige Nachfrage der asiatischen Länder nach Investitionsgütern nach sich. Die Lieferungen nach China legten allein um mehr als

33 % zu. Auch aus den Schwellenländern wie Russland und Brasilien kamen kräftige Impulse.

Neue Mitgliedsländer der EU, wie Polen und Tschechien importierten ebenfalls überdurchschnittlich stark aus Deutschland. Des Weiteren legten die Exporte in die USA im ersten Halbjahr des Jahres 2010 um mehr als 19 % zu. Dies wurde durch die Abwertung des Euro sowie den vorübergehend kräftigen Anstieg der Investitionen in diesem Land begünstigt. Laut der Prognosen der Wirtschaftsinstitute werden die Ausfuhren in die asiatischen Länder hoch bleiben. Insgesamt erwarten die Institute einen Anstieg für das Jahr 2010 von 15,3 % und 7,1 % für das Jahr 2011.

Ländergruppe	2008			2009			1. Halbjahr 2010		
	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ^{a)}	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ^{a)}	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ^{a)}
Insgesamt	984,1	100,0	39,7	803,5	100,0	33,5	458,3	100,0	37,8
EU-27	621,1	63,1	25,0	507,9	63,2	21,2	276,4	60,3	22,8
darunter:									
Euroraum	418,8	42,6	16,9	347,7	43,3	14,5	188,3	41,1	15,5
neue EU-Länder ^{b)}	102,0	10,4	4,1	77,8	9,7	3,2	43,3	9,4	3,6
NAFTA ^{c)}	84,5	8,6	3,4	64,0	8,0	2,7	37,4	8,2	3,1
Ostasien ^{d)}	79,4	8,1	3,2	75,6	9,4	3,2	49,4	10,8	4,1
darunter:									
China	34,1	3,5	1,4	36,5	4,4	1,5	25,2	5,5	2,1
Übrige Länder	199,1	20,2	0,0	156,0	19,4	6,5	95,1	20,7	7,0

^{a)} Nominales Bruttoinlandsprodukt. – ^{b)} Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn. – ^{c)} USA, Kanada, Mexiko. – ^{d)} China, Japan, Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tab. 17 Deutsche Exporte nach Regionen
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 33

Mittelfristige Projektion¹⁰⁹

Die mittelfristige Projektion im Herbstgutachten 2010 befasst sich mit der Prognose diverser wirtschaftlicher Kennzahlen für die Jahre 2009 bis 2015. Sie beruht auf einer Reihe von Setzungen zu den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und dem internationalem Umfeld. Auftragsgemäß schätzen die Institute das Wachstum des Produktionspotenzials für Deutschland und die wirtschaftliche Entwicklung anderer Staaten für diesen Zeitraum. Diese Schätzungen beruhen auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion. Die Cobb-Douglas-Produktionsfunktion geht auf die amerikanischen Ökonomen Charles W. Cobb und Paul H. Douglas zurück. Sie ver-

109 Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen: Mittelfristige Projektion, S 44 – 46

wendeten diese Funktion im Jahre 1928 für die gesamtwirtschaftliche Analyse unter Berücksichtigung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.¹¹⁰ In den kommenden Jahren bis 2015 soll das Produktionspotenzial in Deutschland durchschnittlich um 1,3 % zum jeweiligen vorhergehenden Jahr anwachsen. Die Produktion wird mit einem Wachstum von 2 % stärker als das Produktionspotential steigen. Dadurch wird die Unterauslastung weiter reduziert. Im Jahr 2013 wird die Produktionslücke wieder positiv sein. Das nominale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Zeitraum zwischen 2009 und 2015 im Jahresdurchschnitt um 3½ % steigen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird laut der Prognose jährlich um 0,4 % zum Vorjahr abnehmen. Des Weiteren gehen die Institute davon aus, dass sich die in den letzten Jahren beobachtete Verschiebung von traditionellen Vollzeitarbeitsplätzen, hin zu Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung fortsetzt. Dies wird mit der steigenden Erwerbsbeteiligung der Rentner begründet, da diese in der Regel einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Ein weiterhin hoher Beschäftigungsstand wird im Zuge des Aufschwungs vermutet.

Im internationalen Raum wird von einem verlangsamten Wachstum ausgegangen. So gehen die Institute davon aus, dass in den übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Löhne und Preise mittelfristig langsamer steigen als in Deutschland. Dies ist die Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Man geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt der USA im Zeitraum 2009 bis 2015 um 3 % jährlich zulegen wird. Für China wird mit einer jährlichen Zunahme von 8½ % gerechnet. Die japanische Volkswirtschaft dürfte um 1¾ % pro Jahr wachsen. Für den Euroraum wird mit einem Anstieg der Produktion um 2 % jährlich gerechnet und der Welt-handel dürfte unter diesen Voraussetzungen jährlich um 8½ % zunehmen.

Die Binnennachfrage in Deutschland und dem Euroraum¹¹¹

Insgesamt hat sich die Wirtschaft von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erholt. Aber es bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten im Euroraum. In Spanien, Griechenland und Irland wurde im Jahr 2010 ein weiterer Rückgang des Bruttoinlandsproduktes erwartet. Die

110 Vgl. Beutel, Jörg: Mikroökonomie, München (2006), S. 113

111 Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen: Die Binnennachfrage, 55 – 60

Erholung in diesen Ländern läuft besonders schleppend. Sie haben vor der Krise in den Jahren 2001 bis 2008 durchschnittlich Leistungsbilanzdefizite von mehr als 3,9% aufgewiesen und damit ihre Vermögensposition verschlechtert. Die Leistungsbilanz ist die statistische Gegenüberstellung der Waren- und Dienstleistungsströme zwischen verschiedenen Wirtschaftsgebieten.¹¹² Seit Langem schon führt man eine wirtschaftspolitische Debatte, in der hin und wieder die Meinung vertreten wird, dass die Wirtschaftspolitik der Überschussländer für diese Entwicklung mitverantwortlich sei.

Der positiven Leistungsbilanz, mit einem Außenbeitrag von 5 % im Durchschnitt in den Jahren von 2001 bis 2008 in Deutschland, steht eine niedrige Binnennachfrage gegenüber. Der Außenbeitrag einer Wirtschaftsregion ist die Differenz zwischen Export und Import an Waren und Dienstleistungen. So gibt ein positiver Außenbeitrag an, wie viel von der inländischen Produktion der Volkswirtschaft nicht selbst absorbiert, sondern dem Ausland übertragen wurde.¹¹³ Es entsteht die Forderung, die Überschussländer, insbesondere Deutschland, solle wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen, um den privaten und staatlichen Konsum sowie die Investitionen zu fördern.

Jedoch sieht die Realität anders aus. In den Jahren 2001 bis 2008 lag die Summe der privaten und staatlichen Konsumausgaben mit 77 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und die Bruttoanlageinvestitionen mit 18 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nur leicht unter den anderen kapitalreichen Ländern wie Frankreich und Italien. In Griechenland lag die Investitionsquote durchschnittlich bei 22 %, und 90 % des Bruttoinlandsproduktes wurden für privaten und staatlichen Konsum verwendet. Im Durchschnitt der vergangenen Jahre, kann die deutsche Binnennachfrage mithin nur im Vergleich zu solchen Ländern als niedrig bezeichnet werden, die aufgrund ihres Aufholprozesses tendenziell eine hohe heimische Absorption haben. Es gibt außerdem deutliche Anzeichen, dass die Verwendung der Kapitalimporte in diesen Ländern nicht effizient war.

112 Vgl. Pohl, Rüdiger: Regionale Leistungsbilanzen in integrierten Wirtschaftsräumen, Berlin (1971), S. 24

113 Vgl. Cezanne, Wolfgang: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl. München (2005), S. 283

Trotz des Vergleichs mit einigen anderen Eurostaaten ist die Binnennachfrage Deutschlands schwach und ist im letzten Jahrzehnt im Vergleich zur Dekade davor und zu anderen Ländern nur sehr moderat gestiegen. Dies dürfte vor allem eine Schwäche der Investitionstätigkeit gewesen sein. Aber auch die private Konsumnachfrage entwickelte sich nur sehr verhalten. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wuchsen in den Jahren zwischen 1991 und 2000 im Schnitt um 1,5 %. In den Jahren von 2000 bis 2008 jedoch nur noch um 0,7 %. Auch erhöhte sich die Sparquote in diesem Zeitraum um 2,5 Prozentpunkte. Diese Erhöhung hat ihre Grundlage bei der demographischen Entwicklung. Bei einer steigenden Lebenserwartung steigt die Ersparnis der privaten Haushalte zunächst, da für eine längere Rentendauer vorgesorgt wird. Dieser Effekt wurde stark durch die Rentenreformen auch in Bezug auf Modelle wie die Riester-Rente verstärkt, da diese einen höheren Eigenvorsorgeanteil abverlangen.

Die Wirtschaftspolitik¹¹⁴

Die Wirtschaftspolitik ist in der Gesamtheit aller Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Gestaltung einer Volkswirtschaft durch die Träger der Wirtschaftspolitik definiert. Die Funktionen liegen in der Ordnungs-, Ablauf- und Strukturpolitik.¹¹⁵

Die Voraussetzungen für die deutsche Wirtschaftspolitik haben sich erheblich verbessert. Maßnahmen, welche die Konjunktur im Zuge der Krise stabilisieren sollten, sind hierzulande nicht mehr notwendig. Die Erholung sollte in ihrem Aufbau nicht gefährdet sein. Die idealen Bedingungen einer Zunahme des Beschäftigungsniveaus und der Expansionskurs des privaten Konsums machen es einfach die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben. Dies ist sehr wichtig, da die Schuldenstandsquote im Zuge der Finanzkrise von 66 % im Jahre 2008 auf 75 % im Jahre 2010 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt angestiegen ist. Es gilt diese Quote deutlich zu verringern. Der Vertrag von Maastricht sieht eine Schuldenstandsquote von weniger als 60 % im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt vor.

114 Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen: Zur Wirtschaftspolitik, 47 – 55

115 Vgl. Wildmann, Lothar: Wirtschaftspolitik, München (2007), S. 3 – 4

Die europäische Wirtschaftspolitik sieht sich vor größeren Aufgaben. So hat die EU-Kommission eine Reihe von Reformvorschlägen vorgelegt, die das institutionelle Rahmenwerk der Europäischen Union im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik verbessern sollen. Die präventiven Maßnahmen des Stabilitäts- und Wirtschaftspaktes sollen in ihrer Durchsetzbarkeit gestärkt werden. Die Anforderungen an den haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedsländer soll erhöht werden. Des Weiteren soll ein neuer Mechanismus zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte eingeführt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte, dass marktwirtschaftliche Systeme nur funktionieren, wenn diejenigen die Allokationsentscheidungen treffen auch deren Konsequenzen tragen.

Zusammenfassung und konjunkturelle Standpunktanalyse

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der Aufschwungphase. Eine anziehende Binnennachfrage ist neben dem starken Export und dem starken Anstieg nach Investitions- und Konsumgütern eingetreten. Laut der Prognose der Institute wächst das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 um 2,0 % zum Vorjahr.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nimmt weiter ab. So prognostizieren die Institute die Gesamtanzahl der Arbeitslosen 2011 auf 2.934.000 und damit um ca. eine halbe Million weniger als im Jahr 2009.

Die Weltwirtschaft erholt sich langsamer. Die USA und einige Länder Europas wiesen starke Expansionsdefizite auf. Das Expansionstempo der Schwellenländer wird im Jahr 2011 etwas gezügelt. Global betrachtet befindet sich die Weltwirtschaft jedoch ebenfalls im Aufschwung. Die Staatsverschuldung hat in vielen Ländern weltweit Rekordniveau erreicht.¹¹⁶

116 Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Herbstgutachten 2010 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Erste Zusammenfassung und Bewertung., Berlin 19. Oktober 2010, S. 1 - 7
[www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Bewertung_HG2010ZB.pdf/\\$file/Bewertung_HG010ZB.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Bewertung_HG2010ZB.pdf/$file/Bewertung_HG010ZB.pdf) 15.03.2011

2.3 Strategische Herausforderungen für Banken

2.3.1 Aktivisches Bankgeschäft

Das aktivische Bankgeschäft umfasst im einzelnen eine Reihe von Posten. In dem folgenden Abschnitt wird auf das aktivische Kerngeschäft, im besonderen Maße auf die Barreserven, die Kreditvergabe und die Finanzanlagen eingegangen. Das Aktiva der Bankbilanz umfasst die:

- Barreserven
- Forderungen an Kunden
- Forderungen an Kreditinstitute
- Risikovorsorge
- Handelsaktiva
- Finanzanlagen
- Sonstigen Aktiva¹¹⁷

Deutschland befindet sich im Aufschwung. Die Konjunktur zieht im Jahr 2011 weiter an.¹¹⁸ Die Expansionsphase geht aus dem Tiefstand hervor. Die anfangs geringe Investitionstätigkeit gewinnt schnell an Zuwachs. Der Aufschwung beginnt, wenn das Angebot unter die Nachfrage fällt und ist gekennzeichnet durch einen anwachsenden Beschäftigungsstand, einhergehender Verbesserung des Einkommens der Haushalte und einer Erhöhung der Nachfrage sowie der Geldmenge.¹¹⁹ Die Nachfrage ist während der Expansion größer als das Angebot. Die Produktion steigt, die Kapazitätsauslastung erhöht sich und damit die Investitionsneigung. Dadurch steigen die Preise und die Zinsen sowie die Gewinne. Die Zukunftserwartung der Wirtschaftsteilnehmer ist in der Aufschwungphase optimistisch.¹²⁰

117 Vgl. Löw, Edgar: Rechnungslegung für Banken nach IFRS: Praxisorientierte Einzeldarstellungen, 2. Aufl. Wiesbaden (2005), S. 433

118 Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Herbstgutachten 2010 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Erste Zusammenfassung und Bewertung. Berlin 19. Oktober 2010, S. 1 - 7

119 Vgl. Weitz, Bernd O.; Eckstein, Anja: VWL Grundwissen, Freiburg (2008), S. 98

120 Vgl. Schütz, Achim; Fischer, Olaf; Burgart, Margit: Mündliche Prüfung Bankfachwirt, 2. Aufl. Wiesbaden (2007), S. 45

Die Barreserven sind die liquiden Mittel in Geldform oder geldähnlicher Form. Dazu gehören die Bargeldbestände (Kassenbestände) und die jederzeit verfügbaren Guthaben auf Bankkonten. Geldähnliche Formen können Wertpapiere und andere Finanzanlagen sein. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie kurzfristig liquidiert werden können. Ebenso gehören noch nicht eingelöste Schecks und Inhaberwechsel dazu. Die Barreserve dient der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und stellt eine Sicherheit dar, um unvorhergesehene Auszahlungen vornehmen zu können.¹²¹ In konjunkturellen Aufschwungzeiten ist es sinnvoll, die Barreserve im Bereich der Kassenbestände zu erhöhen. Durch die Steigerung der Einkommen nimmt die Konsumlaune der Bevölkerung zu. Es muss damit gerechnet werden, dass die Neigung, kurzfristig über Bargeld zu verfügen, höher ist als in konjunkturschwachen Zeiten.

Bei den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden handelt es sich um Kredite die von der Geschäftsbank an andere Banken oder Privat- und Geschäftskunden, ausgegeben werden.¹²² Es ist damit zu rechnen, dass die Kreditvergabe in ihrer Anzahl erhöht werden muss, um der steigenden Investitionsneigung nachzukommen. Die Nachfrage nach Krediten wird seitens der Geschäftskunden, zum Zwecke der Investition steigen. Auch werden Privatkunden mehr Kredite nachfragen, da die Konsumneigung in Aufschwungzeiten angeregt wird und die Bauinvestitionen laut dem Herbstgutachten 2010 steigen werden. Es stehen jedoch nicht immer die vollständig benötigten finanziellen Mittel zur Finanzierung der Projekte zur Verfügung, was die Nachfrage nach Krediten erhöhen wird. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich und sorgt für Einkommenssicherheit. So werden Kredite zur Finanzierung von Mobilien oder Immobilien verstärkt nachgefragt.

Finanzanlagen stellen in fremde Unternehmen investiertes Kapital dar. Sie unterscheiden sich von den Sachanlagen hinsichtlich der Art ihrer Erträge.¹²³ Finanzielle Vermögenswerte, die länger als ein Jahr in der Verwaltung bleiben, fallen grundsätzlich unter die Finanzanlagen des Anlagevermögens. Finanzanlagen des Anlagevermögens sind Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen,

121 Vgl. Kislal, Dietrich: Kapitalanlagen und Controlling, 2. Aufl. Karlsruhe (2005), S. 9

122 Vgl. Grundmann, Wolfgang; Rathner, Rudolf: Rechnungswesen, Controlling, Bankrechnen, 3. Aufl. Wiesbaden (2007), S. 165

123 Vgl. Wörner, Georg: Handels- und Steuerbilanz nach neuem Recht mit IAS/IFRS und US-GAAP, 8. Aufl. München (2003), S. 138

Sondervermögen, Wertpapiere und Ausleihungen.¹²⁴ Finanzanlagen deren Laufzeiten weniger als ein Jahr betragen werden mit zum Umlaufvermögen gezählt.¹²⁵ In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs lohnt es sich mehr als in anderen Konjunkturphasen in Aktien zu investieren. Die Auftragsbücher der Industrie füllen sich langsam mit Aufträgen und steigern die Kapazitätsauslastung. Dies hat höhere Gewinnerwartungen zur Folge und die Aktienkurse steigen. Es bietet sich an, in wirtschaftsschwachen Zeiten zu kaufen und in Zeiten des Wirtschaftsbooms wieder zu verkaufen. Aktien bieten die Möglichkeit, kurzfristig hohe Gewinne zu erzielen. Die wirtschaftliche Erholung hält an, deshalb sollte das Aktiengeschäft seitens der Banken intensiv als Broker sowie als Spekulant betrieben werden.

2.3.2 Passivisches Bankgeschäft

Das passivische Bankgeschäft umfasst ebenfalls eine Reihe von Posten. Das Passiva der Bankbilanz umfasst die:

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Verbriefte Verbindlichkeiten
- Handelspassiva
- Rückstellungen
- Sonstige Passiva
- Nachrangkapital
- Eigenkapital¹²⁶

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten können täglich fällig oder mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist vereinbart sein. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden umfassen die Spareinlagen und andere Verbindlichkeiten, welche ebenfalls eine vereinbarte Kündigungsfrist haben oder täglich fällig sein können. Damit werden

124 Vgl. Raupach, Björn; Stangenberg, Katrin: Doppik in der öffentlichen Verwaltung, Grundlagen, Verfahrensweisen, Einsatzgebiete, 2. Aufl. Wiesbaden (2009), S. 113

125 Vgl. Thomson, Iris: Schwierige Geschäftsfälle richtig buchen, 3. Aufl. Freiburg (2008), S. 111 - 112

126 Vgl. Löw, Edgar: Rechnungslegung für Banken nach IFRS: Praxisorientierte Einzeldarstellungen, 2. Aufl. Wiesbaden (2005), S. 433

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erfasst, die nicht als verbrieftete Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.¹²⁷ Als Spareinlagen gelten Guthaben auf Sparkonten. Sie sind durch Ausfertigung einer Urkunde, insbesondere eines Sparbuchs als Spareinlage gekennzeichnet und nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt. Spareinlagen weisen eine Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten auf.¹²⁸ Spareinlagen bilden die Refinanzierungsquelle für Kreditinstitute. Sie stellen die Bildung und Anlage von Vermögen dar. Somit sind sie Voraussetzung für Investitionen.¹²⁹ Die klassischen Bankprodukte wie das Tagesgeld, Festgeld und die festverzinslichen Anlagen bilden den Kern der Verbindlichkeiten einer Bank gegenüber seiner Kunden. Diese Anlagen sind unter dem Fachbegriff Sichteinlagen beziehungsweise Giralgeld zusammengefasst. Sie werden meist von der Bank verwaltet und sind mit einem Zinsversprechen versehen. Bei festverzinslichen Anlagen sind die Zinsen etwas höher als bei Tages- und Festgeldern.¹³⁰ Aufgrund der zu erwartenden Einkommenssteigerungen im Jahr 2011, sollte seitens der Banken verstärkt versucht werden, Tages- und Festgeldaktionen zu starten. Mit Hilfe dieser Aktionen sollen, mit attraktiven Zinsen neue Kunden geworben werden. Auch sollte der Zinssatz für bestehende Tagesgeldkonten angehoben werden. Die mit dem Aufschwung einhergehenden Lohn- und Gehaltssteigerungen werden zu einem bestimmten Anteil gespart. Über die Einlagen refinanziert sich ein Kreditinstitut, also bilden sie indirekt das Fundament für das Kreditgeschäft auf der anderen Seite. Da sich im Zuge der konjunkturellen Erholung der Leitzins erhöhen wird, müssen die Zinsen für Einlagen auf ein attraktives Niveau erhöht werden. Auch macht es Sinn, den Kunden mit seinem Sparvermögen im Auge zu behalten. Ab einem bestimmten Einkommenslevel des Kunden kann dann seitens der Bank verstärkt der Versuch unternommen werden, dem Kunden andere Anlageformen zu verkaufen. Diese erzielen dann einen höheren Gewinn für die Bank als die Standardprodukte, welche nur der Neukundengewinnung dienen. Im Aufschwung stellen attraktive Zinsen auf Einlagen ein Lockmittel zur Anlage dar. Der Zinssatz der Kundeneinlage sollte somit deutlich über dem Leitzins und in bestimmten Maße auch über der Teuerungsrate liegen.

127 Vgl. Fischer, Olaf: Allgemeine Bankbetriebswirtschaft, 5. Aufl. Wiesbaden (2010), S. 102 - 103

128 Vgl. Bitz, Michael; Stark, Gunnar: Finanzdienstleistungen, 8. Aufl. München (2008), S. 307 - 308

129 Vgl. Tolkmitt, Volker: Neue Bankbetriebslehre, 2. Aufl., Wiesbaden (2007), S. 271

130 Vgl. Pelikan, Edmund: Anders Investieren, Einführung in die nachhaltige Geldanlage, Norderstedt (2010), S. 49 – 50

2.3.3 Dienstleistungen

Die Bankdienstleistungen stellen den wichtigsten Teil eines funktionierenden Binnen- und Auslandsmarktes dar. Von dem Funktionieren der Bankdienstleistungen hängt der freie Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr ab. Nach der deutschen Rechtstradition gehören Wertpapierdienstleistungen wie das Emissionsgeschäft, Käufe und Verkäufe von Wertpapieren im Kundenauftrag, das Depotgeschäft, der Eigenhandel mit Wertpapieren an der Börse und der außerbörslich getätigte Wertpapierhandel zu den Bankdienstleistungen.¹³¹

Bankdienstleistungen können nicht mit Dienstleistungen der Handels- und Industrieunternehmen verglichen werden. Dienstleistungen sind nicht materiell greifbar und müssen damit als abstraktes Gut gesehen werden. Diese Eigenschaft erzeugt eine Unsicherheit beim Kunden, welche es zu überwinden gilt. Das Vertrauen des Kunden in die Bank als Geschäftspartner ist unmittelbar wettbewerbsrelevant. Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Ansehen und das Image der Bank.¹³²

Bankdienstleistungen werden unter der Mitwirkung des Kunden erstellt. So entscheidet der Kunde über die Qualität dieser Dienstleistung. Bankdienstleistungen sind somit erklärungs- und vertrauensbedürftig.¹³³ Die Beurteilung der Bankdienstleistung gestaltet sich für den Kunden schwer. Es werden zur Messung und Bewertung oft nur subjektive Empfindungen wie die Dauer der Wartezeit, Zufriedenheit und die Freundlichkeit der Mitarbeiter herangezogen.¹³⁴ In manchen Fällen ist die Qualität einer Dienstleistung jedoch messbar. Zum Beispiel bei der Vermögensverwaltung. Wenn mit Aktien ein Gewinn erzielt werden soll und die Bankmitarbeiter unterschiedlich erfahren oder risikofreudig sind, kann im Vergleich der Eine, zum Anderen, einen höheren Gewinn erzielen. Die Fähigkeiten des Personals einer Bank können somit an vereinzelt Stellen doch objektiv überprüft

131 Vgl. Derleder, Peter; Knops, Kai-Oliver; Bamberger, Heinz Georg: Handbuch zum deutschen und europäischen Bankrecht, Berlin; Heidelberg; New York (2004), S. 1498

132 Vgl. Keck, Markus; Hahn, Marco: Integration der Vertriebswege – Herausforderung im dynamischen Retail Banking, Wiesbaden (2006), S. 25

133 Vgl. Bartmann, Dieter; Penzel, Hans-Gert; Petzel Erhardt: Die Industrialisierung des Bankbetriebes – Wie sich Konzepte der Industrie auf die Banken übertragen lassen, Weinheim (2005), S. 81

134 Vgl. Betsch, Oskar; Thomas, Peter: Industrialisierung der Kreditwirtschaft – Informations-technologie und Managementkonzepte, Wiesbaden (2005), S. 92

werden. Gerade im Aufschwung und der damit verbundenen Belebung des Marktgeschehens in den einzelnen wirtschaftlichen Sektoren, zeigt sich wie die Personalentwicklung und die Qualifikation der Mitarbeiter voran geschritten ist und ob die Mitarbeiter befähigt sind das Vertrauen des Kunden zu gewinnen und erklärungsbedürftige Produkte zu vermitteln.

Im Zuge einer konjunkturellen Erholung sollte die Vertriebsstrategie überprüft werden. Es sollte genau ermittelt werden, ob die angebotenen Produkte wettbewerbsfähig sind. Die Produkte sollten dem Kunden einen Nutzen beziehungsweise einen Mehrwert bieten, den der Wettbewerb nicht bieten kann. Dazu müssen Kernkompetenzen, Lösungsansätze und Überlegenheiten heraus gearbeitet werden. Eine aktive Planung wie die Produkte unverwechselbar gemacht werden können, ist unerlässlich. Für den Kunden und die Bank stellt es eine Chance dar, wenn die Produkte auf seine Bedürfnisse spezialisiert sind. Es bietet sich auch an, die Zielgruppen neu zu analysieren und Zielgruppenstrategien neu auszurichten. Firmen- und Privatkunden benötigen eine unterschiedliche Widmung. Ebenfalls sollten die Vertriebsprozesse optimiert werden.¹³⁵

Es ist notwendig eine gezielte Kundenmanagementstrategie im Hinblick auf den Aufschwung zu erarbeiten. Es sollte herausgearbeitet werden, wer die Kunden der Bank sind und wo ihre Ziele liegen und wie sich diese im Aufschwung verändern und entwickeln können. Die unterschiedlichen Segmente benötigen eine unterschiedliche Betreuung.¹³⁶ Dabei ist die Kundentreue mittels der Kundenfluktuation zu messen. Kündigen in der Expansionsphase mehr Kunden als in den vorangegangenen Perioden, so sind die Produkte nicht Marktkonform.

Zur Produktpalette im Aufschwung ist definitiv das Altersvorsorgegeschäft zu sehen. Durch die Arbeitsplatzsicherheit und die steigenden Einkommen ist es dem Privatkunden möglich, seine Sparquote zu erhöhen. Dieser Ansatz bietet Chancen im Handel mit Riesterrenten oder Lebensversicherungen. Das Versicherungsgeschäft zählt aufgrund der erzielbaren Provisionen schon länger zum Bankengeschäft dazu.

135 Vgl. Detroy, Erich Norbert; Behle, Christine; vom Hofe, Renate: Handbuch Vertriebsmanagement, Landsberg am Lech (2007), S. 10 - 11

136 Vgl. Hofbauer, Günter; Hellwig, Claudia: Professionelles Vertriebsmanagement – Der prozessorientierte Ansatz aus Anbieter- und Beschaffersicht, 2. Aufl. Erlangen (2009), S. 64

3 Zusammenfassung

3.1 Ergebnisse

Die Zeitpunktanalysen der Wirtschaft in den Herbstgutachten sind hilfreich für Banken um festzustellen, an welchem Standpunkt sich die Wirtschaft befindet und welchen Verlauf die wirtschaftliche Entwicklung unter normalen Bedingungen nehmen kann. Die Untersuchung der Herbstgutachten der vergangenen Jahre jedoch hat gezeigt, dass die Gemeinschaftsdiagnosen eher ungeeignet sind, um den kompletten, zukünftigen strategischen Geschäftsverlauf danach auszurichten. In erster Linie sind die Prognosen durch unvorhersehbare Ereignisse gefährdet. Aber auch in den untersuchten Jahren in denen keine extremen Geschehnisse auftraten, konnten die Herbstgutachten im Prognosebereich nicht durch verlässliche Informationen überzeugen. Teilweise wichen die Prognosen um mehr als 50% ab. Das ist inakzeptabel, denn würde man den Geschäftsbetrieb genau nach ihnen ausrichten, kann es sein, dass die Vertriebsstrategie einer Bank völlig falsch justiert wird. Oder es werden Mitarbeiter für die falschen Aufgaben eingestellt, eingeteilt oder geschult. Auch ist zu befürchten, dass die Zinsstrategie und das Werben von Neukunden fehlerhaft betrieben wird. Eine strategische Herausforderung für Banken und Wirtschaftsteilnehmer in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung der Unternehmung stellt ein Herbstgutachten somit nicht dar.

Die Auswertung des Herbstgutachtens 2010 besagte deutlich, dass sich die Weltwirtschaft nach der Finanzkrise weiter erholt. Die Schwellenländer werden in nächster

Zukunft den größten Teil des Wirtschaftswachstums weltweit ausmachen. Europa hat nach wie vor mit den Folgen der Finanzkrise zu kämpfen. Staaten wie Griechenland, Irland, Spanien und Portugal weisen starke Staatsdefizite auf. Sie gefährden die komplette Europäische Union. Länder wie Frankreich und Deutschland befinden sich jedoch im Wirtschaftsaufschwung. Die Europäische Zentralbank hat es sehr schwer den Leitzins richtig auszurichten, da Länder wie Spanien, Portugal und Irland eine eher expansiv ausgerichtete Geldpolitik nötig haben, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Jedoch Länder wie Deutschland und Frankreich einen höheren Leitzins benötigen um die Wirtschaft nicht zu überhitzen, denn der Aufschwung ist bereits selbsttragend. Die Arbeitslosenquoten in den Ländern Griechenland, Spanien, Portugal und Irland sind momentan sehr hoch. In Deutschland wurde die Zahl von 3 Millionen im Jahr 2010 bereits unterschritten und die Quote somit auf ca. 7% gesenkt. Die Expansion wird 2011 und 2012 laut des Herbstgutachtens der Institute weiter anhalten. Die Haushaltskonsolidierung in Deutschland wird weiter vorangetrieben und die Arbeitslosenzahlen werden weiter sinken.

3.2 Maßnahmen

Auch wenn die prognostizierten Werte des Herbstgutachtens nicht immer genauso eintreten wie sie abgebildet werden, zeigt die Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010 deutlich, dass die Expansion voranschreitet und das sich Deutschland im Aufschwung befindet. Demzufolge sind die Geschäftsgebaren des aktivischen und des passivischen Bankgeschäftes auf die veränderten Bedingungen anzupassen. Wie im vorhergehenden Abschnitt dargestellt, ist der gehaltene Kassenbestand der Banken zu erhöhen, um der ansteigenden Nachfrage nach Bargeld gerecht zu werden. Das Kreditgeschäft muss ausgeweitet werden, da in Zeiten wirtschaftlicher Expansion die Investitionsneigung ansteigt. In vielen Fällen fehlen den Unternehmen und Privatpersonen finanzielle Mittel, um die Investitionen aus eigener Kraft zu bewerkstelligen, deshalb greifen sie auf Kredite zurück. Auf der anderen Seite müssen die Kreditinstitute das Einlagengeschäft reger betreiben und mit attraktiver Verzinsung um die Einlagen werben, da sich die Kreditvergabe über die Einlagen finanziert. Das Wertpapiergeschäft ist ebenfalls verstärkt zu betreiben. Anleger

versuchen von den steigenden Kursen zu profitieren. So kann die Bank als Broker und damit als Mittler vom Aktiengeschäft profitieren oder eigenständig an der Börse spekulieren. Dazu kann für besonders günstige Depots geworben oder es kann für Kunden Vermögensverwaltung betrieben werden.

3.3 Konsequenzen

Das Ergebnis ist, dass ein blindes Vertrauen auf Prognosen bezüglich der Wirtschaft oder Finanzmärkte hohe Gefahren birgt. Prognosen jeder Art sind genau zu prüfen und deren Auswirkungen sind zu kalkulieren. Im Falle, dass die vorher gesagten Szenarien dann nicht eintreten, muss ein Alternativplan zur Verfügung stehen. Das Prognosen immer wieder falsch sein können, kann man einigen berühmten, historischen Aussagen entnehmen. Einige prägnante und tragische Zitate waren:

„Dieser Wahnsinn mit dem Radio ; das verschwindet bald.“

(Thomas Alva Edison, 1922)

„Wir – oder auch die nächste Generation, werden nicht viel vom Fernseher haben“

(Richard S. Lambert, The Listener, 1936)

„Es gibt keinen Grund für jemanden, einen Computer zuhause zu haben“

(Ken Olson, CEO Digital Equipment, 1977)

„All this internet stuff will not really affect Microsoft`s business.“

(Bill Gates, 1996)

Auch liegen mittel- und kurzfristige Finanzmarktprognosen häufig falsch. So betrug beispielsweise die Dax-Prognosen für den 27.12.2002 von JPMorgan-Chase 5100 Punkte und die Berenberg Bankprognose 6650 Punkte, der Dax kam zu diesem Zeitpunkt jedoch nur auf 2840 Punkte.

In einer immer globaler werdenden Finanzwelt ist es sehr schwer noch richtig zu prognostizieren, weil es durch unvorhersehbare Ereignisse und durch die internationalen Verknüpfungen zu einer Kettenreaktion kommen kann. Es sind kulturelle, politische und religiöse Einflussfaktoren vorhanden, diese richtig einzustufen, ist schier unmöglich.

Konsequenzen für die Bank während eines anhaltenden Aufschwungs bestehen darin die Anreizsysteme so auszurichten, dass sie ein kundenorientiertes Verhalten fördern und nachhaltig Vertriebsfolge belohnen. Die Kundenzufriedenheit muss hier als Erfolg des Kundenbetreuers und der Bank erachtet werden. Dazu ist der parallele Betrieb eines Vertriebscontrolling angemessen, nur so können Vertriebskapazitäten, Leistungsziele, Leistungsergebnisse und die nötige Transparenz gesteuert werden.¹³⁷

137 Vgl. Basler Bankenvereinigung: Strategische Herausforderungen für Banken und Versicherungen, Tagungsband zum 14. Basler Bankentag, Berlin; Stuttgart; Wien 16. November 2006 S. 5 – 27

Literaturverzeichnis

Adrian, Reinhold; Heidorn, Thomas; Hagenmüller, Karl Friedrich; Diepen, Gerhard: Der Bankbetrieb – Das praxisorientierte Lehrbuch für Schule, Studium und Beruf, 15. Aufl., Frankfurt (2000)

Alt, Rainer; Bernet, Beat; Zerndt, Thomas: Transformation von Banken, Praxis des In- und Outsourcings auf dem Weg zur Bank 2015, Deutschland, Schweiz (2009)

Altmann, Jörn: Wirtschaftspolitik, 8. Aufl. Stuttgart (2007)

Amberg, Michael; Wiener, Martin: IT-Offshoring – Management internationaler IT-Outsourcing-Projekte, Nürnberg (2006)

Bartmann, Dieter; Penzel, Hans-Gert; Petzel Erhardt: Die Industrialisierung des Bankbetriebes – Wie sich Konzepte der Industrie auf die Banken übertragen lassen, Weinheim (2005)

Baumann, Elke; Cassel, Susanne: Ideen für die Politik von Morgen, Wissenschaftsbasierte Gremien der Politikberatung im Vergleich, Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn (2009)

Betge, Peter: Bankbetriebslehre, Berlin (1996)

Betsch, Oskar; van Hooven, Eckart; Krupp, Georg: Handbuch Privatkundengeschäft, Frankfurt am Main (1998)

Betsch, Oskar; Thomas, Peter: Industrialisierung der Kreditwirtschaft – Informationstechnologie und Managementkonzepte, Wiesbaden (2005)

Beutel, Jörg: Mikroökonomie, München (2006)

Bitz, Michael; Stark, Gunnar: Finanzdienstleistungen, 8. Aufl. München (2008)

Bofinger, Peter: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl. München (2010)

Börner, Christoph; Büschgen, Hans E.: Bankbetriebslehre, 4. Aufl. Stuttgart (2003)

Büschgen, Hans E.: Bankbetriebslehre, 5. Aufl., Berlin (1998)

Cezanne, Wolfgang: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl., München (2005)

Detroy, Erich Norbert; Behle, Christine; vom Hofe, Renate: Handbuch Vertriebsmanagement, Landsberg am Lech (2007)

Derleder, Peter; Knops, Kai-Oliver; Bamberger, Heinz Georg: Handbuch zum deutschen und europäischen Bankrecht, Berlin; Heidelberg; New York (2004)

Dorn, Dietmar; Fischbach, Rainer; Letzner, Volker: Volkswirtschaftslehre 2 – Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik, 13. Aufl. München (2007)

Dumser, Klaus; Ban, Blazenka: Steuerberaterprüfung Schwerpunkt „Recht“, 1. Aufl. Wiesbaden (2010)

Duwendag; Ketterer; Kösters; Pohl; Simmert: Geldtheorie und Geldpolitik in Europa, 5. Aufl., Heidelberg (1999)

Fischbach, Rainer: Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl., München (2002)

Fischer, Olaf: Allgemeine Bankbetriebswirtschaft, 5. Aufl., Wiesbaden (2010)

Frenz, Walter: Handbuch Europarecht – Beihilfe und Vergaberecht, Aachen (2007)

Glebe, Dirk: Die globale Finanzkrise – Alle Informationen zur Wirtschaftskrise 2007 – 2009, dazu Geschichte und umfassendes Gesamtwissen zu den bisherigen Finanzkrisen dieser Welt. Ursachen, Auswirkungen, Reaktionen., Norderstedt (2008)

Greipl, Erich; Müller, Stefan: Zukunft der Innenstadt, Herausforderungen für ein erfolgreiches Stadtmarketing, Dresden (2007)

Grill, Hannelore: Bankrecht für Auszubildende, 28. Aufl., Regensburg (2002)

Grundmann, Wolfgang; Rathner, Rudolf: Rechnungswesen, Controlling, Bankrechnen, 3. Aufl., Wiesbaden (2007)

Haak, Ulrike; Haak, René: Managerwissen kompakt – Internationales Management, München (2006)

Hartmann, Norbert: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Bruttoinlandsprodukt, Wiesbaden (2002)

Heller, Robert F.: Haushaltsgrundsätze für Bund, Länder und Gemeinden – Handbuch zum Management der öffentlichen Finanzen, 2. Aufl. Heidelberg; München; Landsberg; Frechen; Hamburg (2010)

Hofbauer, Günter; Hellwig, Claudia: Professionelles Vertriebsmanagement – Der prozessorientierte Ansatz aus Anbieter- und Beschaffersicht, 2. Aufl., Erlangen (2009)

Ipsen, Jörg: Zukunft der Sparkassen – Sparkasse der Zukunft, Göttingen (2004)

Keck, Markus; Hahn, Marco: Integration der Vertriebswege – Herausforderung im dynamischen Retail Banking, Wiesbaden (2006)

Kislat, Dietrich: Kapitalanlagen und Controlling, 2. Aufl., Karlsruhe (2005)

Koppmann, Tobias: Schriften zum Europäischen und Internationalen Privat-, Bank- und Wirtschaftsrecht – Gedeckte Schuldverschreibungen in Deutschland und Großbritannien, Band 31, Berlin (2009)

Krauss, Peter J.: Financial Planning in der Praxis, Wiesbaden (2006)

Kropp, Waldemar: Systemische Personalwirtschaft, 2. Aufl., München; Wien; Oldenburg (2001)

Kürble, Gunter; Fusionen von Banken und Versicherungen, Karlsruhe (2004)

Leipold, Peter: Fünf Jahre gemeinsame europäische Geld- und Währungspolitik, Hamburg (2008)

Lüscher-Marty, Max: Theorie und Praxis des Bankkredits, 2. Aufl., Zürich (2009)

Lütke-Uhlenbruck, Christian: Bewertung öffentlich-rechtlicher Sparkassen, Wiesbaden (2007)

Löw, Edgar: Rechnungslegung für Banken nach IFRS: Praxisorientierte Einzeldarstellungen, 2. Aufl., Wiesbaden (2005)

May, Hermann: Handbuch zur ökonomischen Bildung, 9. Aufl., München (2008)

Meisel, Florian: Nischenmarketing als Strategie im Electronic Commerce, Wien (2009)

Mengue, Clement: Effiziente Gestaltung bankspezifischer CRM-Prozesse, Wiesbaden (2006)

Merk, Gerhard: Begriffserläuterungen aus der Finanzwelt, Siegen (2010)

Michael, Carsten; Abraham, Norbert: Berufs- und Karriereplaner Banken, Wiesbaden (2009)

Mugler, Andreas: Neue Wege für das deutsche Bankensystem, Norderstedt (2008)

Neveling, Christiane: Wörterlernen mit Wörternetzen, Berlin (2004)

Neymanns, Harald: Verschlüsselung im Internet – Probleme der politischen Regulierung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (2001)

Nikolov, Svetlozar: Die Rolle der Banken im Finanzsystem – Eine komparative Analyse der Bankensysteme in Deutschland und den USA, Marburg (2000)

Schax, Elke: Strategieorientierte Personalentwicklung in Genossenschaftsbanken, Wiesbaden (2007)

Schütz, Achim; Fischer, Olaf; Burgart, Margit: Mündliche Prüfung Bankfachwirt, 2. Aufl., Wiesbaden (2007)

Siebert, Horst: Außenwirtschaft, Stuttgart (2008)

Simmert, Diethard B.; Welteke, Ernst: Die Europäische Zentralbank – Europäische Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik, Stuttgart (1999)

Spath, Dieter; Bauer, Wilhelm; Engstler, Martin: Innovation und Konzepte für die Bank der Zukunft, Wiesbaden (2008)

Stiele, Mike: Wettbewerb im Bankensektor – Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Wettbewerbsverhaltens der Sparkassen, Wiesbaden (2008)

Stobbe, Alfred: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 8. Aufl. Berlin; Heidelberg; New York (1994)

Pelikan, Edmund: Anders Investieren, Einführung in die nachhaltige Geldanlage, Norderstedt (2010)

Pilz, Frank; Ortwein, Heike: Das Politische System Deutschlands, 3. Aufl., München (2000)

Priewasser, Erich: Bankbetriebslehre, 5 Aufl., München, Wien (1996)

Pohl, Rüdiger: Regionale Leistungsbilanzen in integrierten Wirtschaftsräumen, Berlin (1971)

Puhani, Josef: Volkswirtschaftslehre – Basiswissen, 2. Aufl., München (2003)

Pätzold, Jürgen; Baade, Daniel: Stabilisierungspolitik, 7. Aufl., München (2008)

Raupach, Björn; Stangenberg, Katrin: Doppik in der öffentlichen Verwaltung, Grundlagen, Verfahrensweisen, Einsatzgebiete, 2. Aufl., Wiesbaden (2009)

Rittenbruch, Klaus: Makroökonomie, 11. Aufl., München; Wien; Oldenburg (2000)

Ritter, Mischa: Absicherung von Katastrophen-Risiko über Kapitalmärkte, Eine kritische Bestandsaufnahme, Oestrich-Winkel (2006)

Thiemann, Christian: Rechtsprobleme der Marke Sparkasse, Münster (2008)

Thießen, Friedrich: Opportunismus und Finanzmärkte, 1. Aufl., Wiesbaden (2010)

Thiry, Daniel: Eine empirische Analyse der Marktdisziplinierung deutscher Sparkassen, Wiesbaden (2009)

Thomson, Iris: Schwierige Geschäftsfälle richtig buchen, 3. Aufl., Freiburg (2008)

Tolkmitt, Volker: Neue Bankbetriebslehre, 2. Aufl., Wiesbaden (2007)

Wandel, Eckhard: Banken und Versicherungen im 19. und 20. Jahrhundert, München (1998)

Weitz, Bernd O.; Eckstein, Anja: VWL Grundwissen, Freiburg (2008)

Wildmann, Lothar: Makroökonomie, Geld und Währung, 1. Aufl., München (2007)

Wildmann, Lothar: Wirtschaftspolitik, München (2007)

Wille, Eberhard: Planung und Information – Eine Untersuchung ihrer Wechselwirkungen unter besonderer Berücksichtigung eines mehrjährigen Plans für die öffentlichen Finanzen, Berlin (1970)

Wörner, Georg: Handels- und Steuerbilanz nach neuem Recht mit IAS/IFRS und US-GAAP, 8. Aufl., München (2003)

Quellen

Basler Bankenvereinigung: Strategische Herausforderungen für Banken und Versicherungen, Tagungsband zum 14. Basler Bankentag, Berlin; Stuttgart; Wien 16. November 2006

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
www.bafin.de/cln_116/nn_722834/DE/BaFin/Aufgaben/Bankenaufsicht/bankenaufsicht__node.tml?__nnn=true 15.03.2011

Bundesministerium der Justiz: § 1 Abs. 1 Kreditwesengesetz Stand 14.03.2011
www.gesetze-im-internet.de/kredwg/BJNR008810961.html 14.03.2011

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:
Pressemitteilung 3.7.2007 „Ausschreibungsverfahren für Gemeinschaftsdiagnose abgeschlossen“
www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=209770.html?view=renderPrint 14.03.2011
Pressemitteilung 3.6.2010 „Gemeinschaftsdiagnose 2010 - 2013: Die Teilnehmer stehen fest“
www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=345250.html
14.03.2011

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Herbstgutachten 2010 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Erste Zusammenfassung und Bewertung. 19. Oktober 2010
[www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Bewertung_HG2010ZB.pdf/\\$file/Bewertung_HG2010ZB.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Bewertung_HG2010ZB.pdf/$file/Bewertung_HG2010ZB.pdf) 15.03.2011

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken: Jahresabschluss Finanzverbund 2009 Frankfurt, 7. Juli 2010 www.bvr.de 19.03.2011

Deutsche Bundesbank: Die Banken als Geldproduzenten, (2009)
www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_04.pdf 15.03.2011

Deutsche Bundesbank,

www.bundesbank.de/gm/gm_mindestreserven.php 15.03.2011

www.bundesbank.de/aufgaben/aufgaben_organisation.php 15.03.2011

www.bundesbank.de/aufgaben/aufgaben_aufgaben.php 15.03.2011

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001, 25. Oktober (2001)

DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnosen Herbst 2001 – 2009

www.diw.de/de/diw_02.c.241933.de/publikationen_veranstaltungen/daten/konjunkturprognosen/archiv/archiv.html 19.03.2011

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, Deutschland im Aufschwung Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen. Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Stockdorf (2010)

Der Projektgruppe der Gemeinschaftsdiagnose gehören an:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kiel Economics

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Institut für Höhere Studien Wien

Industriegewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie: Wirtschaftsinfo Herbstgutachten 2007

www.igbce-blogs.de/zugabe/wp-content/2007/12/herbstgutachten.pdf 19.03.2011

Institut für Höhere Studien Wien, www.ihs.ac.at 19.03.2011

Institut für Weltwirtschaft in Kiel, www.ifw-kiel.de 19.03.2011

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, www.ifo.de 19.03.2011

Institut für Wirtschaftsforschung Halle, www.iwh-halle.de 19.03.2011

Kiel Economics, www.kieleconomics.de 19.03.2011

KOF Konjunkturforschungsstelle Zürich, www.kof.ethz.ch 19.03.2011

Lencer http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Landesbanken_Deutschland.png

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, www.rwi-essen.de
19.03.2011

Die Zeit: vom 10.06.2010 S.26 Zitat: Helmut Schmidt
www.zeit.de/2010/24/Landesbanken?page=all 19.03.2011

www.onvista.de/devisen/snapshot.html 27.12.2010

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, www.zew.de
19.03.2011

Anhang

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Deutschland	7,9	0,6	0,4	1,4	2,4	1,4	1,5	7,7	8,2	8,2
Frankreich	5,6	1,8	1,0	2,0	1,8	1,8	1,5	8,5	8,9	8,9
Italien	4,7	1,8	0,3	1,7	2,3	2,4	2,0	9,4	9,1	9,0
Spanien	2,5	2,7	1,9	2,6	2,8	3,3	2,2	10,6	11,2	11,0
Niederlande	1,6	1,2	0,4	1,5	5,1	3,9	2,5	2,4	2,8	3,3
Belgien	1,0	1,0	0,5	1,8	2,4	1,6	1,6	6,6	6,9	6,9
Österreich	0,8	1,0	1,0	1,8	2,3	1,8	1,6	3,6	4,2	4,2
Finnland	0,5	0,7	1,1	2,9	2,7	2,0	1,6	9,1	9,3	9,2
Griechenland	0,5	4,1	2,5	3,8	3,7	3,9	3,0	10,5	10,0	9,7
Portugal	0,5	1,7	1,0	1,2	4,4	3,5	2,8	4,1	4,5	4,9
Irland	0,4	5,9	3,5	4,5	4,0	4,5	3,5	3,8	4,5	4,5
Luxemburg	0,1	3,5	3,0	3,8	2,4	1,8	1,8	2,0	2,4	2,5
Euroraum ³	26,2	1,4	0,8	1,8	2,6	2,2	1,8	8,0	8,3	8,3
Großbritannien	6,1	2,0	1,4	2,3	1,2	1,4	1,5	5,0	5,2	5,2
Schweden	0,9	1,2	1,6	2,4	2,7	2,1	2,0	4,9	5,0	4,9
Dänemark	0,7	1,0	1,5	2,0	2,3	2,2	2,0	4,3	4,3	4,3
Europäische Union ³	33,9	1,5	0,9	2,0	2,3	2,0	1,7	7,4	7,6	7,6
Schweiz	1,1	0,9	0,0	1,0	1,0	0,5	0,5	1,9	2,8	3,0
Norwegen	0,7	1,4	1,6	2,2	3,0	0,8	1,5	3,6	3,3	3,3
Westeuropa ³	35,7	1,6	0,9	1,9	2,3	2,0	1,7	7,2	7,5	7,4
USA	43,6	0,3	2,3	2,7	2,8	1,6	2,1	4,8	5,8	5,9
Japan	17,8	-0,3	-0,5	1,2	-0,7	-1,0	-0,5	5,0	5,5	5,5
Kanada	3,0	1,5	3,4	3,4	2,5	2,0	2,3	7,2	7,5	6,9
Insgesamt ³	100,0	0,7	1,3	2,2	2,0	1,3	1,5	6,0	6,6	6,6
Nachrichtlich: Exportgewichtet ⁴	—	1,4	1,1	2,1	2,4	2,0	1,7	—	—	—

1 Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
2 Standardisiert.

3 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001

in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

4 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

GD Herbst 2002

A. 1 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2002, S. 705

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Deutschland*	21,8	-0,1	1,8	1,5	1,0	1,6	1,5	9,6	9,8	9,6
Frankreich	16,0	0,5	2,4	2,2	2,2	2,3	1,8	9,4	9,5	9,3
Italien	13,3	0,4	1,1	1,6	2,8	2,4	2,2	8,6	8,8	8,6
Spanien	7,6	2,5	2,7	3,0	3,1	3,0	3,0	11,3	11,0	10,8
Niederlande	4,7	-0,9	1,2	1,7	2,2	1,5	1,4	3,8	4,8	4,7
Belgien	2,7	1,1	2,5	2,6	1,5	1,8	1,8	8,1	8,5	8,3
Österreich	2,3	0,7	1,6	2,2	1,3	1,7	1,7	4,1	4,3	4,2
Griechenland	1,6	4,3	4,0	2,8	3,4	3,3	3,4	9,3	9,1	9,0
Finnland	1,5	2,1	2,8	2,7	1,3	0,1	1,5	9,0	9,0	8,7
Irland	1,4	3,7	3,5	4,2	4,0	2,5	2,7	4,6	4,5	4,3
Portugal	1,3	-1,2	1,1	2,0	3,3	2,7	2,5	6,2	6,5	6,4
Luxemburg	0,2	2,1	2,4	3,0	2,5	3,1	2,9	3,7	4,2	4,0
Euroraum*⁴	74,5	0,6	1,9	2,0	2,1	2,1	1,9	8,8	9,0	8,8
Großbritannien	16,3	2,2	3,5	2,9	1,4	1,6	1,9	5,0	4,8	4,7
Schweden	2,7	1,6	3,2	2,6	2,3	1,1	1,8	5,6	6,0	5,7
Dänemark	1,9	0,5	2,2	2,2	2,0	1,4	1,7	5,6	5,9	5,7
EU 15⁴	95,5	0,9	2,3	2,2	1,9	2,0	1,9	8,0	8,1	7,9
Polen	1,9	3,8	6,0	4,3	0,8	3,5	3,3	19,2	18,9	18,6
Tschechien	0,8	3,1	4,0	4,3	0,1	2,8	2,5	7,8	8,7	8,4
Ungarn	0,8	2,9	3,9	3,4	4,7	7,0	5,5	5,8	5,9	6,0
Slowakei	0,3	4,2	5,0	4,5	8,5	7,8	4,5	17,1	16,2	15,7
Slowenien	0,3	2,3	4,0	3,8	5,6	3,6	3,4	6,5	6,3	6,1
Litauen	0,2	9,0	7,2	7,5	-1,2	1,0	2,0	12,7	11,2	10,6
Zypern	0,1	2,0	3,8	4,1	4,0	2,5	2,0	4,4	4,5	4,0
Lettland	0,1	7,5	7,8	7,3	2,9	6,5	5,5	10,5	10,5	10,3
Estland	0,1	5,1	6,0	6,0	1,4	3,0	3,4	10,1	9,0	8,7
Malta	0,0	0,2	1,2	2,0	1,3	2,8	2,5	8,2	8,8	8,7
EU-Beitrittsländer	4,5	3,7	5,1	4,3	2,2	4,2	3,6	14,4	14,2	13,9
EU 25⁴	100,0	1,0	2,4	2,3	2,0	2,1	2,0	9,1	9,1	8,9
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewichtet ⁵	100,0	1,3	2,6	2,6	2,2	2,3	2,2	-	-	-

¹ EU15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

² Standardisiert.

³ Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. In Deutschland ist der Effekt zusätzlicher Arbeitstage im Jahre 2004 mit 0,5 % besonders hoch veranschlagt; hier beträgt der rein konjunkturelle Zuwachs also nur 1,3 %.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2003.

⁵ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2003.

* Das DIW Berlin geht im Gegensatz zur Mehrheit der Institute für das Jahr 2005 von einer leichten Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowohl im Euroraum insgesamt als auch in Deutschland aus. Siehe auch „Eine andere Meinung“ im Prognoseteil für Deutschland.

Quellen: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2004

A. 2 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2004, S. 639

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Industrieländer										
EU 25	33,7	1,0	2,4	2,3	2,0	2,1	2,0	9,1	9,1	8,9
Schweiz	1,0	-0,4	1,7	1,6	0,6	1,3	1,1	4,1	4,3	4,1
Norwegen	0,7	0,4	3,0	2,7	2,5	0,8	1,6	4,5	4,2	4,1
West- und Mitteleuropa	35,3	1,0	2,4	2,3	1,9	2,0	2,0	8,9	9,0	8,8
USA	33,6	3,0	4,4	3,4	2,3	2,7	2,5	6,0	5,5	5,3
Japan	13,1	2,4	4,2	2,1	-0,3	-0,2	0,0	5,3	4,7	4,5
Kanada	2,7	2,0	3,0	3,3	2,8	1,8	1,9	7,6	7,2	6,8
Industrieländer insg.	84,7	2,0	3,5	2,7	1,8	1,9	1,9	7,4	7,1	6,9
Schwellenländer										
Russland	1,3	7,3	7,0	6,5	13,7	10,0	10,0	8,1	8,0	8,0
Ostasien ¹	4,6	3,7	5,4	4,7
China	4,8	9,1	9,0	8,0
Lateinamerika ²	4,5	1,0	4,5	3,5
Schwellenländer insg.	15,3	4,9	6,4	5,5
Insgesamt ³	100,0	2,5	3,9	3,2
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet	100,0	1,7	3,1	2,8
Welthandel, real	-	4,2	9,0	7,5	-	-	-	-	-	-

1 Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar.

2 Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar.

3 Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar.

4 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2003.

Quellen: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2004

A. 3 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
 Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2004, S. 630

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Deutschland	22,0	0,2	0,0	1,7	1,3	1,0	1,3	8,6	9,3	9,5
Frankreich	15,9	1,2	0,3	1,6	1,9	2,0	1,6	8,8	9,4	9,5
Italien	13,1	0,4	0,2	1,4	2,6	2,7	2,2	9,0	8,7	8,4
Spanien	7,2	2,0	2,1	2,6	3,6	3,1	2,5	11,3	11,4	11,3
Niederlande	4,6	0,2	-0,6	0,9	3,9	2,2	1,7	2,8	4,1	5,0
Belgien	2,7	0,7	0,9	1,6	1,6	1,5	1,5	7,3	8,0	8,1
Österreich	2,3	1,1	0,8	1,6	1,7	1,2	1,2	4,3	4,5	4,5
Finnland	1,5	2,2	1,1	2,5	2,0	1,3	1,5	9,1	9,2	8,9
Griechenland	1,5	4,0	4,4	4,0	3,9	3,5	4,0	10,0	9,4	9,0
Portugal	1,3	0,4	-0,8	1,2	3,7	3,2	2,3	5,0	6,8	7,5
Irland	1,3	6,9	1,9	3,5	4,7	4,1	3,2	4,4	4,7	4,8
Luxemburg	0,2	1,1	1,0	2,3	2,1	2,4	2,1	2,8	3,7	3,9
Euroraum³	73,6	0,9	0,4	1,7	2,3	2,0	1,7	8,4	8,8	8,9
Großbritannien	17,3	1,7	2,0	3,0	1,3	1,4	1,5	5,1	5,1	5,0
Schweden	2,7	1,9	1,5	2,4	2,0	2,1	1,8	4,9	5,4	5,4
Dänemark	1,9	2,1	0,6	1,5	2,4	2,1	2,0	4,5	5,2	5,2
EU 15³	95,5	1,0	0,8	2,0	2,1	1,9	1,7	7,7	8,1	8,1
Polen	2,0	1,4	3,2	3,8	1,9	0,8	2,0	19,9	20,0	19,0
Tschechien	0,8	2,0	2,5	3,3	1,8	0,0	2,0	7,3	7,0	6,8
Ungarn	0,7	3,3	2,5	3,0	5,3	4,5	5,5	5,6	5,8	5,6
Slowakei	0,3	4,4	3,8	4,3	3,3	8,3	6,0	18,6	16,5	15,5
Slowenien	0,2	3,2	2,4	3,0	7,5	6,1	5,5	6,0	5,8	5,6
Litauen	0,1	6,7	6,8	6,0	0,3	-1,0	1,0	13,1	11,3	10,5
Zypern	0,1	2,0	2,5	3,5	2,8	4,0	2,5	3,9	4,2	4,0
Lettland	0,1	6,1	6,0	5,5	1,9	2,8	3,0	12,8	12,0	11,5
Estland	0,1	6,0	4,2	4,5	3,6	1,5	2,0	9,1	8,5	8,2
Malta	0,0	1,2	1,0	2,0	2,2	1,0	2,5	7,4	7,8	7,6
EU-Beitrittsländer	4,5	2,4	3,1	3,7	2,8	2,1	3,0	14,8	14,6	13,8
EU 25³	100,0	1,2	0,9	2,1	2,1	1,9	1,8	8,9	9,1	9,0
Nachrichtlich: Exportgewichtet ⁴	-	1,4	1,1	2,1	2,4	2,1	2,0	-	-	-

¹ EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

² Standardisiert.

³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002

in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der zivilen Erwerbspersonen von 2001.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2002.

Quellen: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Herbst 2003

A. 4 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2003, S. 645

Tabelle 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Industrielländer										
EU 25	31,0	1,2	0,9	2,1	2,1	1,9	1,8	8,9	9,1	9,0
Schweiz	0,9	0,2	-0,2	1,2	0,6	0,5	0,8	2,8	3,7	3,9
Norwegen	0,7	0,9	0,5	1,6	0,8	2,2	1,6	3,9	4,5	4,5
West- und Mitteleuropa	32,6	1,1	0,8	2,0	2,0	1,9	1,7	8,8	9,0	9,0
USA	35,9	2,4	2,7	3,6	1,6	2,3	2,3	5,8	6,0	5,7
Japan	13,7	0,1	2,7	2,0	-0,9	-0,3	-0,3	5,4	5,3	5,3
Kanada	2,5	3,3	2,3	3,3	2,2	2,7	2,0	7,6	7,7	7,5
Industrielländer insg.	84,6	1,6	2,0	2,7	1,4	1,7	1,7	7,2	7,4	7,3
Schwellenländer										
Russland	1,2	4,3	6,0	5,5	15,8	14,0	12,0	8,0	7,5	7,5
Ostasien ¹	4,5	4,8	3,0	5,0
China	4,8	8,0	8,0	8,0
Lateinamerika ²	4,9	-0,2	0,7	3,0
Schwellenländer insg.	15,4	4,2	4,1	5,3
Insgesamt ³	100,0	2,0	2,3	3,1
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet		1,6	1,5	2,6
Welthandel, real		3,2	3,5	7,5

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar.

Quellen: OECD; ILO; IMF; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Herbst 2003

A. 5 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2003, S. 646

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Deutschland ³	21,4	1,6	0,8	1,2	1,8	2,1	2,0	9,5	9,5	9,3
Frankreich	15,9	2,3	1,5	1,8	2,3	2,0	2,0	9,7	9,7	9,5
Italien	13,0	1,2	0,1	1,0	2,3	2,1	2,1	8,0	7,8	7,5
Spanien	8,1	3,1	3,2	3,0	3,1	3,3	3,1	11,0	9,6	9,2
Niederlande	4,7	1,7	0,7	2,5	1,4	1,5	1,0	4,6	4,8	4,6
Belgien	2,7	2,9	1,4	1,9	1,9	2,6	2,1	7,8	8,0	7,8
Österreich	2,3	2,4	1,8	2,0	2,0	2,1	1,9	4,8	5,1	5,0
Griechenland	1,6	4,2	2,8	3,0	3,0	3,4	3,2	10,5	10,0	9,7
Finnland	1,4	3,6	1,5	3,2	0,1	0,8	1,4	8,8	8,4	8,1
Irland	1,4	4,5	4,6	4,8	2,3	2,2	2,1	4,5	4,3	4,1
Portugal	1,4	1,2	0,9	1,7	2,5	2,2	2,4	6,7	7,2	7,0
Luxemburg	0,2	4,5	3,9	4,1	3,2	3,6	2,8	4,8	4,9	4,7
Euroraum⁴	74,3	2,1	1,3	1,8	2,1	2,2	2,1	8,8	8,6	8,4
Großbritannien	16,6	3,2	1,9	2,5	1,3	2,1	1,9	4,7	4,6	4,4
Schweden	2,7	3,6	2,5	2,6	1,0	0,8	1,5	6,3	6,1	5,9
Dänemark	1,9	2,4	2,2	2,3	0,9	1,5	1,7	5,4	5,0	5,0
EU 15⁴	95,4	2,3	1,5	2,0	1,9	2,1	2,0	8,3	8,1	7,8
Polen	1,9	5,4	3,3	4,3	3,6	2,5	2,5	18,8	18,1	17,8
Tschechien	0,8	4,4	4,6	4,2	2,6	1,8	2,2	8,3	8,0	7,8
Ungarn	0,8	4,2	3,6	3,7	6,8	3,7	2,0	5,9	6,5	6,2
Slowakei	0,3	5,5	5,0	5,2	7,4	2,8	3,0	18,0	17,5	17,0
Slowenien	0,3	4,6	4,0	4,0	3,6	2,8	2,8	6,0	6,0	5,8
Litauen	0,2	7,0	6,4	6,5	1,1	2,5	2,3	10,8	10,0	9,5
Zypern	0,1	3,7	3,5	3,9	1,9	2,5	2,5	5,0	5,0	4,8
Lettland	0,1	8,3	9,0	7,5	6,2	6,5	5,5	9,8	9,2	8,5
Estland	0,1	7,8	8,0	6,5	3,0	3,7	3,0	9,2	9,0	8,5
Malta	0,0	0,4	1,5	1,8	2,7	2,5	2,5	7,3	6,7	6,4
Neue EU-Mitglieds- länder	4,6	5,1	4,1	4,4	4,1	2,7	2,5	14,1	13,7	13,4
EU 25⁴	100,0	2,4	1,6	2,1	2,0	2,2	2,1	9,2	9,0	8,7
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewicht ⁵	100,0	2,7	1,9	2,1	2,4	2,4	2,3	–	–	–

¹ EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

² Standardisiert.

³ Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. In Deutschland ist der Effekt zusätzlicher Arbeitstage im Jahre 2004 mit 0,5 % besonders hoch veranschlagt; hier beträgt der rein konjunkturelle Zuwachs also nur 1,1 %.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2003.

⁵ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2004.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

A. 6 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2005, S. 620

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Industrieländer										
EU 25	35,2	2,4	1,6	2,1	2,0	2,2	2,1	9,2	9,0	8,7
Schweiz	1,0	2,1	1,5	2,0	0,8	1,2	0,6	4,4	4,0	3,8
Norwegen	0,7	2,9	2,8	3,0	0,4	1,9	2,1	4,4	4,3	4,1
West- und Mitteleuropa	36,9	2,4	1,6	2,1	1,9	2,0	1,9	8,9	8,7	8,4
USA	32,1	4,2	3,6	3,3	2,7	3,5	3,3	5,5	5,1	4,8
Japan	12,8	2,6	2,3	2,5	0,0	-0,1	0,2	4,7	4,4	4,2
Kanada	2,7	2,9	2,9	2,8	1,8	2,3	2,3	7,2	6,8	6,7
Industrieländer insg.	84,5	3,1	2,5	2,6	1,9	2,3	2,2	7,1	6,8	6,5
Schwellenländer										
Russland	1,6	7,2	6,0	5,5	11,0	13,0	12,0	8,3	8,0	8,0
Ostasien ¹	4,7	5,5	4,0	4,5
China	4,5	9,5	9,2	8,5
Lateinamerika ²	4,7	5,9	4,0	3,5
Schwellenländer insg.	15,5	7,0	5,7	5,5
Insgesamt ³	100,0	3,7	3,0	3,1
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet ⁴	100,0	3,1	2,3	2,6
Welthandel, real	-	8,0	6,5	7,0	-	-	-	-	-	-

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2004.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

A. 7 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
 Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2005, S. 611

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
Industrielländer										
EU 27	30,0	3,1	2,9	2,4	2,2	2,1	2,1	7,9	6,9	6,6
Schweiz	0,8	3,2	2,9	2,5	1,1	1,0	1,1	3,3	3,4	3,2
Norwegen	0,7	2,8	2,9	2,7	2,3	2,1	2,2	2,6	2,6	2,5
West- u. Mitteleuropa	31,5	3,1	2,8	2,4	2,2	2,1	2,1	7,8	6,8	6,5
USA	27,4	2,9	1,9	2,1	3,2	2,6	2,2	4,6	4,6	5,0
Japan	9,0	2,2	2,0	1,7	0,3	-0,1	0,3	4,1	3,8	4,0
Kanada	2,6	2,8	2,9	2,8	2,0	2,2	2,1	6,3	6,0	6,0
Industrielländer insg.	70,5	2,9	2,4	2,2	2,3	2,0	1,9	6,2	5,7	5,7
Schwellenländer										
Russland	2,0	6,7	7,5	7,0	-	-	-	-	-	-
Ostasien ¹	4,6	5,2	5,5	5,0	-	-	-	-	-	-
China und Hongkong	5,8	11,1	11,0	10,5	-	-	-	-	-	-
Lateinamerika ²	5,3	5,2	5,0	4,5	-	-	-	-	-	-
Schwellenländer Insg.	19,6	6,3	6,2	5,9	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ³	100	3,3	2,9	2,7	-	-	-	-	-	-
¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. ² Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. ³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. Grafik: IG DCE, Abt. Wirtschaftspolitik und Industriegruppen Quelle: Herbstgutachten 2007										

A. 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
 Quelle: Industriegewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie: Wirtschaftsinfo Herbstgutachten 2007, S. 1

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
Deutschland	19,9	2,9	2,6	2,2	1,8	2,2	2,1	8,4	6,7	6,0
Frankreich	15,4	2,0	1,8	1,8	1,9	1,4	1,7	9,5	8,6	8,2
Italien	12,8	1,9	1,8	1,5	2,2	2,0	2,1	6,8	6,1	6,0
Spanien	8,4	3,9	3,9	2,5	3,6	2,5	2,7	8,5	8,0	7,8
Niederlande	4,6	3,0	2,6	2,1	1,7	1,6	1,9	3,9	3,4	3,3
Portugal	1,3	1,3	1,8	1,6	3,0	2,4	2,1	7,7	8,2	8,2
Euroraum	73,0	2,8	2,6	2,1	2,2	1,9	2,1	7,9	7,0	6,6
Großbritannien	16,3	2,8	2,9	2,3	2,3	2,3	2,1	5,4	5,3	5,4
Schweden	2,7	4,2	3,5	3,1	1,5	1,5	2,0	7,1	5,9	5,8
Dänemark	1,9	3,5	2,0	1,8	1,9	1,6	2,0	3,8	3,6	3,3
EU 16	93,9	2,9	2,7	2,2	2,2	2,0	2,1	7,4	6,6	6,4
Polen	2,3	6,1	6,4	5,2	1,3	2,3	2,6	13,8	10,5	9,6
Tschechien	1,0	6,4	5,8	4,9	2,1	2,4	2,6	7,1	5,6	5,3
Ungarn	0,8	3,9	2,3	3,4	4,0	8,0	4,0	7,5	7,6	7,5
Slowenien	0,4	8,3	8,7	8,0	4,3	1,9	2,5	13,4	11,0	10,2
West- u. Mitteleuropa	100,0	3,1	2,9	2,4	2,2	2,1	2,1	7,9	6,9	6,6
Grafik: IG BCE, Abt. Wirtschaftspolitik und Industriegruppen Quelle: Herbstgutachten 2007										

A. 9 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
 Quelle: Industriegewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie: Wirtschaftsinfo Herbstgutachten 2007, S. 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
2008 bis 2010

2008 bis 2010

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Industrieländer										
EU 27	34,2	0,9	-4,0	0,6	3,6	0,8	1,1	6,9	8,9	10,2
Schweiz	0,9	1,6	-3,4	0,4	2,4	-0,7	0,4	2,6	3,8	5,0
Norwegen	0,8	2,6	-1,7	1,3	3,8	2,0	1,8	2,5	3,5	3,7
West- und Mitteleuropa	36,0	0,9	-3,9	0,6	3,6	0,8	1,1	6,7	8,7	9,9
USA	26,8	0,4	-2,6	1,5	3,9	-0,5	1,4	5,8	9,2	10,5
Japan	9,1	-0,7	-5,6	1,3	1,4	-1,2	-0,4	4,0	5,3	5,7
Kanada	2,8	0,4	-2,3	2,0	2,4	0,0	1,5	6,2	8,5	9,3
Industrieländer insgesamt	74,7	0,5	-3,6	1,1	3,4	0,1	1,1	6,0	8,4	9,6
Schwellenländer										
Russland	3,1	5,6	-8,0	1,5
China und Hongkong	8,0	8,7	8,0	8,5
Indien	2,2	7,4	6,0	6,8
Ostasien ohne China ¹	5,0	3,0	-2,1	3,5
Lateinamerika ²	6,9	3,7	-2,7	2,8
Schwellenländer insgesamt	25,3	5,7	0,9	4,9
Insgesamt ³	100,0	1,9	-2,5	2,1
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet ⁴	100,0	1,8	-3,1	1,3
Welthandel, real	-	2,8	-10,5	5,5	-	-	-	-	-	-

¹Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – ²Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – ³Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – ⁴Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2008.

Quellen: OECD; IMF; Berechnungen der Institute; 2009 und 2010: Prognose der Institute.

GD Herbst 2009

A. 10 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009, S. 13

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

2008 bis 2010

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Deutschland	20,0	1,3	-5,0	1,2	2,8	0,4	0,7	7,2	7,6	9,0
Frankreich	15,6	0,3	-2,0	1,1	3,2	0,1	0,8	7,8	9,6	10,5
Italien	12,6	-1,0	-4,8	0,2	3,5	0,6	1,0	6,8	7,8	9,5
Spanien	8,7	1,2	-3,5	-0,3	4,1	-0,4	0,8	11,4	18,3	19,6
Niederlande	4,8	2,1	-4,2	0,4	2,2	0,8	0,5	2,8	3,5	5,0
Belgien	2,8	1,2	-3,0	0,8	4,5	0,1	1,0	7,0	8,1	9,2
Österreich	2,3	1,8	3,6	1,0	3,2	0,5	1,2	3,9	4,6	5,7
Griechenland	1,9	2,9	-0,6	0,3	3,9	1,3	1,5	6,4	9,5	10,5
Finnland	1,5	0,9	-6,8	0,7	4,2	1,7	1,1	7,7	8,5	9,7
Irland	1,5	-2,3	-6,0	0,0	2,7	-1,9	-0,3	7,8	12,1	13,7
Portugal	1,3	0,0	-3,2	0,8	3,1	-1,0	0,6	6,0	9,3	10,4
Slowakei	0,5	6,4	-5,2	1,8	4,1	1,3	1,5	9,5	11,5	12,7
Slowenien	0,3	-0,9	-4,0	1,0	3,9	-0,3	0,8	4,8	6,2	7,0
Luxemburg	0,3	3,5	8,5	0,4	5,5	0,8	1,4	4,4	5,9	7,3
Zypern	0,1	3,7	0,0	1,5	4,7	0,0	1,4	3,7	5,3	6,1
Malta	0,0	0,4	-1,5	1,7	4,4	2,5	1,6	6,0	7,2	7,8
Euroraum ⁴	74,1	0,7	-3,9	0,7	3,3	0,3	0,8	7,4	9,2	10,5
Großbritannien	14,6	0,7	-4,5	0,0	3,7	2,0	1,6	5,7	8,0	9,5
Polen	2,6	4,9	1,2	2,0	4,2	4,1	3,8	7,2	8,3	8,6
Schweden	2,9	-0,4	-4,7	1,3	3,5	1,9	0,9	6,2	9,1	10,1
Dänemark	1,8	1,2	3,2	1,0	3,4	1,0	1,4	3,3	5,8	6,5
Tschechien	1,2	3,0	-4,0	1,2	6,3	0,8	1,5	4,4	6,2	7,2
Rumänien	1,1	7,1	-7,0	0,7	7,9	5,6	5,0	5,8	7,5	8,5
Ungarn	0,8	0,6	-6,4	-0,6	6,0	4,0	3,8	7,8	10,2	11,3
Bulgarien	0,3	6,0	-5,0	0,2	12,0	3,0	2,7	5,6	6,6	8,1
Litauen	0,3	3,0	-15,5	-4,4	11,1	4,3	1,2	5,9	15,0	17,2
Lettland	0,2	-4,1	-18,0	-5,0	15,3	4,2	1,1	7,5	16,3	19,0
Estland	0,1	3,6	13,0	4,0	10,6	0,7	0,1	5,6	15,0	16,7
EU 27 ⁴	100,0	0,9	-4,0	0,6	3,6	0,8	1,1	6,9	8,9	10,2
nachrichtlich: MOE-Länder ⁵	7,4	4,3	-4,0	0,8	6,4	3,5	3,2	6,8	9,0	9,9

¹Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ²Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ³Standardisiert. – ⁴Summe der aufgeführten Länder BIP und Verbraucherpreise gewichtet mit dem BIP von 2008 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2008. – ⁵Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland.

Prognose der Institute.

GD Herbst 2009

A. 11 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009, S. 30

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
2007 bis 2009

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Industrielländer										
EU 27	33,7	2,9	1,4	0,5	2,3	3,7	2,7	7,1	6,9	7,4
Schweiz	0,9	3,3	1,9	0,3	0,8	2,6	1,5	3,6	3,4	3,7
Norwegen	0,7	3,7	2,5	1,7	0,7	3,4	2,2	2,6	2,5	2,6
West- und Mitteleuropa	35,3	2,9	1,4	0,5	2,2	3,7	2,7	7,0	6,8	7,2
USA	30,8	2,0	1,6	1,0	2,9	4,5	2,9	4,6	5,6	6,6
Japan	11,3	2,1	0,8	0,8	0,0	1,7	1,4	3,9	4,1	4,3
Kanada	2,8	2,7	0,6	1,1	2,2	2,8	2,5	6,0	6,2	6,8
Industrielländer insgesamt	80,2	2,4	1,4	0,8	2,2	3,7	2,6	5,8	6,0	6,6
Schwellenländer										
Russland	1,9	8,1	7,1	6,5
China und Hongkong	6,0	11,5	10,0	9,0
Indien	1,9	9,0	7,5	6,5
Ostasien ohne China ¹	4,8	4,8	5,0	4,5
Lateinamerika ²	5,2	5,2	4,7	3,7
Schwellenländer insgesamt	19,8	7,7	6,9	6,0
Insgesamt ³	100,0	3,5	2,5	1,8
nachrichtlich:										
Exportgewichtet ⁴	100,0	3,5	2,2	1,3
Welthandel, real	-	6,1	3,5	3,0	-	-	-	-	-	-

¹Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem BIP von 2007 in US-Dollar. – ²Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem BIP von 2007 in US-Dollar. – ³Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem BIP von 2007 in US-Dollar. – ⁴Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2007.

Quellen: OECD; IMF; Berechnungen der Institute; 2008 und 2009: Prognose der Institute.

GD Herbst 2008

A. 12 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2008, S. 12

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
2007 bis 2009

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %				
2007		2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	
Deutschland	19,7	2,5	1,7	0,2	2,3	2,9	2,3	8,4	7,4	7,6
Frankreich	15,2	2,2	0,9	0,4	1,6	3,4	2,4	8,3	7,8	8,4
Italien	12,5	1,5	0,1	0,0	2,0	3,8	2,7	6,1	6,8	7,2
Spanien	8,5	3,7	0,9	-0,4	2,8	4,5	3,2	8,3	10,8	12,5
Niederlande	4,6	3,5	1,9	0,5	1,6	2,6	2,3	3,2	2,8	3,3
Belgien	2,7	2,8	1,5	0,3	1,8	4,8	3,4	7,5	6,7	7,2
Österreich	2,2	3,1	2,0	0,6	2,2	3,4	2,6	4,4	3,7	4,1
Griechenland	1,9	4,0	3,0	1,8	3,0	4,3	3,4	8,3	7,8	8,0
Irland	1,5	5,3	-0,3	0,5	2,9	3,4	2,7	4,6	5,7	6,5
Finnland	1,5	4,5	2,1	1,5	1,6	3,9	2,8	6,9	6,3	6,5
Portugal	1,3	1,9	1,0	0,2	2,4	2,9	2,3	8,1	7,6	8,2
Luxemburg	0,3	4,5	3,0	2,3	2,7	4,4	3,0	4,1	4,1	4,4
Slowenien	0,3	6,8	4,7	3,5	3,8	6,3	4,0	4,9	4,4	4,6
Zypern	0,1	4,4	3,5	3,0	2,2	4,7	3,5	3,9	3,7	3,8
Malta	0,0	3,7	2,8	2,5	0,7	4,3	2,9	6,4	5,8	6,0
Euroraum ^{4,5}	72,4	2,6	1,1	0,2	2,1	3,5	2,6	7,4	7,4	8,0
Großbritannien	16,5	3,1	1,1	0,4	2,3	3,6	2,5	5,3	5,5	6,3
Schweden	2,7	2,7	1,3	1,2	1,7	3,5	2,6	6,1	5,8	6,0
Polen	2,5	6,6	5,4	4,2	2,6	4,3	3,5	9,6	7,3	7,3
Dänemark	1,9	1,8	0,3	0,4	1,7	3,6	2,3	3,8	3,1	3,3
Tschechien	1,0	6,5	4,5	3,9	3,0	6,6	3,6	5,3	4,4	4,5
Rumänien	1,0	6,0	7,5	4,9	4,9	8,2	6,5	6,4	6,0	6,0
Ungarn	0,8	1,3	2,0	2,5	7,9	6,6	4,0	7,4	7,8	7,8
Slowakei	0,4	10,4	7,5	5,3	1,9	4,0	3,3	11,1	10,0	9,8
Bulgarien	0,2	6,2	5,8	4,6	7,6	12,9	9,0	6,9	5,8	5,6
Lettland	0,2	10,3	1,5	1,1	10,1	15,8	10,0	6,0	6,4	6,8
Litauen	0,2	8,8	5,0	3,7	5,8	11,0	8,5	4,3	4,8	5,0
Estland	0,1	6,3	0,2	1,0	6,7	10,6	7,7	4,7	4,3	5,0
EU 15	93,0	2,7	1,1	0,3	2,1	3,5	2,6	7,0	7,0	7,6
Beitrittsländer	7,0	6,2	5,0	3,9	4,2	6,5	4,6	7,6	6,5	6,6
Europäische Union	100,0	2,9	1,4	0,5	2,3	3,7	2,7	7,1	6,9	7,4

¹Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ²Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ³Standardisiert. – ⁴Summe der aufgeführten Länder. BIP und Verbraucherpreise gewichtet mit dem BIP von 2007 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006. – ⁵2007: Euroraum plus Malta, Zypern und Slowakei; 2009: Euroraum ohne Slowakei.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2008 und 2009: Prognose der Institute.

CD Herbst 2008

A. 13 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
Quelle: DIW Berlin: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2008, S. 28

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt										
	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Industrieländer										
EU 27	32,0	1,2	1,6	1,1	0,8	1,8	1,7	8,9	9,7	9,6
Schweiz	1,0	– 1,9	2,7	1,8	– 0,7	0,8	0,7	4,2	3,8	3,2
Norwegen	0,7	– 1,4	1,5	2,3	2,3	2,6	2,1	3,2	4,8	4,8
West- und Mitteleuropa	33,1	– 4,1	1,6	1,5	0,8	1,8	1,7	8,9	9,5	9,4
USA	27,4	– 2,6	2,7	1,9	– 0,4	1,7	1,3	9,3	9,8	9,5
Japan	9,8	– 5,2	3,0	1,4	– 1,4	– 0,9	– 0,4	5,1	5,1	4,9
Kanada	2,6	– 2,5	3,2	2,6	0,3	1,8	1,8	8,3	8,1	7,5
Industrieländer insgesamt	73,5	– 3,6	2,3	1,7	0,0	1,4	1,3	8,4	8,9	8,7
Schwellenländer										
Russland	2,4	– 7,9	4,5	4,5	–	–	–	–	–	–
China und Hongkong	9,9	8,6	10,0	8,5	–	–	–	–	–	–
Indien	2,4	7,7	8,3	7,5	–	–	–	–	–	–
Ostasien ohne China ^{a)}	4,9	0,4	7,2	4,5	–	–	–	–	–	–
Lateinamerika ^{b)}	6,8	– 2,0	5,2	3,4	–	–	–	–	–	–
Schwellenländer insgesamt	26,5	2,8	7,6	6,0	–	–	–	–	–	–
Insgesamt ^{c)}	100,0	– 1,9	3,7	2,8	–	–	–	–	–	–
Nachrichtlich:										
Exportgewicht ^{d)}	100,0	– 3,2	2,6	2,2	–	–	–	–	–	–
Welthandel, real	–	– 11,0	12,0	6,8	–	–	–	–	–	–

^{a)} Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{c)} Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2009.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen der Institute; 2010 und 2011: Prognose der Institute.

GD Herbst 2010

GD Herbst 2010

A. 14 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 11

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
2009 bis 2011

	Cewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^{a)}			Verbraucherpreise ^{b)}			Arbeitslosenquote ^{c)}		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Deutschland	20,4	-4,9	3,5	2,0	0,2	1,1	1,6	7,4	6,9	6,3
Frankreich	16,3	-2,6	1,5	1,5	0,1	1,6	1,3	9,1	10,0	9,9
Italien	12,9	-5,0	0,9	0,9	0,8	1,4	1,3	7,9	8,6	8,8
Spanien	8,9	-3,6	-0,3	0,5	-0,2	1,7	0,9	18,1	20,1	21,0
Niederlande	4,8	-3,9	1,6	1,4	1,0	0,8	1,3	3,4	4,4	4,7
Belgien	2,9	-2,8	1,8	1,5	0,0	1,9	1,5	8,0	8,6	8,9
Österreich	2,3	-3,9	1,8	2,0	0,4	1,6	1,6	4,9	4,4	4,2
Griechenland	2,0	-2,0	-3,9	-2,1	1,3	4,5	1,6	9,6	12,7	14,0
Finnland	1,4	-8,0	2,4	2,2	1,6	1,4	1,4	8,4	8,6	8,1
Irland	1,4	-7,1	-0,8	1,0	-1,7	-2,0	-0,3	12,0	13,5	14,4
Portugal	1,4	-2,6	1,3	0,7	-0,9	1,2	1,3	10,0	10,8	11,3
Slowakei	0,5	-4,7	4,0	3,3	0,9	0,8	2,3	12,1	14,9	13,8
Slowenien	0,3	-7,8	1,2	2,0	0,9	2,1	2,5	6,0	6,8	6,6
Luxemburg	0,3	-4,1	2,0	1,9	0,0	2,7	2,0	5,2	5,3	5,1
Zypern	0,1	-1,7	-0,1	1,0	0,2	2,0	1,7	5,4	7,0	7,1
Malta	0,0	-1,5	2,3	1,9	1,8	1,5	2,1	7,0	6,6	6,2
Euroraum ^{d)}	76,0	-4,1	1,6	1,3	0,3	1,4	1,3	9,4	10,1	10,1
Großbritannien	13,3	-4,9	1,7	1,2	2,2	3,2	3,0	7,7	7,9	8,0
Schweden	2,5	-5,1	4,0	2,7	1,9	2,0	1,7	8,5	8,4	7,9
Polen	2,6	1,7	3,1	3,3	4,0	2,5	2,5	8,3	9,5	8,7
Dänemark	1,9	4,9	1,5	1,9	1,1	2,0	1,8	6,1	7,1	6,7
Tschechien	1,2	-4,1	1,8	2,4	0,6	1,2	1,8	6,8	7,6	7,6
Rumänien	1,0	-7,1	-1,5	1,3	5,6	6,0	4,4	7,2	8,3	8,5
Ungarn	0,8	-6,3	-0,1	2,2	4,0	4,6	3,9	10,1	10,5	10,2
Litauen	0,2	-14,8	-0,3	2,3	4,2	1,1	1,1	13,9	17,6	16,1
Bulgarien	0,3	-5,0	-0,8	2,3	2,5	2,0	2,5	6,9	9,0	8,5
Lettland	0,2	-18,0	-1,5	2,4	3,3	-1,6	0,3	17,5	20,7	19,4
Estland	0,1	-14,1	2,2	3,3	0,2	1,9	2,0	14,1	18,4	17,0
EU-27 ^{d)}	100,0	-4,2	1,6	1,4	0,8	1,8	1,7	8,9	9,7	9,6
Nachrichtlich: MOE-Länder ^{e)}	7,2	-3,7	1,5	2,6	3,2	2,7	2,7	8,6	10,0	9,5

^{a)} Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Standardisiert. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2009. – ^{e)} Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland.

^{a)} Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Standardisiert. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2009 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2009. – ^{e)} Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland.

Quelle: Eurostat; IWF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2010 und 2011: Prognose der Institute.

GD Herbst 2010

A. 15 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, S. 23

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit in allen Teilen selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle wörtlich oder sinngemäß übernommenen Textstellen habe ich als solche kenntlich gemacht.

(Ort), den

(Unterschrift).....